

Zeitschrift für Frieden
und Gewaltfreiheit

zivil
extra

**NEIN zum
KRIEG!**

Warum Christen den Kriegsdienst verweigern!

Lieber...

zivil!



... als n
uni^vformiert!

ABO!!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

Datum, 1. Unterschrift

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim **zivil**-Vertrieb (Adresse steht rechts) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

Datum, 2. Unterschrift

Bitte beachten: Evangelische ZDL erhalten **zivil**, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugesandt. Die Abokosten werden von der Evangelischen Kirche übernommen. Alle anderen InteressentInnen bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.

Bitte ausschneiden und senden an:
Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik
Vertrieb **zivil**, Postfach 500550, 60394 Frankfurt

Hiermit bestelle ich **zivil** ab Nr. ___ bis auf Widerruf. Ein Jahresabonnement kostet 10,- € (5 Hefte einschl. Versand). Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 5 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 5. Heftes gekündigt habe.

»Der ewige Friede ist ein Traum und nicht einmal ein schöner, und der Krieg ein Glied in Gottes Weltordnung. In ihm entfalten sich die edelsten Tugenden des Menschen, Mut und Entsagung, Pflichttreue und Opferwilligkeit mit Einsetzung des Lebens. Ohne den Krieg würde die Welt in Materialismus versumpfen.« Der preußische Generalstabschef Helmut von Moltke hat sich persönlich als bewusster Christ verstanden. Seine vielzitierte Bejahung des Krieges (1880) dürfte über militärische Kreise hinaus auch im Protestantismus des Kaiserreichs breite Zustimmung gefunden haben. Gleichfalls gegen Ende des 19. Jahrhunderts notierte Leo Tolstoi: »Der Krieg wird ebenso von Gott verdammt wie diejenigen, die daran teilnehmen.« Während von Moltke zeitlebens ein geachtetes Mitglied seiner Kirche blieb, wurde Tolstoi 1901 aus der orthodoxen Kirche ausgeschlossen... Zu allen Zeiten der Kirchengeschichte haben Menschen entgegen der herrschenden Lehrmeinung an der Unvereinbarkeit von Kriegsdienst und christlichem Glauben festgehalten. Immer wieder sind einzelne Christen oder kirchliche Gemeinschaften jeder Rechtfertigung von Kriegen entgegengetreten – doch erst nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges wurde ihr unmissverständliches Nein zum Krieg offiziell akzeptiert. 1948 erklärte die erste Vollversammlung des Ökumenischen Weltrates der Kirchen: »Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. Die Rolle, die der Krieg im heutigen internationalen Leben spielt, ist Sünde wider Gott und eine Entwürdigung des Menschen.« Seither ist die Absage an Krieg und Gewalt ein zentrales Thema der ökumenischen Bewegung geblieben.

Für die Jahre 2001 bis 2010 hat der Ökumenische Rat der Kirchen eine »Dekade zur Überwindung von Gewalt« ausgerufen. In seiner diesbezüglichen Botschaft erläutert er den geistigen Hintergrund, der dieses Jahrzehnt christlichen Anti-Gewalt-Engagements prägen soll:

»Am Ende des gewaltträchtigsten Jahrhunderts in der Geschichte der Menschheit sind wir ... der festen Überzeugung, dass die Kirchen aufgerufen sind, vor der Welt ein klares Zeugnis abzulegen von Frieden, Versöhnung und Gewaltlosigkeit, die auf Gerechtigkeit gründen... Wir müssen aufhören, reine Zuschauer der Gewalt zu sein oder sie lediglich zu beklagen... Wir wollen gemeinsam danach streben, Geist, Logik und Praxis der Gewalt zu überwinden.«

Mit diesem in neu überarbeiteter Auflage vorgelegten Heft erinnert die EAK an Christen, die beispielhaft für die Überwindung kriegerischer Gewalt eingetreten sind. Gleichzeitig dokumentieren wir Fragen und Auseinandersetzungen, die sich mit dem Nein zum Krieg heute verbinden.

Bei allem Pragmatismus, der auch bei der Wahrnehmung christlicher Friedensverantwortung seinen legitimen Platz hat, darf die Erinnerung an den Traum, der sich in Gottes Verheißung gründet, nicht verloren gehen.



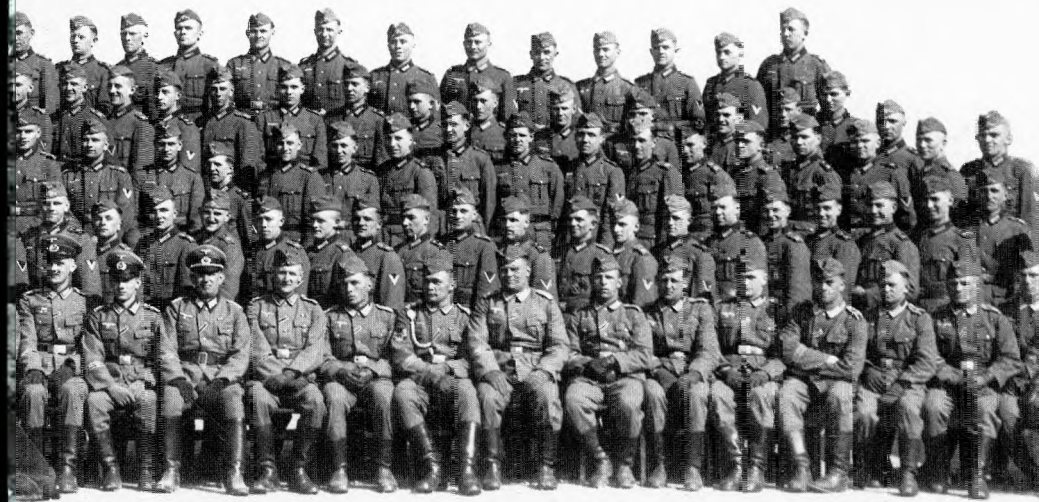
Dr. Christoph Demke, Bischof i.R.,
 Bundesvorsitzender der Evangelischen
 Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der
 Kriegsdienstverweigerer (EAK)

Inhalt



Vorwort	3
Krieg heute	6
Die Opfer	6
Der Ökokrieg	8
Friedenstruppen?	
Die gewandelte Bundeswehr	10
Die Kosten des Krieges	12
Gerechter Krieg? – Gerechter Frieden!	14
Kriegslügen – die Medien und der Krieg	17
»Blutrache und Nächstenliebe«	18
Biblische Anmerkungen zur Gewaltfrage	
Geschichte des christlichen Pazifismus	19
Alte Kirche	
»Kein Christ soll hingehen und Soldat werden...«	20
Frühchristliche Gewaltkritik	21
Martinus verweigert den Kriegsdienst	22
Mittelalter	24
Franz v. Assisi	
Die Waldenser	
Die Täuferbewegung	
Begegnung mit Bruder Wolf: Franz von Assisi als Streitschlichter	26
Reformationszeit	28
»Gott mehr gehorchen als den Menschen« Martin Luther	28
»Wenn ein Bruder seinen Bruder tötet« Erasmus von Rotterdam	29
17. – 19. Jahrhundert	30
Die Quäker	
Die Mennoniten	
Kaiserreich – Erster Weltkrieg	31
Otto Umfrid	
Internationaler Versöhnungsbund	
Friedrich Siegmund-Schultze	

Titelfoto:
 »Schwerter zu Pflugscharen« –
 UNO-Monument in
 New York Foto: dpa



Weimarer Republik – Drittes Reich 33

Der »Fall Dehn«

KDV im Dritten Reich

Hermann Stöhr

Dietrich Bonhoeffer

Nachkriegszeit 35

Wiederaufrüstung

Atomwaffendiskussion

Martin Niemöller

Albert Schweitzer

Kalter Krieg 37

Philip und Daniel Berrigan

Das Kriegsamt als Göttliche Ordnung?

Weichenstellungen und Verirrungen 38

George Grosz – Jesus in Knobelbechern und Gasmaske? 40

Kirche, Krieg und Frieden:

Texte zur kirchlichen Friedensdiskussion 41

Von der Nachkriegszeit bis zum Ende des Ost-West-Konflikts 42

Von der Deutschen Vereinigung bis zum Kosovo-Krieg 46

Gewissensgründe 50

Gesinnungs-TÜV – und kein Ende?

Über gewisse Probleme mit der Gewissensprüfung 50

Sag NEIN! Arbeitsverweigerung aus Gewissensgründen 52

Deserteure der Wehrmacht fordern Rehabilitierung 53

Gewaltfreies Handeln 45

Informationen – Beispiele – Anregungen 54

Martin Luther King 55

Der Zivile Friedensdienst 57

Zivildienst – die modernere Schule der Nation 58

Adressen 60

Impressum 61

Friedenssymbol Ölbaumzweig 62

Otto Pankok – Christus zerbricht das Gewehr 63

Der Engel der Mediation 64



Fotos: Graffiti (3), zivil (2)

Ein moderner Krieg ist ein Krieg gegen die Zivilbevölkerung

Die Opfer

Trotz internationaler Abkommen sind in den gegenwärtigen Kriegen die Mehrzahl der Opfer Zivilisten – die öffentliche Meinung darf diese Entwicklung nicht hinnehmen.



Von Werner Schulz

Es ist leicht nachzählbar: In der Mehrzahl sind die Opfer der modernen Kriege keine Soldaten, sondern unbeteiligte Zivilisten. Sie tragen in den Kriegen von heute das größere Risiko, am sichersten leben relativ gesehen die Militärs selbst. Im Ersten Weltkrieg noch lag das Verhältnis von militärischen zu zivilen Opfern bei 90 zu 10, das heißt, auf 90 getötete Soldaten kamen 10 Opfer unter den Zivilisten. Im Zweiten Weltkrieg hatte sich dieses Verhältnis schon auf etwa 50 zu 50 verschoben. In den Kriegen seit Vietnam kommen auf 10 gefallene Soldaten rund 90 getötete Zivilpersonen.

Kriege heute haben mit dem, was einst Clausewitz als »Kriegskunst« lehrte, nicht eben viel gemein. Kriege von heute werden nicht mehr »erklärt«, sie werden nicht mehr von Armeen und Offizieren geführt, die sich einem Ehrenkodex verpflichtet fühlen. Die Mehrzahl aller heutigen Kriege weltweit sind Bürgerkriege. Oft sind die Kämpfer im eigentlichen Wortsinn keine Soldaten mehr, sondern von Warlords schnell rekrutierte Söldner. In vielen bewaffneten Kämpfen werden sogar Kinder eingesetzt: Man schätzt die Zahl der rekrutierten Kinder unter 15 Jahren auf 200 000 weltweit.

Krieg gegen Minderheiten

Auch die Kriegsziele haben sich geändert. Nicht der Sieg über die gegnerische Armee ist das Ziel, sondern immer häufiger das, was man »ethnische Säuberung« nennt, die Unterjochung und Vertreibung von ethnischen oder religiösen Minderheiten, von ziviler Bevölkerung also. Die Tatsache, dass es unterschiedlichen Volksgruppen, Nationalitäten oder Glaubensgemeinschaften nicht mehr länger möglich ist, friedlich in einem Staat zusammen zu leben, das, so prognostizieren Politiker, Friedensforscher und Militärs unisono, wird die Hauptursache künftiger Kriege sein. Beispiele für derartige innerstaatliche Kriege spielen sich schon heute vor unserer Haustür ab, im Kosovo, in der Türkei, in Tschetschenien. Besonders angespannt ist die Lage neben dem Balkan in der Kaukasus Region. 28 unterschiedliche ethnische Gruppen leben dort, die Bildung einer ganzen Reihe von Unabhängigkeitsbewegungen steht unmittelbar bevor. Weltweit gleicht die Situation vor allem in den Vielvölkerstaaten oft einem Pulverfass, siehe Indonesien, siehe Indien, siehe Brasilien ... Und was passieren würde, wenn das riesige China in seine Vielzahl ethnischer regionaler Wurzeln zerfallen würde, mag sich niemand vorstellen.

Wachsende Barbarisierung

Weltweit wurden im Jahr 2000 35 Kriege geführt. Dass uns nur wenige davon bekannt sind, ist Beleg dafür, dass diese Kriege in so genannter »geringer Intensität« geführt werden, d.h. ohne den Einsatz von Raketen oder Bombern, ohne Beistand der großen Militärmächte und dadurch auch: ohne großes Interesse der Medien. Diese »geringe Intensität« ist für die betroffenen Menschen allerdings nur auf den ersten Blick ein Vorteil, denn oft sind gerade diese Kriege besonders grausam und brutal. Internationale Hilfsorganisationen und auch das Rote Kreuz sprechen längst von einer »wachsenden Barbarisierung der Kriegsführung«.

Diese gesteigerte Brutalität rührt nicht zuletzt auch daher, dass die internationalen Abkommen über das so genannte humanitäre Völkerrecht in solchen Kriegen und bewaffneten Konflikten keine Beachtung finden. In den vier Genfer Rotkreuzabkommen von 1949 und den Zusatzprotokollen von 1977 ist festgelegt, dass auch in Kriegszeiten bestimmte Regeln der Menschlichkeit beachtet werden müssen. Insbesondere geschützt sind durch die Abkommen alle Zivilisten, also Personen, die nicht unmittelbar an den Kämpfen beteiligt sind, sowie Kranke, Verwundete, Gefangene. Diese Menschen dürfen nicht in die Kriegshandlungen einbezogen wer-

den, sie dürfen vor allem nicht gezielt attackiert, misshandelt, gefoltert oder vergewaltigt werden. Ebenso verboten sind die Beeinträchtigung der persönlichen Würde, Geiselnahme, Kollektivstrafen und Hinrichtungen ohne geordnete Strafverfahren. Besonders hervorgehoben wird der Schutz von Frauen und Kindern.

Die Realität der heutigen Kriege – dafür sind Kosovo, Ruanda oder Osttimor traurige Beispiele – spricht leider Tag für Tag all diesen Schutzvereinbarungen Hohn. Berichte unabhängiger Organisationen aus fast allen Kriegsgebieten nähren den Eindruck, dass gerade die in den Genfer und Haager Abkommen als Kriegsverbrechen gebrandmarkten Praktiken heute zur eigentlichen, zur geplanten und gezielten Kriegsstrategie werden. In einem sehr lesenswerten Buch haben Kriegsberichterstatter aus aller Welt Beispiele für diese Kriegsverbrechen aus jüngster Zeit zusammengetragen. Die geschilderten grausamen Praktiken fangen bei A wie Aushungerung an, schließen Biologische Waffen, Chemische Waffen, Deportationen ein, oder Exekutionen, Flächenbombardierung, Geiseln, Giftwaffen, Kollektivstrafen, Minen, Plünderung, sexuelle Gewalt bis hin zu Zwangsarbeit und Zwangsprostitution. Die Grundaussage der gesamten Berichte auf über 500 Seiten: Alle diese Verbrechen werden weiter geschehen, solange sie nicht öffentlich werden. Die Täter, die geistigen Anstifter und auch die politischen Drahtzieher bleiben solange unbeeindruckt und ungestraft, solange kein breites, kollektives Bewusstsein ihre Schuld anklagt und brandmarkt. Solange die Täter aber anerkannt bleiben und ungestraft sind,

■ **Bombenhagel im Zweiten Weltkrieg:** Die von vielen erhoffte Zäsur der Gewalt nach dem Zweiten Weltkrieg fand nicht statt. Weit mehr als 16 Millionen Menschenleben haben die Kriege seit 1945 weltweit gekostet, ungefähr fünf-einhalb Millionen allein in der ersten Hälfte der 90er Jahre. In der Mehrzahl sind die Opfer unbewaffnete Zivilisten.



■ **Kinder in Vietnam fliehen vor Napalm-Bomben:** Drei Millionen Menschen kamen im Vietnam-Krieg ums Leben, mindestens zwei Millionen davon waren Zivilisten. Zu den grausamsten Waffen, die unterschiedslos Soldaten und Zivilisten trafen, gehörte neben Napalm das Entlaubungsmittel Agent Orange. 80 Millionen Liter dieses Dioxin-Giftes wurden versprüht, den Herstellern war die grausame Wirkung auf den Menschen bekannt. Noch heute kommen durch die Folgen der Chemikalien in Vietnam, Laos und Kambodscha zahlreiche schwerstbehinderte Kinder zur Welt. Fotos: dpa

werden sie Hass, Gegengewalt, Rache und Blutrache provozieren – und die Spirale der Gewalt dreht sich weiter.

Die entscheidende Macht, Kriege geringer Intensität und Kriegsverbrechen einzudämmen und zu verhindern, liegt daher bei der kritischen Öffentlichkeit. Der moderne Krieg kennt weder Kriegserklärungen noch das offizielle Eingeständnis der Kapitulation, er fängt nie richtig an und hört nie richtig auf. Krieg ist dann, wenn Journalisten von Krieg schreiben und die Öffentlichkeit davon erfährt, getreu der publizistischen Maxime: Würber nicht berichtet wurde, das ist auch nicht geschehen. Und Krieg ist erst wirklich dann zu Ende, wenn sich eine breite öffentliche Meinung gegen ihn stellt. Eine unabhängige, präzise und wahrheitsgemäße Berichterstattung ist wichtiger denn je. Internationale Hilfsorganisationen – bei Krisen und Kriegen immer zuerst vor Ort und am besten informiert – haben diese gewachsene Bedeutung der Öffentlichkeit mehr und mehr im Blick. Obwohl zur Neutralität verpflichtet, werden sie zu den »Augen und Ohren« der Welt, wenden sich mit ihren Informationen über Gräueltaten und Verbrechen verstärkt an Presse und Medien und setzen so

eine aufklärende Bewegung in Gang, die beispielsweise im Falle des Bosnien-Krieges in der Einrichtung des Internationalen Kriegsverbrechertribunals in Den Haag gipfelte. Die Verurteilung eines ruandischen Bürgermeisters wegen Völkermordes, die Entsendung von UN-Inspektoren in den Kosovo und das Verfahren gegen Milosevic, die Einrichtung eines UN-Tribunals zur Aufklärung der Verbrechen des Pol Pot Regimes in Kambodscha, die Bemühungen, den chilenischen Diktator Pinochet vor Gericht zu stellen,... das alles sind positive Beispiele dafür, dass es möglich ist, durch öffentlichen Druck die Gewalt zu begrenzen und die Herrschaft des Rechts zu stärken.

»Es gibt kein Verbrechen, das nicht in Heimlichkeit lebt,« schrieb der große Publizist Joseph Pulitzer. »Wenn man diese Dinge ans Licht bringt, sie beschreibt, sie angreift, dann wird die öffentliche Meinung sie früher oder später hinwegfegen.«



Kriegs- verbrechen

Was jeder wissen sollte
Roy Gutmann / David Rieff

Roy Gutmann/David Rieff (Hg.): »Kriegsverbrechen – was jeder wissen sollte«. In dem hervorragenden Band werden nach Art eines Lexikons Tatsachen- und Augenzeugenberichte durch Querverweise mit Hintergrundinformationen und historischen Dokumenten verbunden. So entsteht zu den einzelnen Stichworten ein umfassender Überblick. 528 S., Deutsche Verlagsanstalt DVA Stuttgart/München, 2000, 48 DM.

Der Ökokrieg

Durch gezielte Angriffe auf die chemische Industrie gebrauchte die NATO in Jugoslawien Methoden und Techniken der ökologischen Kriegsführung



Von Werner Schulz

4. April 1999: Mehrere NATO-Raketen treffen die Erdölraffinerie der jugoslawischen Chemiemetropole Pancevo, 16 km von Belgrad entfernt. Das Öl in den Tanks und in der Raffinerie brennt zwei Wochen lang. Eine riesige schwarze Rauchwolke hängt über der Stadt.

15. April 1999, 22.30 Uhr, wieder in Pancevo: Eine NATO-Rakete schlägt im Öltank der Düngemittelfabrik ein. Sekunden später explodiert eine zweite Rakete im Herzen der Produktionsanlage für Vinyl-Chlorid-Monomer (VCM), ein Vorprodukt der PVC-Herstellung, krebserregend, explosiv, haut- und atemgiftig. Bei thermischer Zersetzung entstehen Salzsäure und Phosgen, das gefährliche Nervengift, das im Ersten Weltkrieg eingesetzt wurde. Außerdem entweichen hunderte Tonnen Ammoniak.

18. April 1999: Zeitgleich zerstören NATO-Raketen die Düngemittelfabrik, das petrochemische Werk und die Ölraffinerie in Pancevo. Die Düngemittelfabrik wird vollständig zerstört, eine Rakete trifft zielgenau den einzigen noch gefüllten VCM-Tank. 450 Tonnen des krebserregenden Gases verbrennen. In drei Kilometern Höhe zieht tagelang eine 20 Kilometer lange Giftgaswolke westwärts. 40 000 Menschen müssen aus Pancevo evakuiert werden.

In erschreckenden Bildern zeigt eine Fernsehdokumentation, die im Auftrag des Senders ARTE entstand (Buch und Re-

gie: Sascha Adamek; eine Videokassette ist erhältlich, siehe unten), einige der ökologischen Auswirkungen, die die Luftangriffe der NATO in Jugoslawien hinterließen. Mitte Juli 1999 waren die Filmemacher mit Experten der UN-Umweltorganisation UNEP und des WWF in Serbien unterwegs, um die Schädigungen von Umwelt und Gesundheit durch die Angriffe auf Chemiebetriebe wie Pancevo und Novi Sad zu analysieren. Ihr Ergebnis: Die Umwelt in den besonders schwer getroffenen Gebieten ist katastrophal geschädigt:

- 8 Tonnen hochgiftiges Quecksilber sind in Pancevo ausgelaufen.
- In einem Donau-Kanal wurden 10 mg Quecksilber pro kg Wasser gemessen.
- 1400 Tonnen des krebserregenden Stoffes Dichlorethan wurden kurz vor den Angriffen ins Abwasser abgeleitet, um die absolute Katastrophe bei einer eventuellen Bombardierung zu verhindern. Wissenschaftler fanden noch eine Konzentration von 10 g Dichlorethan pro Liter Abwasser.
- Die Konzentration des krebserregenden Vinylchlorids in der Luft stieg bis auf das 10 600-fache des Normalwertes.
- Auf der Donau trieb ein kilometerlanger Ölteppich, der WWF sieht die Naturlandschaft des Donaudeltas und das Trinkwasser-Reservoir zigtausender Menschen gefährdet.
- 20 000 Tonnen Erdöl verbrannten beim Angriff von Cruise Missiles auf die Raffinerie von Novi Sad.

Schwarzer, giftiger Rauch über dem feuerroten Himmel von Belgrad, nachdem am 18.4.1999 eine Raffinerie und eine Stickstoff-Fabrik nördlich der Stadt von NATO-Bomben getroffen wurden.
Fotos: dpa

■ Messstationen in Nord-Griechenland melden im Mai bis zu 15-fach erhöhte Dioxin-Werte in der Luft, außerdem Furane, PCB und andere Schadstoffe.

Die Menschen der betroffenen Regionen haben keine andere Wahl, sie müssen die Folgen der Umweltschädigungen ertragen. Die Früchte der verseuchten Felder, verschmutztes Getreide, belastete Milch – es kommt alles auf den Markt, andere Produkte gibt es schlicht und einfach nicht. Schon im Juli mussten die ausländischen Wissenschaftler und Journalisten feststellen, dass Fälle von Atemwegs- und Hauterkrankungen deutlich stiegen. Der Verdacht liegt nahe, dass dies bereits Folgen der Bombardierungen sind.

Indirekter Giftgaskrieg

400 Einsätze im Schnitt pro Nacht flogen die NATO-Bomber in der heißen Phase der »humanitären Intervention«. Nachdem das ursprüngliche Ziel der NATO-Bombardements, die Militärmaschinerie Milosevics in wenigen Tagen auszuschalten, misslang, gingen die Strategen über zu einem Abnutzungskrieg, der vor allem der Zivilbevölkerung die Stärke des Gegners und die Schwächung der eigenen Kräfte vor Augen führen sollte.

Insgesamt werden 20 000 Bomben über Jugoslawien abgeworfen. Mehr als 100 Fabriken in 30 Städten werden gezielt angegriffen. Dass dabei Ölraffinerien, Pipelines, Tanklager, Werke der chemischen und pharmazeutischen Industrie nicht verschont, sondern gezielt mit eingeschlossen wurden, ist für Experten der Beweis, dass die NATO eine neue Qualität der Kriegsführung demonstrieren wollte: Umweltkrieg. Professor Kurt Krusewitz, Umwelt- und Friedensforscher an der Technischen Universität Berlin erklärt dazu:

»Das Neue an diesem Krieg ist, dass er – im Unterschied zu dem gegen Vietnam oder dem gegen den Irak – gegen eine entwickelte Industriegesellschaft geführt wurde. Zwar wurden in Vietnam und im Golfkrieg schon Techniken der ökologischen Kriegsführung angewendet, aber nicht gegen eine so große Zahl von Industriekomplexen, in denen das Giftigste, das Gefährlichste, das Schädlichste eingelagert ist, was es in der modernen Chemie gibt. Das Wissen darum, solche Anlagen zu bombardieren, muss bei den Verantwortlichen Planung vorausgesetzt haben – und es muss auch dessen Folgen vorausgesetzt haben.«

Tatsächlich überzieht die NATO Teile des Landes mit einem regelrechten Giftgaskrieg durch die Hintertür:

**»Wir haben in allen Zielen nur mäßigen Schaden angerichtet, kaum einmal schweren Schaden.«
Klaus Naumann, NATO-General**

Man setzt selbst keine chemischen Waffen ein – was verboten wäre und schlimmen Gesichtsverlust weltweit mit sich brächte – die Menschen leiden unter ihrem eigenen Gift.

Dabei verbieten internationale Verträge eindeutig und klar jegliche Form einer ökologischen Kriegsführung. In den Zusatzprotokollen von 1977 zur Genfer Konvention über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte heißt es u. a.:

»Bei der Kriegführung ist darauf zu achten, dass die natürliche Umwelt vor ausgedehnten, lang anhaltenden und schweren Schäden geschützt wird. Dieser Schutz schließt das Verbot der Anwendung von Methoden oder Mitteln der Kriegführung ein, die dazu bestimmt sind oder von denen erwartet werden kann, dass sie derartige Schäden der natürlichen Umwelt verursachen und dadurch Gesundheit oder Überleben der Bevölkerung gefährden.«

Einen ausdrücklichen »Vertrag über das Verbot des Umweltkrieges« hat die Bundesrepublik 1983 ratifiziert. Dennoch waren vom NATO-Mitglied Deutschland keine Proteste gegen diese neue Kriegsstrategie zu hören. Auch nicht gegen den Einsatz von Uran-Geschossen oder sogenannter Streubomben, die nicht nur

Die zerstörte, noch brennende Chemie-Fabrik in Pancevo



unmittelbar verheerend wirken, sondern langfristig die Gesundheit vor allem der Zivilbevölkerung schädigen – und ebenfalls durch die Genfer Konvention verboten sind.

Uran-Geschosse

Die Ärztin Regina Mertens, Vorstandmitglied der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte gegen den Atomkrieg, IPP-NW, hat in der Zeitschrift »Wissenschaft und Frieden« dargelegt, wie jene Uran-Geschosse wirken, die – von NATO-Offiziellen bestätigt – in Serbien eingesetzt wurden. Die Waffen enthalten Uran 238 und sollen Panzerungen aus Stahl durchdringen. Beim Aufprall dieser Geschosse

»Kollateralschaden«: Ein ausgebrannter Waggon der Zuglinie Thessaloniki - Belgrad. Nach jugoslawischen Angaben sollen nach einem NATO-Raketentreffer mindestens 7 Fahrgäste getötet und 14 weitere verletzt worden sein.

kommt es zu einer Feinverteilung von Uranpartikeln, die sich dann selbst entzünden. Das Zielobjekt geht in Flammen auf, es entsteht giftiges Uranoxid. Dieses wird vom Menschen durch die Mundschleimhaut, die Lunge oder offene Wunden in den Körper aufgenommen. Die Folge sind Nierenschäden, Nervenlähmungen, Herzschädigungen... Außerdem wird der Mensch verstrahlt, es können Leukämien, Anämien, Knochentumore entstehen. Uran wirkt auch embryoschä-

»In zwei, drei Jahren werden wir vielleicht wissen, wie der Krieg uns verändert hat.«

Verteidigungsminister Rudolf Scharping 1999

Sprache. Tatsächlich gab es nicht nur ein paar wenige Opfer unter den Zivilisten. Branka Javanovic, Mitbegründerin der oppositionellen Grünen Partei Serbiens, berichtet von geschätzten 5 000 zivilen Bombenopfern. Allein 17 Techniker ka-

men beim Angriff der NATO auf den Belgrader Fernsehsender ums Leben. Kollateralschaden? Es gab NATO-Angriffe auf Fabriken, Wohnblöcke, Brücken, Eisenbahnlinien, Kirchen, Krankenhäuser, Flughäfen, Flüchtlingsheime, Kindergärten, Schulen, Bibliotheken, Wasserwerke, Stromanlagen... Alles versehentlich? Michael Rose, der ehemalige UN-General in Jugoslawien dazu: »Ich nenne das einen totalen Krieg, eine absolute Zerstörung.« Und es bleibt die Frage, was womöglich noch zerstört worden wäre durch weitere NATO-Jets, hätte Milosevic nicht eingelenkt. Wesley Clark, der NATO-Oberkommandierende, gibt im eingangs erwähnten Film eine Antwort und macht zugleich deutlich, was die verantwortlichen NATO-Strategen unter »Schutz der Zivilbevölkerung« verstehen: »Die NATO hätte weitergebombt. Wir hätten die Infrastruktur pulverisiert, wir hätten die Nahrungsmittelindustrie zerstört, seine (Milosevic, d. Red.) Heizkraftwerke, wir hätten alles getan, was nötig wäre.«

ANMERKUNGEN

Der Video-Film »Bomben auf Chemiewerke« (43 Minuten) ist gegen DM 6,- zu bestellen bei: Pazifix, Materialvertrieb der DFG-VK BaWü, Alberichstraße 9, 76185 Karlsruhe

»Wenn Sie es mit einer Diktatur zu tun haben, können Sie schlecht trennen zwischen ziviler und militärischer Infrastruktur.«
Verteidigungsminister Rudolf Scharping

digend: Fehlgeburten, Missbildungen, kindliche Tumorerkrankungen sind mögliche Folgen. Dr. Regina Mertens:

»Werden die verantwortlichen PolitikerInnen einmal die Stirn haben, einem Kind mit schweren Fehlbildungen und seinen Eltern ins Gesicht zu sagen: Tut mir leid, aber Du bist nun mal ein Kollateralschaden einer humanitären Intervention?«

Mit dem Begriff Kollateralschaden haben die NATO-Militärs versucht, die Angriffe auf zivile Einrichtungen und Opfer unter der Zivilbevölkerung als versehentliche Ausrutscher zu entschuldigen. Aber sowohl die Zahl dieser angeblichen Versehen als auch wörtliche Erklärungen von NATO-Offiziellen sprechen eine andere

Friedenstruppen? —

Über die sich wandelnde Rolle der Bundeswehr

Kriegstruppen!

Von Tobias Pflüger

Die Bundeswehr wurde in den letzten Jahren grundlegend verändert. Am 29. 01. 2001 legte Rudolf Scharping sein Ressortkonzept »Die Bundeswehr der Zukunft« vor, als vorläufig letztes einer Reihe von Strategiepapieren. Die ganze Republik diskutierte daraufhin, welche Bundeswehr-Standorte wo geschlossen werden sollen. Das ging aber ziemlich am Thema vorbei. Thema des Ressortkonzeptes war »eine Veränderung der Bundeswehr von Grund auf«. In der Einleitung des Ressortkonzeptes steht es auch schwarz auf weiß, um was es geht: »Wesentliche Leitgedanken dieser Umstrukturierung sind die Bündelung von Aufgaben, der streitkräftegemeinsame Ansatz und die Konzentration der Streitkräfte auf den Einsatz«. Und weiter: »Die Bundeswehr wird kleiner, im Hinblick auf die gewandelten Anforderungen jedoch moderner und leistungsfähiger.«

Fast alle Tageszeitungen haben bei der Vorlage des Ressortkonzeptes und ebenso bei der schnellen verbindlichen Verabschiedung nicht einmal drei Wochen später am 16. 02. 2001 davon gesprochen, die Standortschließungen seien zwangsläufig und Ergebnis von »Sparmaßnahmen«, z.T. wurde gar von Standortschließungen aufgrund von »Abrüstung« geschrieben.

Krieg wieder ein Mittel der Politik

Es geht bei diesem Ressortkonzept und damit bei den Standortschließungen um die Effektivierung der Bundeswehr und den nächsten Schritt hin zur Interventionsarmee. Die Bundeswehr wird fit gemacht für zukünftige Kriegseinsätze. Hauptveränderung mit dem Ressortkonzept ist, dass nun 150 000 »Einsatzkräfte« für Militäraktionen, Kampfactionen und Krieg außerhalb Deutschlands und der NATO zur Verfügung stehen werden. Das ist fast eine Verdreifachung der bisherigen »Krisenreaktionskräfte«.

Diese grundlegende Veränderung war schon in einem Papier aus dem Jahre 1999 angekündigt. Die sogenannte »Weizsäcker-Kommission« schrieb: »Die Aufgaben der Bundeswehr haben sich völlig geändert. Die Bundeswehr wird vornehmlich außerhalb Deutschlands eingesetzt werden, entweder zur kollektiven Verteidigung eines Bündnispartners, oder was wahrscheinlicher ist, zu regional begrenzten Einsätzen der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung.« Und weiter:

»Die Kommission empfiehlt Fähigkeiten, Strukturen und Umfänge der Bundeswehr primär aus der Eignung zu Kriseneinsätzen abzuleiten. Die Orientierung auf Kriseneinsätze erfordert eine grundsätzlich neue Bundeswehr.«

Die Bundeswehrführung und die rot-grüne Bundesregierung setzen mit dieser Entwicklung der Bundeswehr zur Interventionsarmee den Weg der Militarisierung fort: Dies obwohl die neue Bundeswehr grundgesetzwidrig ist: Im Artikel 87a des Grundgesetzes heißt es: »Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.« Im Artikel 26.1. wird das »Verbot eines Angriffskrieges« festgeschrieben.

Die Umwandlung der Bundeswehr zur Interventionsarmee führt zudem wieder Krieg als Mittel der Politik ein. Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien war ein Grundmuster zukünftiger Kriege der NATO und damit auch der Bundeswehr, Hinweis auf den Probestatus des NATO-Krieges ist folgender Satz in der NATO-Strategie: »In diesem Zusammenhang erinnert das Bündnis an seine späteren Beschlüsse in bezug auf Krisenreaktionseinsätze auf dem Balkan.« Und das im verbindlichen Strategiepapier für die nächsten 5 bis 10 Jahre!

Neue Sprachregelung

Interessant sind auch die neuen Sprachregelungen für Krieg und Militäreinsätze. Heutzutage heißen sie »Friedensaktionen«, »Friedenseinsätze«. Die Bundeswehr sei eine »friedenserzwingende« »Friedenstruppe«. Was die Bundeswehr jedoch im Bereich Bosnien und Kosovo macht, sind im wesentlichen Aufgaben im zivilen Bereich, für die keine (im Ver-



vom »stehenden Heer« zur Interventionsarmee: Bundeswehrosoldaten beim Gelöbnis
Foto: Georg Meusel

hältnis sehr teure) Bundeswehr nötig wäre. Aber die Bundeswehr setzt auch Waffen ein, z. B. beim NATO-Angriff auf Jugoslawien 1999. Mindestens 1 500 Menschen in Serbien, Montenegro und im Bereich Kosovo haben dabei durch NATO-Bomben ihr Leben verloren. Die NATO bombardierte ganz Jugoslawien, setzte dabei Munition mit abgereicherten Uran ein. Erst nach Beweisen in der Presse wurde dies von der NATO zugegeben. Mit Graphitbomben wurde die Stromversorgung unterbrochen. Mit Streubomben wurde die Zivilbevölkerung getroffen. Auch die Soldaten der Bundeswehr töteten mit ihren Bomben Menschen in Jugoslawien.

Krieg sollte man auch Krieg nennen. Die Bundeswehr wird in eine kriegsführungsfähige Armee umgewandelt, sie wird eine Armee im Krieg. Zukünftige Kriege werden heute schon geplant. Zu den bisherigen Szenarien kommen nun noch spezielle Antiterror-Kommando-Unternehmen von Elitetruppen wie der neuen »Division spezielle Operationen« (DSO) und des »Kommando Spezialkräfte« (KSK). Doch diese Truppen sind als Kampfsoldaten ausgebildet. An die Ursachen von Terrorismus, wie z.B. die ungerechte Weltwirtschaftsordnung und die ungleiche Verteilung des Reichtums, kommen sie mit ihren Kriegseinsätzen nicht ran.

Auch die Militärspitze verfasste ein Strategie-Papier, verantwortet vom ehemaligen Bundeswehr-Generalinspekteur von Kirchbach. Darin heißt es kurz und lapidar: »Streitkräfte werden sich in Zukunft auf ihre militärischen Kernfunktionen konzentrieren.«

Tobias Pflüger ist Politikwissenschaftler und im Vorstand der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. in Tübingen, www.imi-online.de



Bundeswehrjets in Italien, bereit zum Einsatz im ehemaligen Jugoslawien
Foto: dpa

Nach Redaktionsschluss, als Teile des vorliegenden Heftes bereits im Druck waren, ereigneten sich die grausamen Terrorangriffe in den Vereinigten Staaten. Bilder des Schreckens und des Leids strömten auf uns ein, und wenig später schon wurden uns diese Bilder von politisch Verantwortlichen in Europa und in den USA als »Kriegserklärungen an die zivilisierte Welt« interpretiert und die Terrorakte mit dem Versprechen der Rache und des Vergeltungskrieges beantwortet.

Es ist uns nicht mehr möglich gewesen, die neuerliche Kriegsgefahr umfassend in dieses Heft einzuarbeiten. Die in dieser *zivil-extra* Ausgabe thematisierte Kritik des Angriffskrieges und des Verteidigungskrieges, des Befreiungskrieges und des »humanitären Krieges«, des Eroberungskrieges und des »heiligen Krieges« schließt die Ablehnung des »Rachekrieges« nach Terroranschlägen mit ein. Auch in der Diskussion um militärische »Vergeltungsfeldzüge« bleiben aus unserer Sicht die Stimmen der entschiedenen Kriegsgegner die zukunftsweisenden.

Aus der Fülle der mahnenden und besonnenen Stimmen zu den schrecklichen Ereignissen am 11. September 2001 haben wir hier einige wenige dokumentiert.
Werner Schulz



Vor der rauchenden Skyline
Manhattans: Kerzen zum Gedenken der Terroropfer
(14. 9. 2001) Foto: dpa

Nein zum Rachekrieg!

... Weil diese Tragödie allem Anschein nach das Ergebnis von Terroranschlägen ist, beten wir auch für diejenigen, deren Hass so groß ist, dass sie sich im Verbrechen gegen unsere gemeinsame Menschlichkeit verstricken. Mögen sie sich endlich darüber klar werden, dass solche Gewalttaten keine Gerechtigkeit, sondern nur noch größere Ungerechtigkeit schaffen. ... Wir appellieren an unsere Mitbürger, ihr Vertrauen auf Gott zu erneuern und sich von jenen bitteren Früchten des Hasses abzuwenden, die am Anfang dieser Tragödie standen. Vor allem wollen wir uns nicht in ethnischen, religiösen oder nationalen Vorurteilen ergehen bei der Beurteilung der Untaten einiger irrationaler Terroristen.

Der ständige Rat der US-amerikanischen Bischofskonferenz am 11. September 2001

... Die öffentlichen Reaktionen auf diese Terrorakte sind vielfach emotional und zu verengt. Wir wenden uns dagegen, ein Feindbild des islamischen Fundamentalismus zu zeichnen. Unter fragwürdiger Berufung auf das Völkerrecht und die UN-Charta planen die USA – unterstützt von der NATO – offenbar militärische Vergeltung. Dies wird zu einer neuen Gewaltspirale führen. Bei den geplanten Vergeltungsschlägen soll kein Unterschied zwischen Tätern und ihren Sympathisanten gemacht werden. Wir fordern, dass der Kampf gegen den Terrorismus in der Welt besonnen, zielgerichtet, angemessen und mit geeigneten Mitteln geführt wird. Militärische Mittel sind ungeeignet. Es kommt darauf an, diese Konflikte politisch zu lösen. ...

Oberstleutnant a. D. Helmuth Prieß, Sprecher des Arbeitskreises kritischer Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr »Darmstädter Signal«, am 16. September 2001

Ich bin ein Moslem. Ich bin ein Amerikaner. Als ein amerikanischer Moslem möchte ich meine tiefe Trauer und meinen Kummer zum gewaltigen Verlust an Leben ausdrücken, das Leben, das am Dienstag ausgelöscht wurde. Der Islam ist eine Religion des Friedens. Der Islam fördert nicht den Terrorismus oder das Töten von Menschen. Ich kann nicht dasitzen und die Welt denken lassen, dass der Islam eine Religion des Tötens ist. Es schmerzt mich zu sehen, welche radikalen Menschen das tun im Namen des Islam. Diese Radikalen tun das gegen Gott. Moslems glauben nicht an Gewalttätigkeit. Wenn die Täter Moslems sind, haben sie die Lehre des Islam vergewaltigt...

Muhammad Ali, Boxchampion und Kriegsdienstverweigerer, am 14. September 2001

... Es verstört uns der Hass, der Menschen zu solchen Taten treibt und andere zum bizarren Jubel darüber. ... Die christlichen Kirchen mahnen zum Frieden. Das Evangelium ruft uns auf, für die Überwindung der Gewalt in der Welt unterschieden einzutreten. Ja, die Täter müssen bestraft werden! Aber es dürfen auch nicht wiederum Unschuldige für diesen Anschlag büßen. Liegt nicht Kraft und Stärke darin, die Spirale der Gewalt zu durchbrechen?

Nein, nicht Gott lässt da Marionetten tanzen und hat womöglich dieses Leiden gewollt. Das ist Menschenwerk!

Margot Käßmann, Landesbischöfin, Hannover, am 16. September 2001

... Wir werden Gott bitten, dass die Gräueltaten dieser Woche nicht neues Unrecht hervor bringen. Die Versuchung ist groß, Hass mit Hass zu beantworten. Und vor allem droht die Gefahr, pau-

schale Verdammungsurteile auszusprechen.

Mag es sehr wahrscheinlich sein, dass Kräfte hinter den Anschlägen stehen, die vorgeben, im Namen ihrer Religion einen heiligen Krieg zu führen, wir sind hier, um um die Kraft zu bitten, allen Versuchen zu widerstehen, den Islam als Weltreligion für diese Terroranschläge verantwortlich zu machen. Vor allem bitten wir Gott, dass in unserem Land nicht Vorurteile gegen die muslimischen Bürger wachsen. ... Gott will Frieden und Gerechtigkeit unter den Religionen und unter den Kulturen. Jeder Glaube, der meint, Gewalt aus religiösen oder ideologischen Gründen rechtfertigen zu können, ist ein gefährlicher Irrglaube.

Präsident Manfred Kock, EKD-Ratsvorsitzender, am 14. September 2001

... In diesen Tagen haben viele Menschen Angst. Das verstehe ich. Diese Angst darf uns nicht lähmen. Die Wut, die viele verspüren, die Ohnmacht, die so schwer zu ertragen ist, darf uns nicht kopflös machen. Die Mörder und ihre Anstifter sind schwer zu finden und noch schwerer zu bekämpfen. Aber ganz gleich wer sie sind: sie sind Mörder, nichts sonst – und deshalb müssen sie bestraft werden. Sie stehen nicht für ein Volk, sie stehen nicht für eine Religion, sie stehen nicht für eine Kultur. Fanatismus zerstört jede Kultur. Fundamentalismus ist kein Zeugnis des Glaubens, sondern der ärgste Feind des Glaubens, den es gibt. Wir werden und wir dürfen uns von niemandem dazu verleiten lassen, ganze Religionen oder ganze Völker oder ganze Kulturen als schuldig zu verdammen. ...

Hass darf uns nicht zum Hass verführen. Hass blendet. Nichts ist ja so schwer zu bauen und nichts ist ja so leicht zu zerstören wie der Friede. ...

Der beste Schutz gegen Terror, Gewalt und Krieg ist eine gerechte internationale Ordnung. Die Frucht der Gerechtigkeit wird der Friede sein. ...

Unser gemeinsames Ziel ist Friede und Sicherheit, Gerechtigkeit und Freiheit für alle Menschen, wo immer sie leben. ...

Bundespräsident Johannes Rau am 14. September 2001 bei der Kundgebung gegen den Terror am Brandenburger Tor in Berlin

Die Kosten des Krieges

»Zum Kriegführen sind drei Dinge nötig: Geld, Geld und nochmals Geld«
Marschall Trivulzio zu Ludwig XII

»Alle Kriege sind nur Raubzüge«
Voltaire

»Nicht umsonst führen die Staaten mit Vorliebe ein Raubtier im Wappen«
Der schweizerische Dichter Carl Spitteler, 1914

Von Werner Schulz

Kriegszeiten sind Notzeiten – und Not macht bekanntlich erfindereich: Es war mitten im siebenjährigen Krieg (1756-63), da schrumpfte Preußens Kriegskasse unter Friedrich dem Großen bedenklich klein zusammen. Trotz der britischen Zuzahlungen blieb den preußischen Feldherren zu wenig, um die Bataillone und Eskadronen an den vielen Fronten zu bezahlen. In ihrer Not verfiel Friedrich II, »erster Diener des Staates«, und sein Finanzminister auf einen hinterlistigen Trick: Die noch verbliebenen Goldthaler der Kriegskasse wurden kurzerhand eingeschmolzen, mit billiger Legierung »verlängert« und neu ausgeprägt. So konnten allein im Kriegsjahr 1760 aus der Goldmenge von 6,5 Millionen Goldthalern am Ende 9 Millionen Thaler entstehen. Und damit der Schwindel nicht allzu sehr auffiele, wurden die neuen, minderwertigen Münzen mit der Jahreszahl 1753 versehen und so unters bedauernswerte Volk gebracht, das am Ende den Verlust der Kaufkraft auszubaden hatte. Insgesamt brachte die Praxis der Münzverschlechterung während des siebenjährigen Krieges der Kriegskasse Preußens 33 Millionen Thaler und damit 25 % der gesamten Kriegskosten ein.

Der Krieg als Vater der Inflation

Die Taktik der »wundersamen Geldvermehrung« zum Vorteil der Staatskasse ist keine preußische, allem Anschein nach aber eine kriegs- und militärische Erfindung. Schon der Mongolenfürst Kublai-Chan (1260-94), ein Enkel des Dschingis-Chan, soll mittels eines hölzernen Druckstockes Papiergeld hergestellt haben um damit seine Soldaten bezahlen zu können.

Auch Jahrhunderte später, während des Ersten Weltkrieges, wurde Geld für die Kriegskasse gedruckt, diesmal gleich im großen Stil. Die bis 1914 angesammelte Kriegsrücklage des Deutschen Reiches von 205 Millionen Mark war nach zwei Kriegstagen aufgezehrt. Bis 1918 beliefen sich die deutschen Kriegskosten insge-

samt auf 150 Milliarden Mark. Überwiegend wurde dieses Geld durch Staatsverschuldung und Kriegsanleihen beschafft. Dadurch aber sank die Kaufkraft im Deutschen Reich ins Bodenlose: 1923 kostete in Berlin ein Brot 399 Milliarden Mark. Wenige Jahre später ist die Reichsmark völlig wertlos, es herrscht nur noch Naturalienwirtschaft. Der Dichter Stefan Zweig schreibt später: »Nichts hat das deutsche Volk so hitlerreif gemacht, wie die Inflation.«

Letztlich stehen alle Inflationen in der Geschichte mit Kriegen und Kriegsschulden in einem direkten Zusammenhang, auch die Papiergeldinflation von 1933-1948, die durch Hitlers Kriege verursacht war. Um seine kriegerischen Ausgaben weit über die üblichen Einnahmen hinaus steigern zu können, nahm das Deutsche Reich riesige, letztlich nicht mehr zu tilgende Kredite in Anspruch und erhöhte außerdem die Ausgabe von Geld. Ausgleichen, so die Vorstellung Hitlers und seiner Ökonomen, sollte sich alles der- ein- durch die »Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernäh-

Niemand kann sich der Finanzierung des Militärs durch seine Steuerzahlungen entziehen: Plakat des »Netzwerks Friedenssteuer«



rungsbasis«. Um dieses Ziel zu erlangen, wurden gigantische Geldsummen ins Militär gepumpt. Der Anteil des Volkseinkommens, den Hitlers Wehrmacht verschluckte, steigerte sich bis auf über 70 %.

Bilanz für ein kriegerisches Jahrhundert

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es vor allem der Krieg in Vietnam, der gigantische Kosten und unsagbares Leid verursachte und bis heute verursacht. Auf rund 720 Milliarden US-Dollar werden die Kosten allein für die USA berechnet. Die Ausgaben der von den Kriegshandlungen direkt betroffenen Staaten, neben Vietnam auch Laos und Kambodscha, lassen sich hier nicht verlässlich beziffern.

Es ist bezeichnend für unsere westlich orientierte Weltansicht, dass sich Zahlen über die Kriegslasten der Länder der Dritten Welt nur sehr schwer oder gar nicht finden lassen. Auch im Falle des Golfkrieges gibt es genaue Angaben über die entstandenen Kosten der Alliierten (insgesamt rund 70 Milliarden US-Dollar), aber über die Kosten des Krieges für den Irak ist so gut wie nichts bekannt.

Die Kriegskosten im 20. Jahrhundert

Erster Weltkrieg 1914-1918	2850
Zweiter Weltkrieg 1939-1945	4000
Korea-Krieg 1950-1951	340
Suez-Krieg 1956	13
Vietnam-Krieg 1965-1973	720
Arabisch-israelischer	
6-Tage-Krieg 1967	3
Yom-Kippur-Krieg 1974	21
Afghanistan-Krieg 1979-1987	116
Iran-Irak-Krieg 1980-1988	150
Falkland-Krieg 1982	5
Golf-Krieg 1990/91	102

in Milliarden US-Dollar

Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 14. 4. 1999, zit. nach: Winfried Wolf, »Bombengeschäfte«, Hamburg 1999

Wieder Kriegskosten für Deutschland

Der Anteil Deutschlands an den Kosten des Golfkrieges, an dem die Bundesrepublik nicht direkt beteiligt war, liegt immerhin bei rund 10 Milliarden US-Dollar. Direkt beteiligt war Deutschland nach 1945 erstmals wieder am NATO-Krieg gegen Ex-Jugoslawien, dessen Kosten pro Tag auf etwa 140 Millionen Mark berechnet werden. Für den Bundeshaushalt bezifferten sich die direkten Kosovo-Kriegskosten bis Ende 2000 auf 3,3 Milliarden Mark.

Darunter

■ 436 Tornado-Einsätze à 10.000 DM je Flugstunde

■ 5 abgeschossene Drohnen à 1 Million DM

■ 244 Harms Raketen à 1,2 Millionen DM.

Insgesamt, so die Bundeswehr-Universität München, kostete der Kosovo-Krieg die NATO 11 Milliarden Mark. Mit diesem Geld wurden im ehemaligen Jugoslawien Kriegsschäden in Höhe von 26 Milliarden Mark (Bundeswehr-Universität) angerichtet, jugoslawische Angaben sprechen gar von 110 Milliarden Mark Schaden. Für den Wiederaufbau, so schätzt die EU, werden mindestens 35 Milliarden Mark fällig. Auch die Stationierung deutscher Soldaten schlägt teuer zu Buche: 2,1 Milliarden Mark kostete der deutsche Einsatz auf dem Balkan allein im Jahr 2000.

Militärausgaben weltweit

Weltweit, so errechnete das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI, wurden im Jahr 2000 rund 1,84 Milliarden DM für Militär ausgegeben, oder umgerechnet: 300 DM für jeden Bewohner dieser Erde. Gleichzeitig hat die Weltbank festgestellt, dass ein Fünftel eben dieser Erdenbewohner, nämlich rund 1,2 Milliarden Menschen, in absoluter Armut existiert, das heißt, von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben muss und weitere 2, 8 Milliarden Menschen mit weniger als 2 Dollar pro Tag. Die Mehrzahl von ihnen sind Frauen und Kinder.

Nach Angaben des Entwicklungshilfe-Ministeriums aus dem Jahr 2000

■ sind 840 Millionen Menschen derzeit chronisch unterernährt

■ haben rund 1,3 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser

■ sind 850 Millionen Menschen Analphabeten

■ leben 1 Milliarde Menschen ohne Unterkunft.

Mit Krieg Geld verdienen

Kriege verursachen nicht nur Kosten, sie werfen auch Gewinne ab. Seltsam nur: Während die meisten der aktuellen Kriege auf dem Boden der sogenannten Dritten Welt ausgefochten und ausgeblutet

werden – in Afrika fand die Mehrzahl der 25 größeren Kriege des Jahres 2000 statt – sammeln sich die Gewinne aus der Herstellung des Kriegsgerätes fast ausschließlich in den reichsten Ländern der Erde an. Mindestens 83 % des weltweiten Rüstungsexports vermarkten die G8-Staaten, die zahlenmäßig nur ein Zehntel der Menschheit ausmachen. Auch der Wohlstand der Deutschen im Jahr 2001 stützt sich nicht ganz zuletzt auf den Einnahmen der »Händler des Todes«: Mit 2,8 Milliarden Mark Rüstungsexport-Erlösen schob sich Deutschland an die dritte Stelle im globalen Kriegswaffen-Export-Geschäft.

Verhütete Kriege kosten weniger

Kofi Annan, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, listet in seinem engagierten Plädoyer für eine »Kultur der Prävention« von Kriegen und Katastrophen nicht nur moralische, sondern auch finanzielle Argumente auf: Die sieben großen militärischen Konflikte der 1990er Jahre, Kosovo nicht eingeschlossen, haben laut Annan die internationale Gemeinschaft 199 Milliarden US-Dollar gekostet, zuzüglich der Kosten, die den kriegführenden Staaten selbst entstanden sind. Annan: »Der Großteil dieser Kosten hätte vermieden werden können.«

Durch effektive Strategien der Prävention ließen sich nicht nur Dollarbeträge in zweistelliger Milliardenhöhe einsparen, sondern außerdem Menschenleben Hunderttausender retten. Gelder, die heute in militärische Interventionen oder daran anschließend in Hilfsmaßnahmen fließen, könnten stattdessen zur Förderung einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung eingesetzt werden, womit die Kriegs- und Katastrophengefahr beständig gemindert würde. UN-Generalsekretär Annan ist kein Träumer. Er weiß, dass die Finanzierung eines »verhüteten Krieges« weit schwieriger ist, als die Geldbeschaffung für dessen Austragung: »Die Kosten dafür (für Prävention, W.Sch.) fallen nämlich in der Gegenwart an, während ihr Nutzen in der Zukunft liegt. Dazu ist dieser nicht einmal greifbar, denn es handelt sich dabei um Kriege und Katastrophen, die gar nicht erst stattfinden.«

Nicht einen Goldthaler hätte Preußen für solche Ideen eingeschmolzen.



... UND WENN DIE WAFFEN SCHWEIGEN?

Die Entwicklungsgeschichte des Automobils ist von Anfang an, als Daimler und Benz die ersten praktisch brauchbaren Automobile der Welt schufen, begleitet von einer kaum unterbrochenen Reihe weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Spannungen. Dennoch konnte der Fortschritt des deutschen Automobilbaus weder durch Kriege noch durch Wirtschaftskrisen, noch durch die gewaltigen politischen und sozialen Erschütterungen der letzten Jahrzehnte aufgehalten werden. Wieders wird die Weiterentwicklung der Motorisierung durch das Zeitgeschehen grundlegend beeinflusst. Heute noch mag niemand Genaueres über das Aussehen der künftigen Mercedes-Benz-Automobile, ihre äußere Form und innere Gestaltung voraussagen.

Wenn aber eines Tages die Waffen schweigen, werden die Wagen, die dann unter dem Mercedes-Benz-Stern die Straßen eines geeinten und unabhängigen Europas befahren, die Summe aller jener Erfahrungen darstellen, welche in härtesten Zerreißproben der Schlachtfelder und Nachschubwege dieses Krieges in Ost und West, Nord und Süd gesammelt werden konnten. Nach den harten und schweren Jahren des europäischen Einigungskrieges werden die Wagen mit dem Mercedes-Benz-Stern wiederum einen neuen Standard bilden, der vor diesem Kriege allen Automobilfahrern ebenso unerreichbar erschien wie Aussehen und Leistung der Wagen des Jahres 1939 den ersten Anhängern des Kraftfahrzeugverkehrs in der Frühzeit des Automobils.

MERCEDES-BENZ



Die Kriegsfrente als Teststrecke: Auch indirekt profitierten und profitieren Teile der Wirtschaft vom Krieg. Eine Tatsache, die heute gerne verschwiegen wird, dem Automobilhersteller Mercedes-Benz aber 1944 noch eine Anzeige wert war:

»... Wenn aber eines Tages die Waffen schweigen, werden die Wagen, die dann unter dem Mercedes-Benz-Stern die Straßen eines geeinten und unabhängigen Europas befahren, die Summe aller jener Erfahrungen darstellen, welche in härtesten Zerreißproben der Schlachtfelder und Nachschubwege dieses Krieges in Ost und West, Nord und Süd gesammelt werden konnten. ...«

Friedenssteuer

Den Dienst mit der Waffe kann Mann in Deutschland aus Gewissensgründen verweigern, die Finanzierung von Waffen und Kriegen dagegen nicht. Für viele Menschen ist diese Situation unerträglich: sich engagieren für Gewaltfreiheit, beten für den Frieden – aber bezahlen für den Krieg? Seit einigen Jahren setzt sich in Deutschland die Initiative »Netzwerk Friedenssteuer« für die gesetzliche Anerkennung der Kriegssteuerungsverweigerung aus Gewissensgründen ein. Ziel ist ein neuer Absatz im Artikel 4 des Grundgesetzes, der die Gewissensfreiheit garantiert. Artikel 4/4 könnte dann lauten: »Niemand darf gegen sein Gewissen gezwungen werden, mit Steuern Militär und Rüstung zu finanzieren.«

Drei Versuche der Initiative, über den Bundestag eine gesetzliche Regelung zu verankern, sind bisher gescheitert. Ein vierter Versuch wird derzeit vorbereitet. Die Initiative weist darauf hin, dass sich niemand der Finanzierung des Militärs durch seine Steuern entziehen kann. Egal ob Lohn- oder Einkommenssteuer, Mineralöl-, Kfz-, Tabak- oder Alkoholversteuer, immer fließt ein Teil in die Kassen des Militärs. Bei der Mehrwertsteuer, so hat das Netzwerk errechnet, liegt der Anteil für Rüstung bei 13 %. Das heißt zum Beispiel konkret: Beim Kauf eines neuen PCs mit Bildschirm für 2.728 Mark »subventioniert« der Verbraucher Rüstung und Militär in Deutschland mit rund 34 Mark – ob er will oder nicht.

Kontakt: Netzwerk Friedenssteuer
Günther Lott
Hauptstraße 1a
69231 Rauenberg

Gerechter Krieg? Gerechter Frieden!

Die traditionelle Friedensethik

Von Ulrich Finckh

Eigentlich ist für Christen alles klar: Jesus ruft auf zur Nächsten- und Feindesliebe. Wie kann ich auf jemanden schießen oder Bomben werfen, den ich lieben, dem ich helfen soll? Die Sache hat nur einen Haken. Wie ist es, wenn jemand zu Unrecht angegriffen wird, muss ich da nicht helfen, notfalls mit Gewalt? Diese Frage hat die Christenheit schon sehr früh diskutiert. Akut wurde sie, als Christen auch politische Verantwortung übernehmen. Weil germanische Stämme während der Völkerwanderung im Römischen Reich Angst und Schrecken verbreiteten, war es der bedeutende Theologe und Bischof in der nordafrikanischen Stadt Hippo Regius, Augustinus, der im 4. Jahrhundert nach Christus eine Antwort suchte. Er überlegte, wann ein Staat das Recht hat, sich mit militärischer Gewalt zu wehren. Seine Antwort war die Lehre vom »Gerechten Krieg«, die bis heute die

kirchliche Diskussion bestimmt. Um Missverständnisse auszuschließen, müsste man eigentlich sagen: Die Lehre von den Bedingungen der ausnahmsweise erlaubten Verteidigung, sonst könnte die Bezeichnung als kriegsbejahend missverstanden werden. Die Überlegungen des Augustinus, die Kriegsführen verhindern oder begrenzen sollten, wurden später präzisiert und immer wieder neu definiert. Heute können sie so zusammengefasst werden:



Die Lehre von der gerechten militärischen Verteidigung

Nur eine legale Regierung hat die Kompetenz, militärische Gewalt einzusetzen. Das ist eine wichtige Einschränkung gegenüber allen, die politische Ziele gegen eine Regierung mit Gewalt durchsetzen wollen.

Krieg darf nur zur Abwehr von Unrecht geführt werden und muss strikt an die Wahrung des Rechtes gebunden sein. Das gibt heute dem Völkerrecht (z. B. der Charta der Vereinten Nationen und weiteren völkerrechtlichen Abkommen und Verträgen) besondere Bedeutung.

UN-Einsatz im ehemaligen Jugoslawien: »Frieden gibt es nur durch Recht und Gerechtigkeit, nicht durch Krieg und militärische Machtausübung«

Alle friedlichen Möglichkeiten der Konfliktbeilegung müssen vorher ausgeschöpft sein, so dass der Krieg wirklich die letzte Möglichkeit (»ultima ratio«) ist.

Ziel des Krieges darf nur die Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens und der Rechtsordnung sein, nicht die Vernichtung des Gegners. Weil es um Frieden geht, darf der Gegner nicht verteuft werden.

Der Schaden, den der Krieg anrichtet, darf nicht schlimmer sein als der Schaden, der abgewehrt werden soll. Diese Verhältnismäßigkeit der Mittel ist im Zeitalter moderner Möglichkeiten zur Massenvernichtung von besonderer Bedeutung, weil sie atomare, biologische und chemische Waffen verbietet. Sie ist aber auch wichtig, um ideologische Kriege zu verhindern. Überzeugungen dürfen nicht mit Gewalt sondern nur mit Argumenten und Vorbild verbreitet werden.

Angriffskriege sind immer unrecht, einem befürchteten oder vermuteten Angriff vorbeugende Militäreinsätze (sog. Präventionskriege) sind verboten.

Im Krieg ist der Schutz der Zivilbevölkerung zu beachten. Angriffe auf Zivilisten sind verboten. Auch für Verwundete, Gefangene und Menschen in besetzten Gebieten gelten besondere Schutzvorschriften des Völkerrechts.

Die besondere Situation von Soldatinnen und Soldaten

Was durchaus vernünftig klingt, ist in der Praxis schwer umzusetzen. Wie sieht es z. B. für Soldaten aus, die durch die Wehrpflicht zum Militär gezwungen werden und dort zu gehorchen haben? Alle Überlegungen gehen in der kirchlichen Diskussion darum, wann Krieg ausnahmsweise, als »ultima ratio«, als letzte Lösung eines Konfliktes, erlaubt ist. Kann es da eine staatliche Pflicht geben, die zum Mitmachen zwingt? Wer an den Zweiten Weltkrieg zurückdenkt, sieht sofort die Problematik. Dieser war ein völkerrechtswidriger Angriffs-, Eroberungs- und Ver-



nichtungskrieg. Nicht eine einzige der Regeln des Gerechten Krieges wurde eingehalten. Selbst die »legale Regierung« war in Deutschland nach dem Verbot aller demokratischen Parteien, nach der Etablierung der brutalen Diktatur und nach den Wahlfälschungen nicht gegeben. Aber wegen der von den Nationalsozialisten 1935 wiedereingeführten Wehrpflicht konnten hinterher alle Soldaten sagen, sie hätten nur ihre Pflicht getan.

Schwierig ist es auch für freiwillige Soldaten. Wer sich als Soldat in einer Situation verpflichtet, in der er darauf vertraut, dass seine Regierung sich an das internationale Recht hält, hat keine Garantie, dass dies immer so bleibt. Die beiden Weltkriege, aber auch der 2. Golfkrieg im Jahr 1991 und die Intervention im Kosovo 1999, ließen viele daran zweifeln. Soldaten haben dann aber kein Recht zu sagen, sie hätten nur ihre Pflicht getan, sondern sie sind nach innerstaatlichem Recht und nach dem Völkerrecht für ihre Handlungen eigenverantwortlich.

Soldaten haben kein Recht, in bestimmten Situationen einfach zu sagen, »Ich halte das als Christ für unerlaubt und quittiere deswegen den Dienst.« Nur Befehle, durch deren Befolgung eine Straftat begangen würde, dürfen bisher rechtmäßig verweigert werden. Wer Soldat werden will, muss sich folglich sehr sorgfältig überlegen, was er tut und welche Risiken er eingeht. Als Christ muss er bereit sein, auch Nein zu sagen und eventuelle Konsequenzen zu tragen, wenn ihm etwas befohlen wird, das er für unrechtmäßig hält und dessen Ausführung er mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann.

Man kann nicht misstrauisch genug sein – das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit

Ein besonderes Problem der Lehre vom Gerechten Krieg ist die Frage, ob wirklich ein Anlass besteht, Unrecht kriegerisch abzuwehren. Wie oft ist die Öffentlichkeit getäuscht worden. 1939 ließ Hitler SS-Leute in polnischen Uniformen zuerst den deutschen Radiosender Gleiwitz überfallen und behauptete dann dreist: »Jetzt wird zurückgeschossen«. Im Krieg um Kuwait wurde 1991 behauptet, irakische Soldaten hätten Babys aus ihren Brutkästen gerissen. Auch das war, wie wir heute wissen, nur eine Propagandalüge, sie hat aber die Bereitschaft zum kriegerischen Eingreifen entscheidend beeinflusst. Zur Rechtfertigung der Intervention im Kosovo 1999 wurde unter anderem ein Massaker in Rajac behauptet, das sich später als Irrtum, wenn nicht gar als Lüge herausstellte. Gerade in Zeiten der ständigen Beeinflussung durch Fernsehen und andere Medien wird das kritische Urteilen schwierig. Die erste wichtige Regel ist deshalb, außerordentlich misstrauisch zu sein.

Internationales Recht ernstnehmen

Noch wichtiger ist aber, das geltende Recht ernst zu nehmen. Was die Lehre über die Aufrechterhaltung der geltenden Friedensordnung sagt, kann heute übersetzt werden in die Achtung der internationalen Rechtsordnung, wie sie in der UNO-Charta und vielen weiteren völkerrechtlichen Vereinbarungen geregelt ist. Die UNO-Charta besagt klipp und klar: Wenn der Friede bedroht ist, ist es Recht

Eine Taube hat sich am 18.08.2001 während der offiziellen Begrüßung von Bundespräsident Johannes Rau in der lettischen Hauptstadt Riga auf den roten Teppich gesetzt

und Pflicht ausschließlich des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, über die notwendigen Maßnahmen zu entscheiden, um die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen. Dass dies nicht immer funktioniert, weil die fünf ständigen Mitglieder ein Veto-Recht haben, mit dem sie Entscheidungen blockieren können, ist kein Grund, die Zuständigkeit des Sicherheitsrates zu bestreiten oder an ihm vorbei zu handeln. Der letzte Fall, in dem der Sicherheitsrat wegen befürchteter Vetos von Russland und China umgangen wurde, war das Eingreifen der NATO im Kosovo-Bürgerkrieg. Diese militärische Intervention hat mehr geschadet als genützt. Die humanitären Ziele wurden nicht nur nicht erreicht, sondern die Situation wurde dramatisch verschlimmert. Der Krieg gegen Jugoslawien hat dabei wieder deutlich gemacht, dass im Krieg vor allem Unschuldige umgebracht, vergewaltigt oder verletzt werden. Die Zivilbevölkerung leidet am meisten unter den Zerstörungen von Brücken, Straßen, Fabriken und Versorgungseinrichtungen (siehe Seite 6 und 8). Ansätze einer Lösung des Konfliktes hat es erst gegeben, seit Russland wieder beteiligt war und China sich neutral verhielt. Hätte man sie gleich beteiligt, wäre viel Unheil vermieden worden. Die zweite wichtige Regel ist also: das Internationale Recht einhalten, alle Möglichkeiten der UNO und ihrer Organisationen ausschöpfen – und NEIN sagen, wenn das Völkerrecht nicht hinreichend beachtet wird.

Auf keinen Fall Macht vor Recht

Weil es so schwierig ist, Kriegstreiberei zu erkennen und zudem festzustellen, ob alle friedlichen Möglichkeiten genutzt wurden, und weil Krieg mit modernen Waffen fast immer viel mehr Schaden anrichtet, als abgewehrt werden soll, sind viele Christen inzwischen dazu übergegangen, jeden Krieg grundsätzlich abzulehnen. Ihre Lösung ist: Das Internationale Recht stärken, nicht nationale Macht über das Recht stellen. Die Versuchung, sich auf die eigene Stärke zu verlassen, ist natürlich groß, wenn Militärmacht vorhanden ist. Dass die USA übermächtig sind, erst recht zusammen mit ihren Verbündeten, wurde immer wieder ausgenutzt. Die Militäreinsätze in Vietnam und in Nicaragua, wo die USA die Einschaltung des Gerichtshofes in Den Haag ablehnten, die Interventionen in Grenada und Panama waren leider nicht untypische Beispiele, die der Kosovo-Intervention lange vorausgingen. Die neue NATO-Doktrin, die Ende April 1999 beschlossen wurde, behält sich solches eigenmächtige Handeln ohne Auftrag des Sicherheitsrates sogar ausdrücklich vor. Die neue Aufrüstung der Bundeswehr soll nach den »Verteidigungspolitischen Richtlinien« von 1992 sogar militärische Interventionen

zur »Durchsetzung lebenswichtiger deutscher Interessen« (!) möglich machen, was nur als eine krasse Missachtung des Völkerrechts verstanden werden kann.

Vorsicht bei ideologischen Kriegsrechtfertigungen

In der täglichen politischen Diskussion sprechen offizielle Stellen allerdings meist nur von »Krisenreaktion« und »humanitärer Hilfe« mit militärischen Mitteln. Die humanitäre Dimension soll alles rechtfertigen. Gerade bei politischer Verwendung moralischer Kategorien ist aber besonderes Misstrauen geboten. Die Kriege im Namen des Guten gegen das Böse, z.B. alle Kreuzzüge, Religionskriege, die Unterwerfung »menschensfressender« oder sonst unmenschlicher »Wilder« in den Kolonialgebieten und die modernen ethnischen »Säuberungen« waren die schlimmsten und verbrecherischsten Kriege. Wenn ein Gegner verteufelt wird, so dient das meist der Rechtfertigung besonders brutalen Handelns. Mit christlicher Nächsten- oder gar Feindesliebe und Achtung vor dem Recht ist das aber nicht zu vereinbaren.

Lieber Unrecht leiden als Unrecht begehen

Fazit: Die Entwicklung der Militärgewalt ist so, dass es immer mehr Gründe gibt, jeden Kriegsdienst zu verweigern. Würden die eingangs genannten Kriterien der klassischen Lehre vom Gerechten Krieg angewendet, wonach militärische Verteidigung nur ganz ausnahmsweise erlaubt sein kann, führen sie fast immer zu dem Ergebnis, dass ein Krieg nicht sein darf. Dies entspricht dem ursprünglichen Charakter der Lehre, Krieg zu verhindern oder zu begrenzen. Dort wo die internationale Rechtsordnung versagt, muss überlegt werden, ob es nicht besser ist, Unrecht hinzunehmen, um die Notwendigkeit zu ihrer Weiterentwicklung aufzuzeigen, statt auf das eigene Recht und die eigene Stärke zu pochen. Kriegerisches Handeln schwächt das internationale Recht. Denn Frieden gibt es nur durch Recht und Gerechtigkeit, nicht durch Krieg und militärische Machtausübung.

Unterwegs zum gerechten Frieden

Nach beiden Weltkriegen schien die Menschheit jeweils bereit, auf Frieden durch eine multinationale Weltorganisation zu setzen. Die Gründung des Völkerbundes nach dem Ersten Weltkrieg und der UNO nach dem Zweiten Weltkrieg zeigen das. Durch die Möglichkeiten der Vereinten Nationen konnten viele Konflikte entschärft oder verhindert werden, z. B. durch politische Vermittlung, durch »Blauhelm-Einsätze« zur Überwachung

von Waffenstillstandsabkommen, durch Wahlbeobachtung und durch Einleitung von Prozessen zur Friedenskonsolidierung in verschiedenen Regionen. Auch die Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag oder die Maßnahmen friedlicher Streitbeilegung durch zivile überstaatliche Organisationen wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die zahlreiche Langzeitmissionen zur Förderung von Friedensverhandlungen und zur Achtung der Menschenrechte durchführt, erhalten seit dem Ende des Kalten Krieges zunehmend Gewicht. Dieses Gewicht kann und muss noch sehr viel stärker ausgebaut werden, und das gilt auch für die Arbeit des Europarates oder des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes.

Christen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Die christlichen Kirchen haben diese Entwicklung begrüßt und bereits unmittel-

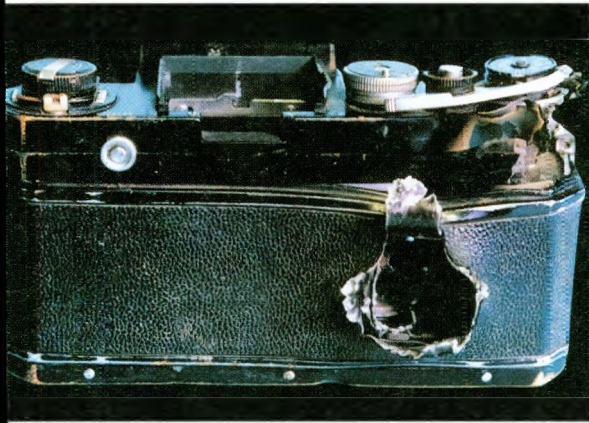
bar nach dem Zweiten Weltkrieg betont: »Krieg soll nach dem Willen Gottes nicht sein.« Aber letztlich haben sie das Recht zum Krieg immer noch nicht völlig bestritten und sich – im Blick auf den staatlich geforderten Militärdienst – auf Kompromissformeln wie »Friedensdienst mit und ohne Waffen« zurückgezogen. Damit wird die Entscheidung jedem Einzelnen überlassen und zugemutet. Die generelle Kriegsdienstverweigerung wird ebenso akzeptiert und durch kirchliche Beratungs- und Beistandsarbeit unterstützt wie auch die Bereitschaft, noch Soldat zu werden. Aber alle, ob Kriegsdienstverweigerer oder Soldat, werden aufgerufen, ihren Beitrag zu leisten, dass Frieden gehalten und mit friedlichen Mitteln weltweit Gerechtigkeit geschaffen wird. Aus der Lehre vom Gerechten Krieg muss die Forderung und Förderung des gerechten Friedens werden. Ziel ist die Unterstützung einer internationalen Ordnung, die den Krieg ächtet und überflüssig macht. In dieser Ordnung würde zivile Konfliktbearbeitung so selbstverständlich gelehrt und eingeübt, wie zuvor der Gebrauch von Waffen. Die Kirchen treten deshalb für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ein; jede Christin und jeder Christ kann dazu einen Beitrag leisten. **Z**



Bischof Augustinus (354 – 430), der Vater der kirchlichen »Lehre vom gerechten Krieg«

Kriegslügen

Die Medien und der Krieg



Von Werner Schulz

Im Krieg sind die meisten Nachrichten falsch und der Rest sind Widersprüche und Lügen. Es war kein geringerer als Carl von Clausewitz († 1831), Preußens großer Kriegslehrmeister, der diese Feststellung einst traf.

Heute sind wir weiter. Unsere Kriege sind moderner, heißen »Mission« und »Operation« und »Kampagne« und unsere Medien sind schneller, liefern uns – wenn wir wollen – bewegte Bilder von jedem Kriegsgebiet der Welt. Anstelle der Kriegsberichterstatter, die Preußens Armee den Regimentern mitschickte oder der »Kriegsmaler«, die die englische Krone an die Fronten befahl, unterhält die NATO heute ein professionelles »Media-Operation-Center«. Ob wir deshalb unterm Strich von den Kriegen heute ein zu treffenderes Bild erhalten, darf allerdings bezweifelt werden.

»Im Krieg zählt die Wahrheit immer zu den ersten Opfern«, dieser Satz behält leider auch im Zeitalter des Satelliten-Fernsehens seine Gültigkeit. Und wie die Berichterstattungen über die Kriege am persischen Golf oder im ehemaligen Jugoslawien gezeigt haben, ist der Anteil, den die Medien – aktiv oder passiv – an der Beschädigung oder gar Liquidierung der Wahrheit haben, im Zeitalter der Informationsgesellschaften sehr bedeutend. Presse, Funk und Fernsehen können einerseits aktiv für militärische Ziele Partei ergreifen und so zu einem wichtigen Teil der Kriegsmaschine werden, wofür vor allem diktatorische und fundamentalistische Staaten ausreichend Beispiele liefern. Sie können andererseits aber auch für kriegerische Zwecke missbraucht werden, was – wie der Kosovo-Krieg zeigte – durchaus auch in Demokratien gelingt.

Medien filtern die Wirklichkeit

Schon bei der Entstehung von Kriegen, bei ihrer »Aussaat« durch Feindbilder und Hass, sind Medien immer beteiligt. Insofern hat jede Auslandsberichterstattung immer auch eine friedenspolitische Verantwortung.

Auch die Frage, wann ein Krieg als solcher

von der Öffentlichkeit überhaupt wahrgenommen wird, hängt entscheidend von den Medien ab. Der seit 1975 tobende Bürgerkrieg in Angola z.B. ist kein Medienthema. Obwohl in diesem Krieg tagtäglich Menschen ihr Leben lassen, kommt dieser Krieg in der Berichterstattung der Medien so gut wie nicht vor. Nur noch Insider wissen um das blutige Schicksal Angolas, für die Mehrheit existiert dieser Krieg ganz einfach nicht, weil nichts über ihn berichtet wird. Aber auch dieser Krieg ist Realität: Mehr als 500 000 Menschenleben haben die Schlachten in Angola bisher gefordert.

Medien produzieren Wirklichkeit

Medien haben die Entscheidungsgewalt, etwas zu zeigen oder etwas wegzulassen, und somit die Macht, beim Zuschauer »Realität« zu produzieren. Sehr früh hat Josef Goebbels, gelernter Journalist und Hitlers Reichspropagandaminister, diese Bedeutung der damals neuen Medien Film und Ton erkannt und mit Film- und Tonleuten der »Propagandakompanie« sein Bild des Dritten Reiches gezeichnet, seine Wirklichkeit – seine Vision der endlos siegenden deutschen Wehrmacht. Nach der selben Logik haben US-amerikanische Militärs während des Golfkrieges sehr sorgsam TV-Teams ausgewählt, die dann exklusiv vom Kriegsgeschehen senden durften, und zwar genau das, was ihnen die Army erlaubte. So wurde unsere Wahrnehmung, unsere »Wirklichkeit« des Golfkrieges in weiten Teilen von einer Kooperation von CNN und Pentagon gesteuert. Aus dieser Kooperation entstand schließlich das Medienbild des »sauberen Krieges«, in dem punktgenau gesteuerte Raketen mit »chirurgischen Schnitten« gegnerische Ziele zerstörten; Bilder eines realen Krieges, die sich in nichts mehr von der Fiktion der Videospiele unterscheiden: keine blutigen Opfer, keine zeretzten Leichen, nur Leuchtspuren und Lichtblitze, nur Treffer und Erfolg.

Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen

soll informativ, wertfrei und kritisch sein, auch im Krieg. Aber gerade in Kriegs- und Konfliktzeiten ist es mit der Neutralität und kritischen Distanz vieler

Medienmacher allzu schnell vorbei. Viel zu oft und viel zu früh werden auch Medienvertreter parteiisch und beteiligen sich am Aufteilen der Welt in Gut und Böse. So wurde etwa die Dämonisierung von Saddam Hussein während des Golfkrieges durch das Pentagon alsbald auch von den deutschen Medien übernommen und Selbst Hans-Magnus Enzensberger schrieb im »Spiegel« vom neuen Hitler und stützte damit die Haltung: Gegen ein solches Regime ist jedes Mittel recht.

Stimmung für den Krieg

Dass sich Medienvertreter gegenüber der »eigenen« Seite weniger kritisch zeigen und etwa, wie im Falle des Kosovo-Krieges, demokratisch gewählten Vertretern der NATO-Partner, z.B. Verteidigungsminister Rudolf Scharping, mehr Glauben schenken als Milosevics Helfershelfern, das mag einleuchtend und logisch erscheinen. Tatsächlich aber wurden die Medien in diesem Fall von der »eigenen« Seite besonders krass manipuliert, falsch informiert und belogen. Einen Teil der Täuschungen und Lügen haben die Fernsehjournalisten Jo Angerer und Mathias Werth in ihrem WDR-Film »Es begann mit einer Lüge« aufgedeckt. Sie weisen unter anderem nach, dass es ein »Massaker von Serben an unschuldigen Zivilisten« in Rogovo, wie von Verteidigungsminister Scharping behauptet, nicht gegeben hat. Die von Scharping zum Beweis vorgelegten Fotos zeigen Opfer eines Gefechts.

Auch die Existenz eines »Konzentrationslagers« im Stadion von Pristina, wie von Scharping behauptet, ist bis heute nicht bewiesen.

Ziel dieser und weiterer Manipulationen sollte sein, in der Bevölkerung Stimmung für einen Krieg zu machen, für den es kein UNO-Mandat gab und der somit völkerrechtswidrig war. Kein ganz leichtes Spiel, wie der ehemalige NATO-Sprecher, Jamie Shea, in dem WDR-Film mit entlarvender Offenheit zugab: »Nach den ersten »Unfällen« fiel die Zustimmung in vielen Ländern, auch in Deutschland, um 20 bis 25 Punkte. Wir mussten sechs Wochen lang hart arbeiten, um die öffentliche Meinung zurück zu gewinnen.«

Wie wir heute wissen, ging die Rechnung auf und die von Scharping geschilderten Massaker spielten dabei eine ganz entscheidende Rolle. Der Hamburger Experte für Sicherheitspolitik, Professor Dieter S. Lutz: »Die Massaker waren, wenn Sie so wollen, der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat, die Wende zum Krieg.«

Diese durchschossene Kamera gehörte dem japanischen Kriegsfotografen Taizo Ichinose, der damit während des Vietnamkriegs fotografierte und bei seiner Arbeit getötet wurde.

Weltweit kamen in den Jahren 1991 – 2001 600 Kriegsberichterstatter ums Leben, allein in den Kriegen auf dem Balkan starben 54 Reporter.

Buchtipps zum Weiterlesen:

Mira Beham
»Kriegstrommeln – Medien, Krieg und Politik« dtv, München 1996, 260 S.

Christian Hörburger
»Krieg im Fernsehen«
Verein für Friedenspädagogik, Tübingen 1996, 231 S.



Von der Blutrache

Biblische Anmerkungen zur Gewaltfrage

zur Nächstenliebe



Vielfältig wie die Welt, in der sie entstanden ist, enthält die biblische Überlieferung beides: Texte der Gottes- und Menschenliebe und Beispiele für Rached Gedanken und Gewalttaten. Dennoch ist der Richtungssinn der biblischen Botschaft alles andere als beliebig.

Von Friedhelm Schneider

Das die Bibel zwischen Feindesliebe und Vergeltungsdenken einander widersprechende Aussagen umfasst, hat schon früh das Denken der christlichen Theologen beschäftigt. Als radikalen Versuch, das Dilemma zu lösen, forderte Marcion im 2. Jahrhundert – erfolglos – den Ausschluss des Alten Testaments aus der christlichen Überlieferung. Zu späterer Zeit hat der Kirchenvater Origenes viel Mühe und Nachdenken darauf verwendet, die Kriegsberichte des Alten Testaments umzudeuten. Er verstand sie als rein symbolisch-bildhafte Darstellungen, die den geistigen Kampf gegen das Böse zum Ausdruck bringen wollen. Wie können wir heute mit den gegensätzlichen Bibelstellen zur Tötungs- und Gewaltproblematik umgehen, ohne uns dem Vorwurf einer willkürlichen Textauswahl auszusetzen?

Der Entwicklungsprozess

Es kann in dieser Frage hilfreich sein, die Entwicklung der biblischen Wertvorstellungen zu betrachten. Die Bibel ist, wie wir wissen, kein einheitliches Werk aus einem Guss, sondern sie umfasst eine ganze Bibliothek von Schriften, die ein Jahrtausend Politik-, Kultur- und Geistesgeschichte widerspiegeln. Wesentliche biblische Grundaussagen sind nicht von Anfang an da gewesen, sondern konnten erst gedacht und niedergeschrieben werden, als die Zeit für sie reif war. Oft wurden sie erst verstanden und als Gottes Wort angenommen, als der Same zurückliegender theologischer Überlieferungen aufgegangen war. Auch die biblischen Aussagen zum Spannungsfeld Gewaltbereitschaft – Mitmenschlich-

keit dokumentieren einen langwierigen Entwicklungsprozess. Einige dieser Entwicklungsstufen seien hier angeführt:

Blutrache

Zu Beginn der israelitischen Geschichte, als die Vorfahren der einzelnen Stämme noch unabhängig voneinander ein Nomadenleben am Rande des Kulturlandes führten, galt in Konfliktfällen das Prinzip der Blutrache: Die Wiederherstellung der verletzten Ehre fordert den Tod des Gegners und gegebenenfalls seines Umfeldes (vgl. 1. Mose 4, 23).

Vergeltung

Einen wesentlichen ethischen Fortschritt kennzeichnet demgegenüber der Grundsatz »Auge um Auge, Zahn um Zahn« (Vergeltungsprinzip, s. 3. Mose 24, 20): Die Bestrafung eines Vergehens darf die Höhe des angerichteten Schadens nicht übersteigen.

Tötungsverbot

Einen weiteren Entwicklungsschritt bedeutet die Einschränkung des Vergeltungsprinzips zu Gunsten des menschlichen Lebens, vgl. 1. Mose 4: Gott bestraft den Brudermörder Kain, schützt aber sein Leben. Wer Kains Leben zerstört, greift in das Verfügungsrecht Gottes ein.

Das fünfte Gebot (2. Mose 20, 13; 5. Mose 5, 17) scheint anfangs nur auf den Mord an einem persönlichen Gegner bezogen und für den Kriegsfall ohne Bedeutung gewesen zu sein. Seine umfassende Ausweitung erhält das Tötungsverbot

im Horizont prophetischer Friedensvisionen und Kriegskritik (vgl. Jesaja 2, 4; 9, 4).

Nächstenliebe

Als die positive Kehrseite des Tötungsverbotes finden wir schon im Alten Testament das Gebot: »Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst« (3. Mose 19, 18) – eine Forderung, die sich zunächst auf die Mitglieder der eigenen Volksgemeinschaft beschränkt. In der Botschaft Jesu wird der Grundsatz der Nächstenliebe konsequent aus der Begrenztheit der eigenen Bezugsgruppe gelöst; er gilt nun generell, ohne Einschränkung – selbst im Blick auf unsere Feinde. In den Geboten des Gewaltverzichts (Matthäus 5, 38-42) und der Feindesliebe (Matthäus 5, 43-48) begegnen wir den »Spitzenaussagen des jesuanischen Ethos« (W. Huber/H.-R. Reuter, 1990).

Die Konsequenz

Als Folgerung ergibt sich: Die beschriebene Entwicklung biblischer Aussagen zielt auf die Ausweitung des Tötungsverbotes, auf die konsequente Verwirklichung der Nächsten- und Entfeindungs liebe. Dieses abschließende Ergebnis biblischer Wertbildung ist für unser Leben als Christen in allen Bereichen verbindlich und maßgebend. Es wäre ein Widerspruch zum Zeugnis der Bibel insgesamt, privat im Sinne Jesu Mitmenschlichkeit zu üben und sich auf anderen Gebieten (z.B. in der Politik) von einer vorbiblischen »Mafia-Moral« leiten zu lassen. Gott, der »ein Freund des Lebens« ist (Weisheit 11, 26), hat »kein Gefallen am Tode des Gottlosen« (Hesekiel 33, 11; 18, 23). Ebenso wenig wie persönliche Racheaktionen können deshalb kollektive militärische Vergeltungsschläge Ausdruck christlicher Verantwortung sein.

Wo neutestamentliche Texte in ihrer Aussage zur Gewaltproblematik unklar oder mehrdeutig erscheinen, muss sich ihr Verständnis an dem Maßstab ausrichten, den Jesus als Mitte der biblischen Botschaft betont: am Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe (Matthäus 22, 34 ff).



Geschichte des christlichen Pazifismus

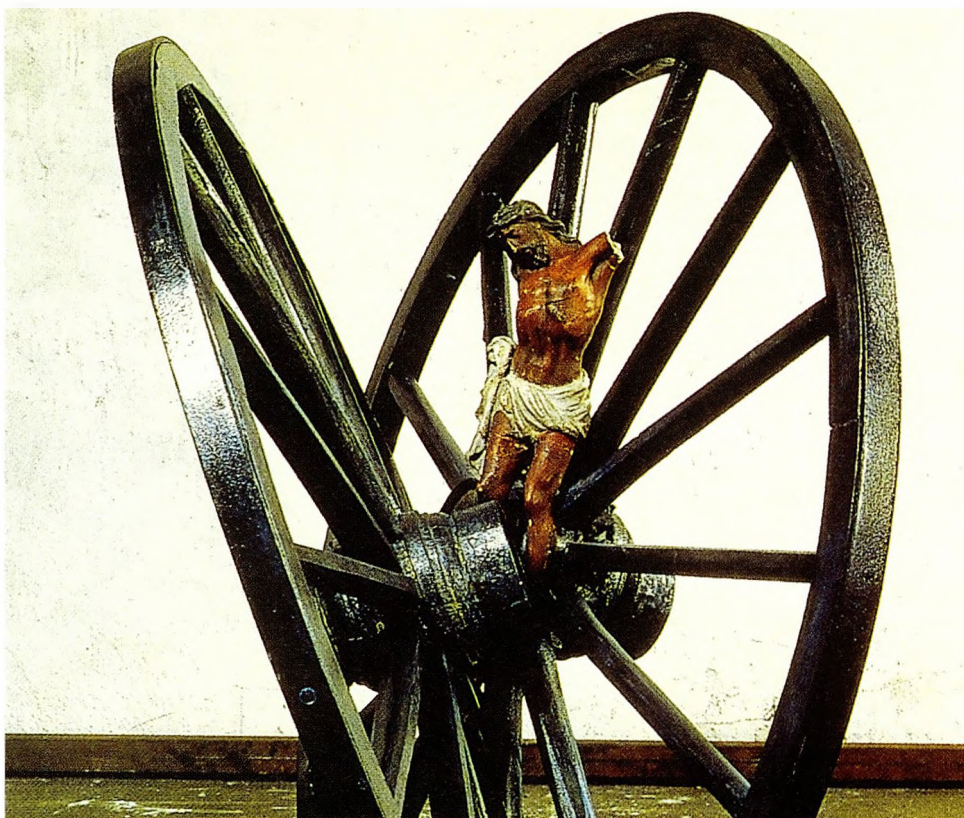
Ein Blick in die Kirchengeschichte zeigt: Auch Menschen, die sich der Religion der Nächstenliebe verpflichtet wissen, neigen im Konfliktfall zur Rechtfertigung von Gewalt, wenn dies der Durchsetzung der guten Sache dient – und als solche wird die eigene Sicht der Dinge in der Regel empfunden. Immer wieder sind kirchliche Denkmuster für den Einsatz kriegerischer Gewalt herangezogen worden, immer wieder haben Christen auf den verschiedenen Seiten der Frontlinie als Feinde gegeneinander gekämpft. Kritiker des Christentums stellen deshalb bis heute seine Friedensfähigkeit in Frage. Regelmäßig verweisen sie auf den Widerspruch, der sich zwischen der lebensfreundlichen Orientierung des christlichen Glaubens und den bisweilen »gnadenlosen Folgen des Christentums« auf tut.

Für die Glaubwürdigkeit des christlichen Friedenszeugnisses steht das Beispiel der Christen, die in Zeiten allgemeiner Kriegsbejahung ihr Nein zum Töten deutlich gemacht haben. Auf den folgenden Seiten vergegenwärtigen wir exemplarisch einige Stimmen aus der Geschichte der christlich-pazifistischen Minderheit.

Dass unser heutiges Anti-Gewalt-Engagement gut daran tut, sich seiner Vorläufer zu vergewissern, betont der Ökumenische Rat der Kirchen in der ersten Botschaft, die er seinem Zehn-Jahres-Programm zur Überwindung von Gewalt (2001-2010) widmet: »Wir erinnern an die Heiligen und Märtyrer, die bis an den heutigen Tag als Zeugen Gottes gegen die Mächte der Gewalt, der Zerstörung und des Krieges ihr Leben hingeben. Wir erinnern an das Zeugnis all der Menschen, die in ihren

Gemeinschaften und darüber hinaus zu Zeichen der Hoffnung wurden und die Wege aus der tödlichen Spirale der Gewalt eröffneten.« Kriegen und zerstörender Gewalt haben christliche PazifistInnen in allen Epochen der Kirchengeschichte ihre persönliche Absage erteilt. Viele von ihnen sind zugleich tätig geworden für Gerechtigkeit (z.B. für die Abschaffung der Sklaverei oder für einen humanen Strafvollzug), für Frieden (z.B. für Abrüstung und Völkerverständigung) und für die Bewahrung der Schöpfung (z.B. für den Gedanken der Ehrfurcht vor dem Leben). Der Reichtum der pazifistischen Erfahrungen und Gedanken ist voll von Hoffnungszeichen für den Weg, auf den die ÖRK-Dekade zur Überwindung von Gewalt uns einlädt: »Wir wollen gemeinsam danach streben, Geist, Logik und Praxis der Gewalt zu überwinden.«

F.S.



Christus zwischen den Rädern? – Plastik von Henk Visch: »Wie schön muss es dem erscheinen, der es versteht«

»Kein Christ soll hingehen und Soldat werden...«

Kriegsdienstverweigerung und Militärdienst in der alten Kirche

Von Friedhelm Schneider

»Würde **Jesus**, dieser Mann aus Nazareth, in unserer heutigen Gesellschaft wieder auftauchen, wäre die Ächtung des Krieges eines seiner zentralsten Anliegen. Darauf deutet ja auch die Einstellung der Urchristen hin: Keine Waffen zu tragen und zu benutzen war sozusagen das Markenzeichen des Urchristentums.« Rückblickend auf den Bundeswehr-Einsatz im Kosovo erinnert die Schriftstellerin **Gudrun Pausewang** an die entschiedene Anti-Kriegs-Haltung der frühen Christenheit. Nicht eine kirchliche Veranstaltung, sondern eine der eher selten gewordenen Friedensdemonstrationen bildet den Rahmen für die Rede der Friedensbewegten Autorin. Das Verständnis der christlichen Botschaft, das Gudrun Pausewang während des Oldenburger Ostermarschs 2000 anspricht, berührt sich mit der Einschätzung, die fast 100 Jahre zuvor der evangelische Theologieprofessor **Adolf Harnack** zum Ausdruck gebracht hat: »Selig gepriesen werden die, welche das Unrecht ertragen; den Sanftmütigen wird der Besitz des Erreichs verheißt, »Friede« wird allen Menschen verkündet, und das Evangelium selbst heißt »das Evangelium des Friedens«. Wie es die »Gewaltigen« machen, so sollen es die Jünger Jesu nicht machen, und ihre Gesinnung soll der Gesinnung der Herrschenden entgegengesetzt sein. Es bedarf nicht weiterer Worte, um festzustellen, dass das Evangelium alle Gewalt ausschließt und nichts Kriegerisches an sich hat oder auch nur dulden will.«

(Harnack, *Militia Christi*, 1905)

Frühchristliche Gewaltkritik

Wenn wir über das Neue Testament hinaus die christlichen Textzeugnisse der ersten Jahrhunderte betrachten, können wir feststellen: Die altkirchliche Literatur enthält eine Fülle von Antikriegsstimmen, die jede christliche Beteiligung an Blutvergießen, Töten und Krieg ableh-

Kampf zwischen Gladiatoren und Löwen.
Römisches Terrakotta-Relief aus dem 1. Jahrhundert.



nen. Dabei wird wiederholt die Unvereinbarkeit des Soldatenberufes mit dem christlichen Glauben betont. Dass die Gewaltkritik altkirchlicher Theologen sich nicht auf kriegerische Unternehmungen beschränkt, zeigt ihr unnachgiebiger Einspruch gegen die in römischen Arenen verbreitete Unterhaltungsbrutalität: Ob als Schaukämpfer oder als Zuschauer, für Christen verbietet sich jede Mitwirkung an Gladiatorenkämpfen, die als blutiges Massenspektakel das Gewissen beflecken und zur Verrohung des Publikums führen. Ebenso wie eine Gladiatorenausbildung zu verurteilt ist, die allein der »Kunst« des Tötens dient, sind die Unsummen zu beklagen, die statt für soziale Zwecke für die öffentliche Inszenierung grausamer Kampfspiele ausgegeben werden.

Leider sind diese frühchristlichen Beiträge zur Friedensthematik weithin in Vergessenheit geraten, vielleicht als Folge ihrer militärkritischen Haltung und ihrer eindeutigen, oft kompromisslosen Sprache. Es bleibt eine wichtige Aufgabe, die Erinnerung an die frühen Vertreter christlicher Gewaltkritik wach zu halten. Ihr Zeugnis macht deutlich, dass die Absage an tödende Gewalt von Anfang an ins Zentrum der christlichen Ethik gehört.

Nein zum Töten – ohne wenn und aber

Die strenge Ablehnung des Tötens geht schon aus den frühchristlichen Kirchenordnungen hervor: In der römischen *Traditio apostolica* (»Apostolische Überlieferung«) des **Hippolyt** heißt es zu Beginn des 3. Jahrhunderts: »Einem Soldaten, der seinen Dienst bei einem Statthalter verrichtet, sage man, dass er keine Hinrichtung vollziehe. Wenn er dazu den Befehl erhält, soll er ihn nicht befolgen. Geht er nicht darauf ein, so weise man ihn zurück. Wer die Schwertgewalt oder die Verwaltung einer Stadt innehat, wer den Purpur trägt, trete ab, oder man weise ihn zurück. Wenn ein Taufbewerber oder ein Gläubiger Soldat werden will, dann weise man ihn zurück; denn er hat Gott verachtet.« Eine spätere Bearbeitung der Hippolyt'schen Kirchenordnung führt aus: »Personen, die Vollmacht zum Töten besitzen, oder Soldaten sollen überhaupt nicht töten, selbst wenn es ihnen befohlen wird... Jeder, der eine ausgezeichnete leitende Stellung oder eine Herrschergewalt erhält und sich nicht mit der Waffenlosigkeit bekleidet, die dem Evangelium gebührt, soll von der Herde (d.h. der christlichen Gemeinde, FS.) abgetrennt werden... Kein Christ soll hingehen und Soldat werden (späterer Zusatz: »wenn es nicht notwendig für ihn ist...«)

Noch im 5. Jahrhundert ist zu lesen: Wenn Soldaten oder Beamte »danach verlangen, die Taufe im Namen des Herren zu empfangen, dann sollen sie ihren Militärdienst oder ihre obrigkeitliche Stellung aufgeben«. Ein Taufbewerber oder Christ, der Soldat werden will, hat mit dieser Absicht »Gott beleidigt, den Weg des Geistes verlassen, an den Dingen des Fleisches sein Gefallen gefunden und den Glauben verhöhnt«. (Testamentum domini nostri, syrische Kirchenordnung)

Glaubensbekenntnis oder Fahneid

Ähnliche Äußerungen finden sich in den Schriften der »Kirchenväter«, also bei den anerkannten theologischen Lehrern der alten Kirche: **Tertullian** wurde als

keine Verbindlichkeit haben. »Der Standpunkt des Glaubens lässt keine Berufung auf Notwendigkeiten zu. Es gibt keine Notwendigkeit zu sündigen für die, für welche es nur eine Notwendigkeit gibt, jene, nicht zu sündigen.«

Die Schwerter zerbrechen!

Eine ähnlich rigorose Einstellung zum Kriegsdienst vertrat der Kirchenvater **Origenes** (182-245), der als Bibelausleger und Theologe in der ganzen Kulturwelt seiner Zeit berühmt war. In einem Werk, das die Christen gegen die scharfe Kritik des römischen Philosophen Celsus verteidigt, schreibt Origenes um die Mitte des dritten Jahrhunderts: »Wir (Christen, F.S.) sind gekommen den Er-

nehmen. Was ihn selbst und seine Mitchristen angeht, steht für Origenes fest: »Wir ziehen nicht ins Feld, auch wenn es der Kaiser verlangt.«

Dass das Tötungsverbot für Christen ohne jede Einschränkung gilt, betonen auch Cyprian, der als Bischof von Karthago im Jahre 258 den Märtyrertod fand, und Laktanz (geboren um 250), ein christlicher Schriftsteller, dem im Alter die Erziehung von Kaiser Konstantins Sohn Crispus übertragen war. »Dem Gerechten ist das Waffentragen nicht erlaubt; sein Dienst gilt der Gerechtigkeit selbst; er soll nicht einmal einen Verbrecher vor dem Gericht verklagen; denn es ist kein großer Unterschied, ob man mit dem Worte tötet oder mit dem Schwerte: das Töten ist schlechthin verboten. Es gibt nicht die geringste Ausnahme von diesem göttlichen Gebote.« (Laktanz: Göttliche Unterweisungen)



Sohn eines römischen Berufssoldaten um 150 geboren und wirkte als bekannter christlicher Lehrer in Karthago (im heutigen Tunesien). Aus der Forderung, dass ein Christ nicht Soldat werden soll, zieht Tertullian den Schluss, dass ein Soldat, der nach seinem Eintritt ins Heer Christ geworden ist, den Militärdienst zu verlassen hat: »Gegenwärtig erhebt sich die Frage, ob sich ein Christ dem Soldatenstand zuwenden dürfe und ob ein Soldat zum Christentum zugelassen werden könne... Nun, der Gott geleistete Treueid ist unvereinbar mit dem den Menschen geleisteten Fahneid, unvereinbar das Feldzeichen Christi mit dem des Teufels, unvereinbar das Lager des Lichts mit dem Lager der Finsternis... Wie aber wird (ein Christ, FS.) Krieg führen, ja auch nur im Frieden ohne Schwert Soldat sein dürfen, dem der Herr das Schwert weggenommen hat?« Um jedes Missverständnis auszuschließen, beantwortet Tertullian die ohnehin rhetorisch gestellte Frage mit den Worten: »... der Herr hat durch die Entwaffnung des Petrus alle Soldaten entwaffnet.« (Tertullian: Über den Götzendienst)

In einer späteren Schrift (Vom Kranze des Soldaten, 211) bekräftigt Tertullian nochmals »die Unerlaubtheit des Soldatendienstes an sich«, billigt jedoch als Notlösung den Verbleib eines nachträglich bekehrten Soldaten im Heer, solange er keinen Götzendienst leisten oder Tötungshandlungen begehen muss. Grundsätzlich gilt weiterhin: Militärische Sachzwänge können für Christen

mahnungen Jesu gehorsam, die Schwerter zu zerbrechen, mit denen wir unsere Meinungen verfochten und unsere Gegner angriffen, und wir verwandeln in Pflugscharen die Speere, deren wir uns früher im Kampfe bedient haben. Denn wir ziehen nicht mehr das Schwert gegen ein Volk, und wir lernen nicht mehr, Krieg zu führen, nachdem wir Kinder des Friedens geworden sind durch Jesus, der unser Anführer geworden ist.« (Origenes: Gegen Celsus) Augenscheinlich lässt der Theologe sich nicht beeindruckt durch Celsus' (immer noch aktuelles) Argument: Wenn alle so handelten wie die pazifistischen Christen, dann geriete in kurzer Zeit alles in die Hände der wildesten und abscheulichsten Barbaren... Origenes hält dem entgegen: Nicht die Christen sollten sich, wie Celsus es fordert, in die römische Militärpolitik eingliedern, sondern die Römer sollten ihrerseits den christlichen Glauben an-

Konsequent bis in den Tod

Einige erhalten gebliebene Märtyrerakten bestätigen, dass Soldaten, die als Söhne von Veteranen im römischen Reich militärpflichtig waren, wegen ihres christlichen Glaubens den Kriegsdienst verweigert und ihre Haltung mit dem Tode bezahlt haben. Die Akten über das Martyrium des **Maximilianus** berichten zum Beispiel, dass Maximilianus am 12. März 295 mit seinem als Berufssoldat dienenden Vater auf dem Forum von Thebeste (im heutigen Algerien) erscheint, um als Rekrut eingestellt zu werden. Schon bei der routinemäßigen Feststellung der Personalien antwortet Maximilianus dem Proconsul: »Wozu willst du meinen Namen wissen? Ich darf keinen Kriegsdienst leisten, weil ich Christ bin.« In der folgenden Diskussion beteuert Maximilianus ständig: »Ich kann nicht als Soldat dienen. Ich kann nichts Verwerfliches tun. Ich bin Christ.« Er verweigert das militärische Treuegelöbnis und wird enthauptet.

Vereinzelt erfahren wir von christlichen Soldaten, denen es gelingt, ihren Abschied vom Militär zu erreichen. **Eusebius**, der Verfasser der ersten Kirchengeschichte, beschreibt zu Beginn des 4. Jahrhunderts, wie der Soldat **Seleukus** nach seiner Bekehrung den Militärdienst verlässt und als konsequenter Zeuge Christi in einem »zivilen Sozialdienst« seine Erfüllung findet:

»Er... hatte sich im Heeresdienst rühmlich hervor getan und auf der mi-

Fresko: Die Kirchenväter mit ihren Schriften



litärischen Stufenleiter eine bedeutende Stellung erreicht. Dann hatte er sich – geraume Zeit vor dem Martyrium – durch freimütiges Bekenntnis und Erdulden von harten Schlägen Ruhm erworben und glücklich erreicht, dass er aus der militärischen Stellung entlassen wurde. Als echter »Soldat Christi« hatte er sich dann der Pflege von verwaisten Kindern, vereinsamten Witwen und solchen, die von Armut und Krankheit heimgesucht waren, gewidmet und waltete wie ein Bischof über ihnen. Ein Vater und Fürsorger, milderte er die Leiden und Kummernisse der Ausgestoßenen...« (Eusebius: Über die palästinensischen Märtyrer)

Das goldene Zeitalter des Pazifismus?

Trotz der angeführten Beispiele waren die ersten Jahrhunderte nicht durchgängig das »goldene Zeitalter« der christlichen Kriegsdienstverweigerung. Wer von einem frühchristlichen Pazifismus sprechen will, muss sich die Einschränkungen vor Augen halten, die dieser Begriff nötig macht:

Bis in die siebziger Jahre des 2. Jahrhunderts scheint es eine »Soldatenfrage« für die Kirche nicht gegeben zu haben. Da im römischen Reich keine allgemeine Wehrpflicht bestand und sich die Truppen fast ausschließlich aus Freiwilligen zusammensetzten, gelang es den Christen problemlos, den Militärdienst zu meiden.

Die strikte Unvereinbarkeit von Soldatendienst und Christsein geriet mit der Lebenswirklichkeit in Konflikt, als das Christentum sich zunehmend auch im Militär ausbreitete.

Die Forderung, bekehrten Soldaten die Fahnenflucht oder den (damit meist gleichbedeutenden) Märtyrertod abzuverlangen, ließ sich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten. Praktisch bedeutet dies: Christliche Soldaten werden in vielen Fällen beim Heer geblieben sein und nach Kräften versucht haben, sich von Tötungshandlungen, Götzendienst und Verantwortung für entsprechende Befehle fernzuhalten.

Ein zentrales Motiv für die christliche Kriegsdienstverweigerung war neben dem unbedingten Tötungsverbot die Ablehnung des im Heer verankerten Kaiserkults. In Spannung mit dem allein Gott geschuldeten Gehorsam stand darüber hinaus der Fahneneid für den heidnischen Kaiser, der nicht selten auch der Urheber blutiger Christenverfolgungen war.

Im 4. Jahrhundert wurde das Christentum vom politisch verfolgten zum geduldeten, ja begünstigten Glauben (313 Kaiser Konstantin: Toleranzedikt von Mailand), es erhielt schließlich die Stellung der alleinberechtigten Staatsre-

Martinus verweigert den Kriegsdienst



Fresko von Simone Martini (1284–1344) in der Martinskapelle der Unterkirche von San Francesco, Assisi

Die Martinskapelle von San Francesco (Assisi) enthält einen Zyklus von zehn Fresken, die – von der Mantelteilung bis zum Sterbebett – Szenen aus dem Leben Sankt Martins darstellen und als Hauptwerk des italienischen Malers Simone Martini gelten. Das abgebildete Fresko zeigt Martins Kriegsdienstverweigerung – wie die übrigen Wandbilder veranschaulicht es eine Episode aus den Aufzeichnungen, die Martins Zeitgenosse und Verehrer Sulpicius Severus über das »Leben des heiligen Martinus« niedergeschrieben hat.

Demnach wurde Martinus, der als Sohn eines römischen Militärtribuns kriegsdienstpflichtig war, im Alter von

15 Jahren in die kaiserliche Reitergarde aufgenommen – gegen seinen Willen, denn er hatte schon früh Anschluss an christliche Kreise gefunden. Bei Worms kommt es 356 im kaiserlichen Heerlager zum Skandal: Vor der Schlacht gegen die germanischen »Barbaren« verteilt Kaiser Julian die üblichen Geldprämien zur Hebung der Kampfmoral. Als Martinus an die Reihe kommt, weigert er sich, den Extrasold in Empfang zu nehmen, und spricht zu seinem obersten Kriegsherrn: »Bis heute habe ich dir gedient; gestatte nun, dass ich jetzt Gott diene. Dein Geschenk mag in Empfang nehmen, wer in die Schlacht ziehen will. Ich bin ein Soldat Christi, es ist mir nicht erlaubt zu kämpfen.« Wütend bezieht der Kaiser

seinen Offizier der Feigheit vor dem Feind. Martinus antwortet: »Will man meinen Entschluss der Feigheit und nicht der Glaubenstreue zuschreiben, dann bin ich bereit, mich morgen ohne Waffen vor die Schlachtreihe zu stellen und im Namen des Herrn Jesus, mit dem Zeichen des Kreuzes, ohne Schild und Helm, furchtlos die feindlichen Reihen zu durchbrechen.« Um sicherzustellen, dass er sein Wort wahr macht, wird Martinus bis zum nächsten Tage arrestiert. Da treffen Abgesandte der Feinde zu Friedensverhandlungen ein, die Waffen können schweigen...

Simone Martini gehört zu den Meistern des Trecento, der italienischen Malerei nach 1300. Seine Bilder sind geprägt durch die Ablösung vom Einfluss der byzantinischen Kunst: Während dort heilige Gestalten oft raum- und schwerelos wirken und auf goldfarbenem Hintergrund dem Bereich des Irdischen entzückt scheinen, wendet Simone Martini sich hin zur Ausgestaltung individueller Züge und räumlicher Gegebenheiten. Seine Bilder verlassen die strenge Typisierung des byzantinischen Stils, die Fülle der in ihnen verarbeiteten Einzelbeobachtungen zeigt ein neues Interesse an der Wirklichkeit.

Martinis »Verweigerungs-Fresko« führt ins Zentrum des kaiserlichen Heerlagers: Im Hintergrund zählen Angehörige von Julians Reitergarde ihre Kampfgeul-Zuteilung. Den Vordergrund des Bildes bestimmt die spannungsgeladene Beziehung der beiden Hauptpersonen. Während der Kaiser Martinus das Schwert entgegenhält, wendet sich dieser von der Waffe ab, dem Kreuz zu. Für Martinus ist offenkundig geworden: Kreuz und Schwert stehen für zwei einander ausschließende Lebensentwürfe, die Orientierung an Jesus führt weg von den Pfaden kriegerischer Gewaltanwendung. Der Künstler hat die Verweigerungsszene in bewusstem Kontrast zu einem anderen Fresko gestaltet, das Martins Aufnahme in den Militärdienst zeigt. Darauf ist zu sehen, wie Julian seinen neuen Offizier persönlich mit dem Schwert umgürtet, während ein Knappe ihm die Sporen anlegt. Martinus erduldet das Zeremoniell bewegungslos mit gefalteten Händen. In der Verweigerungsdarstellung hat sich die Dynamik gewandelt: Hier ist Martinus derjenige, der Bewegung ins Bild bringt und das Geschehen bestimmt. Das Fresko lädt seine BetrachterInnen ein, sich mit Martinus auf den Weg aktiver und lebensfreundlicher Gewaltfreiheit zu machen.

Friedhelm Schneider



ligion (seit 380 unter Kaiser **Theodosius**). Die sich anbahnende Verbindung von Thron und Altar führte zu einer völligen Revision der bisherigen kirchlichen Grundsatzhaltung zu Heer und Krieg. So beschloss die **Synode von Arles** im Jahre 314: »Diejenigen, welche im Frieden die Waffen wegwerfen, sollen von der Kommunion ausgeschlossen werden...« Die Erhaltung der staatlich garantierten Vorrechte wurde kirchenoffiziell den Prinzipien christlicher Gewaltlosigkeit vorgeordnet.

Entfernung von der Truppe

Dennoch fand die Traditionslinie der christlichen Kriegsdienstverweigerung auch nach Konstantin ihre Fortsetzung. Dies zeigt neben den anfangs zitierten Kirchenordnungen das Beispiel (Sankt) **Martins**, des späteren Bischofs von Tours. Als Sohn eines römischen Militärtribuns war Martinus kriegsdienstpflichtig und diente etwa drei Jahre lang vor seiner Taufe beim Militär. Wie wir wissen, ging Martins Mitmenschlichkeit so weit, dass er trotz der zu erwartenden Disziplinarstrafe seinen Soldatenumhang militärisch unbrauchbar machte und mit einem frierenden Bettler teilte. Im Jahre 356 hat Martin schließlich bei Worms die Teilnahme am Kampf gegen feindliche Alemannen verweigert und die kaiserliche Soldzahlung zurückgewiesen (*siehe nebenstehenden Text*).

Nach seinem Abschied vom Militär widmete Martin sich dem einfachen Leben als Mönch, zugleich engagierte er sich gegen Armut und Unterdrückung. Als Bischof von Tours erhob er seine Stimme gegen die Folter- und Todesurteile des römischen Prozessbevollmächtigten Avitian; im Kreise seiner Bischofskollegen protestierte er leidenschaftlich, aber erfolglos gegen die ersten Ketzerrichtungen der Kirchengeschichte...

Von **Paulinus von Nola** (353-431) ist bekannt, dass er als Gründer einer klö-

sterlichen Gemeinschaft bei Neapel mit Martinus und seinem Biografen **Sulpicius Severus** in Verbindung stand. Die Paulinus zugeschriebene Korrespondenz enthält zwei Briefe, in denen er seinen Adressaten offen zur Entfernung von der Truppe aufruft. Der Soldat Crispinianus soll dem Beispiel seines Kameraden Viktor folgen und nun, da er sich dem christlichen Glauben geöffnet hat, den kaiserlichen Kriegsdienst verlassen. Diesem Anliegen gilt Paulinus' Appell: »Wer mit dem Schwerte kämpft, ist ein Handlanger des Todes... Vertausche den irdischen Waffendienst mit etwas Besserem und fang an, dem ewigen König zu dienen.«

Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Ablehnung des Militärdienstes kennzeichnet eine wesentliche Tendenz im Denken und Glauben der frühen Christen. Dabei spielen von Anfang an generelle und situationsbedingte Gründe eine Rolle: Zur absoluten Verneinung jeder tödenden Gewaltanwendung kommt die Absage an den Totalitätsanspruch des christenfeindlichen Kaisers. Die beschriebenen Zeugnisse verdienen besondere Aufmerksamkeit in einer Kirchengeschichte, die voll ist von Beispielen »christlicher« Kreuzzugsmentalität und Kriegsschuld.

Die Wende

Die staatliche Anerkennung des christlichen Glaubens hat im 4. Jahrhundert die christliche Anerkennung der staatlichen Ordnung nach sich gezogen. Die frühchristliche Enthaltensamkeit gegenüber der militärischen Gewalt wurde in der Folgezeit aufgegeben, Bischöfe und Theologen erklärten den Kriegsdienst zum Schutze von Staat und Kirche als gottgefällig. Bereits im Jahre 416 konnte der römische Kaiser **Theodosius II.** verfügen, dass nur Christen zum Kriegsdienst und für höhere Verwaltungsämter zuzulassen seien.

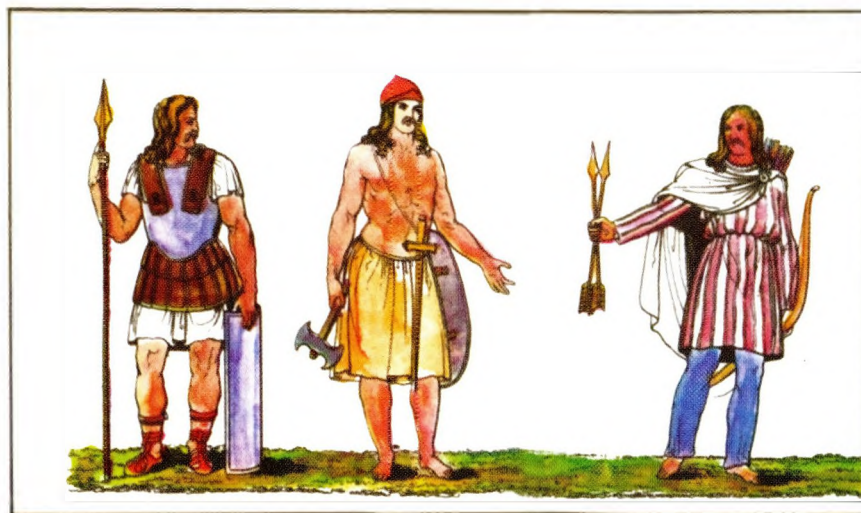
Aus christlicher Sicht war allerdings schon damals die Beteiligung an Soldatsein und Krieg nicht bedingungslos erlaubt. Um einer schrankenlosen Ausweitung kriegerischer Konflikte entgegenzuwirken, entwickelte Kirchenvater **Augustin** (354-430) eine Lehre vom gerechten Krieg, die später von **Thomas von Aquin** (1225-1274) und seinen Nachfolgern weitergeführt wurde. »Der Krieg wird geführt, damit der Frieden erungen wird; sei deshalb auch, wenn du Krieg führst, ein Friedensstifter.« Augustin betont den Frieden als vorrangiges Ziel, das nötigenfalls auch mit militärischen Mitteln herbeizuführen ist. Dieser Grundsatz hat – ohne den Missbrauch militärischer Gewalt wirklich verhindern zu können – das Denken vieler Christen bis in die Gegenwart hinein geprägt. (siehe auch dazu Seite 14f)

Franz von Assisi

Völlig anders als Augustin (s.o.) sah Franz von Assisi (1181/82-1226) die christliche Aufgabe, Frieden zu stiften (siehe auch Seite 26f):

»Jene sind wahrhaft Friedensstifter, die in allem, was sie in der Welt erleiden, wegen jener Liebe, mit der unser Herr Jesus liebt, sowohl im Denken und Fühlen als auch im sozialen Verhalten den Frieden bewahren.« Gegenüber dem Bischof von Assisi begründete »Bruder FRANZ« seine selbstgewählte Armut, die in krassem Gegensatz zum Erscheinungsbild der offiziellen Kirche stand, mit den Worten: »Herr, wollten wir etwas besitzen, so müssten wir auch Waffen zu unserer Verteidigung haben. Daher kommen ja die Streitereien und Kämpfe, die so mannigfach die Liebe Gottes und der Mitmenschen hindern. Darum wollen wir nichts Zeitliches in der Welt besitzen.«

Im Jahre 1219 ist Franz von Assisi bei einer Missionsreise in den Orient auf das Kreuzfahrerheer gestoßen, das die Festung von Damiette (Ägypten) belagerte. Der Überlieferung nach soll Franz den



Antike
Krieger und
Priester

Kreuzfahrern ihre Niederlage angekündigt haben, um den bevorstehenden Kampf zu verhindern. Seine »geistliche Wehrkraftzersetzung« blieb erfolglos – die Christen, die unbeirrt auf der militärischen Durchsetzung ihrer Interessen beharrten, wurden geschlagen. Franz' Biograph Thomas von Celano kommentiert die Episode mit der Bemerkung: »Wenn nämlich der Sieg von oben soll erhofft werden, dann muss man die Schlachten mit den Waffen des Geistes schlagen.« Als es Franz später gelungen war, in

das Lager des ägyptischen Sultans vorzudringen, soll dieser seiner Predigt aufmerksam zugehört und ihn freundlich entlassen haben »als einen Mann, der allen anderen ganz unähnlich« war.

Franziskus' Friedensverständnis ist nicht zuletzt deshalb aktuell geblieben, weil es – z.B. im »Sonnengesang« – über den Menschen hinaus die ganze Schöpfung einbezieht. Hier findet seinen frühen Ausdruck, was Albert Schweitzer (1875-1965) später als »Ehrfurcht vor dem Leben« bezeichnet und gefordert hat.

Waldenser und Böhmisches Brüder

Große Beachtung fand, ebenfalls um die Wende zum 13. Jahrhundert, die **Waldenser-Bewegung**, die angesichts des aufwendigen Lebensstils vieler Kirchenfürsten zur Umkehr aufrief. Die Gemeinschaft geht zurück auf den Lyoner Kaufmann **Petrus Valdes**, der als seinerzeit prominenter »Aussteiger« sein Vermögen aufgegeben hatte und zum Prediger geworden war. Die Waldenser betrachteten die Bergpredigt als Grundlage ihrer Frömmigkeit; sie lehnten den Eid und jedes Blutvergießen ab. 1184 wurden sie aus der Kirche ausgeschlossen, seitdem waren sie



Reiter des
türkischen
Heeres



immer wieder blutigen Verfolgungen ausgesetzt. Einzelne Gruppen, die alle Ausrottungsversuche überlebt hatten, schlossen sich später der Reformation an.

Die Ausstrahlung der Waldenser reichte bis nach Böhmen, wo sich um die Mitte des 15. Jahrhunderts die **Böhmischen Brüder** von der katholischen Kirche abspalteten. In einem ihrer Bekenntnisse heißt es: »Wir sind solche, die sich ein für allemal entschlossen haben, sich nur durch das Evangelium und durch das Vorbild des Herrn Christus und der hl. Apostel in Sanftmut, Armut, Geduld und Feindesliebe leiten zu lassen.« Die »Böhmisch-mährische Brüderunität« (= Brüdergemeinschaft) wurde später zu einer der evangelischen Kirchen der Reformationszeit.

Täuferbewegung

Das Bekenntnis zu einem radikalen christlichen Gewaltverzicht begegnet uns während des 16. Jahrhunderts auf dem »linken Flügel der Reformation« in weiten Teilen der Täuferbewegung. Diese Christen lebten in Freiwilligkeitsgemeinden und vollzogen die Erwachsenentaufe; sie lehnten den Eid, die Todesstrafe und den Kriegsdienst sowie jede Beteiligung an einem staatlichen »Schwertamt« konsequent ab. Auch die damals aktuelle Bedrohung Europas durch die Türken konnte die Täufer nicht zur Aufgabe ihres Gewaltverzichts bewegen. Vor dem Gericht, das ihn 1527 wegen seines Standpunktes christlicher Wehrlosigkeit zum Tode verurteilte, führte der Theologe **Michael Sattler** aus: »Ich gestehe, gesagt zu haben: Wenn gleich der Türke käme, so solle man ihm keinen Widerstand tun, denn es steht geschrieben: Du sollst nicht töten. Wir sollen uns gegen den Türken und unsere übrigen Verfolger nicht wehren, sondern mit ernstlichem Gebete bei Gott anhal-

ten, dass er sie zurücktreiben und ihnen Widerstand tun wolle. Dass ich aber gesagt habe, wenn das Kriegführen recht wäre, so wollte ich lieber gegen die sogenannten Christen ziehen, welche die frommen Christen verfolgen, fangen und töten, als gegen die Türken, ist deshalb geschehen: Der Türke ist ein rechter Türke, weiß nichts von dem christlichen Glauben und ist ein Türke dem Fleische nach, ihr aber wollt Christen sein, und rühmet euch Christi, aber ihr verfolgt die frommen Zeugen Christi und seid Türken dem Geiste nach.«

Als in den östlichen Gebieten des »Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation« Sondersteuern erhoben wurden, um den Kampf gegen die Türken zu finanzieren, schrieb **Peter Walpot** (1518-1578), der als Bischof den **Hutterischen Brüdern** (einer heute noch in den USA anzutreffenden Gruppe der Täuferbewegung) vorstand: »So ich selbst kein Brenner sein möchte, gebe aber einem andern Steuer und Geld dafür; so ich also selbst etwas nicht tun möchte, aber einem anderen dafür Sold gebe und ihn schicke; ja, wenn ich einer Obrigkeit oder einem Landesherren feind wäre, sie aber nicht durch eigene Hand erwürgen möchte, sondern einen anderen dafür ausrüstete und anstiftete, würde ich dann nicht als Mörder bestraft, als hätte ich es selbst getan? Ja, freilich und zu Recht. Genauso und noch mehr wird Gott es strafen, wenn einer zwar nicht selbst Blut vergießt, aber andere für sich Krieg führen lässt, sie bezahlt und unterstützt. Es ist beides dasselbe und hat vor Gott denselben Lohn.«

Die folgende Aussage von **Menno Simons** bringt noch einmal das Zeugnis täuferischer Gewaltlosigkeit auf den Punkt: »Unsere Burg ist Christus, unsere Gegenwehr Geduld, unser Schwert ist Gottes Wort, und unser Sieg ist der freimütige, feste, ungefärbte Glaube an Christum Jesum. Eisen, Metall, Spieß und Schwerter lassen wir denjenigen, die leider Menschen- und Säueblut in gleichem Wert achten.«

Menno Simons (1496-1561) war Anführer der niederländischen Täuferbewegung, aus der die nach ihm benannten **Mennoniten** hervorgingen. Die Mennoniten gehören (zusammen mit den Quäkern und der aus der Tradition der Böhmischen Brüder hervorgegangenen Church of the Brethren) zu den »Historischen Friedenskirchen« die von ihrer Entstehung an am Gebot christlicher Gewaltlosigkeit festgehalten haben.

Bis ins 18. Jahrhundert hinein waren die Täufer – mit Billigung der katholischen und evangelischen Großkirchen – grausamen Verfolgungen durch die Obrigkeit ausgesetzt. Auf die Mennoniten geht die erste rechtliche Regelung der Kriegsdienstverweigerung in Deutschland zurück: Mit Datum vom 13. 2. 1623 sicherte ihnen der Herzog von Schleswig-Holstein die Befreiung vom Waffendienst zu. Mehr als anderthalb Jahrhunderte später stellte Friedrich der Große die preußischen Mennoniten gegen eine jährliche Zahlung von 5 000 Talern vom Militärdienst frei (Gnadenprivileg vom 27. 3. 1780). Der erste zivile Ersatzdienst wurde im Jahre 1875 für die im zaristischen Russland lebenden Mennoniten eingeführt. Im Wehrgesetz vom 14. 5. 1875 heißt es: »Die Mennoniten sind vom Tragen der Waffen befreit und leisten Dienst in den Werkstätten der Marinereports, in der Feuerwehr und in besonderen mobilen Kommandos der Forstresorts.«

F. S.



»Franz und der Wolf von Gubbio«
Fenster der St. Martinskirche in St. Valery-sur-Somme in Frankreich

Text und Fotos von Friedhelm Schneider

»Die Feinde werden geschlachtet
Die Welt wird freundlich

Die Bösen werden geschlachtet
Die Welt wird gut.«

»Die Maßnahmen« hat Erich Fried eines seiner frühen Gedichte betitelt. Er beschreibt darin die verhängnisvollen Folgen eines Denkens, das Unrecht, Gewaltbereitschaft und niedere Beweggründe ausschließlich auf der gegnerischen Seite ansiedelt. Die Neigung, das Böse im anderen zu sehen und zu vernichten, hat ihre Spuren auch in der Geschichte des Christentums hinterlassen. Wenn der Feind das Böse schlechthin verkörpert, dann liegt es nahe, mit ihm zu verfahren, wie St. Georg und der Erzengel Michael es mit dem teuflischen Drachen taten. Bis heute beegnet uns der Drachentö-

Begegnung Franz von Assisi

ter auf Bildern und Denkmälern als Symbol religiöser und nationaler Militanz.

Als Christen, die Gewalt überwinden wollen, bleibt es uns nicht erspart, vor der eigenen Tür zu kehren. Denkfiguren, die zur Rechtfertigung von Unduldsamkeit und Gewalt geführt haben, müssen benannt und in Frage gestellt werden. Zugleich ist es wichtig, die geistigen Gegenkräfte zu stärken und das gewaltmindernde Potenzial der christlichen Überlieferung neu ins Bewusstsein zu rücken.

Franziskus und der Wolf von Gubbio

In den »Fioretti« (»Blümlein«), einem mittelalterlichen Strauß von Franziskus-Legenden, finden wir das bemerkenswerte Beispiel einer Geschichte, die dem Triumph des siegreichen Drachenkämpfers den Erfolg einer friedlichen Streitschlichtung vorzieht:

Ein wilder Wolf versetzt die Einwohner der umbrischen Stadt Gubbio in Angst und Schrecken. Alle Versuche, sich der Bestie mit Waffengewalt zu erwehren, schlagen fehl. Niemand kann sicher sein, wenn er die Stadt verlässt. Weil die Leute von Gubbio ihm leid tun, geht Franziskus dem Wolf entgegen und spricht ihn an: »Bruder Wolf, du richtest viel Schaden in dieser Gegend an und hast schlimme Übeltaten verbrochen, da du Gottes Geschöpfe erbarmungslos umgebracht hast ... Darum verdienst du, dass man dich als Räuber und bösen Mörder ei-

nem schrecklichen Tod überliefert. Alle klagen mit Recht über dich und sind dir böse, und die ganze Gegend ist dir feind. Aber jetzt, Bruder Wolf, will ich zwischen dir und den Leuten Frieden machen. Es darf keinem mehr ein Leid von dir geschehen, und sie sollen dir alle vergangenen Missetaten erlassen, und weder Menschen noch Hunde sollen dich weiter verfolgen.« Als der Wolf mit Kopfnicken und Schwanzwedeln seine Zustimmung bekundet, fährt Franz fort: »Ich will dir, solange du lebst, durch die Leute dieser Gegend deine tägliche Kost verschaffen. Du wirst keinen Hunger mehr leiden müssen; denn ich weiß sehr wohl, du tust alles Schlimme nur vom Hunger getrieben. Aber weil ich, mein Bruder Wolf, dir sol-



Konstruktive Konfliktbearbeitung

Hinter den märchenhaften Zügen der Franziskus-Legende verbergen sich Einsichten, die heute zu den anerkannten Grundelementen einer konstruktiven Konfliktbearbeitung zählen:

Im Mittelpunkt der Streitschlichtung stehen nicht konträre Positionen und gegen-

sung des Konflikts erweist sich als tragfähig, weil sowohl die Stäcker als auch der Wolf ihren Streit ohne Gesichtsverlust und mit beiderseitigem Gewinn beilegen können.

Mit seiner Anrede »Bruder Wolf« durchbricht Franziskus die Dämonisierung der Bestie. Anders als in den Drachentöterlegenden, die auf die Vernichtung des Untiers hin angelegt sind, wird das Lebensrecht des Wolfes nicht in Frage gestellt. »Bruder Wolf« bleibt ein Mitgeschöpf mit der Chance, ein anderer zu werden. Zwar sind seine Untaten keineswegs zu beschörfen, doch ist es es wert, aus seiner Isolierung befreit und resozialisiert zu werden. Und so geschieht es. Die Legende vom Wolf zu Gubbio schließt mit der Bemerkung: »Die Bürgersleute waren über seinen Tod sehr traurig. Denn wenn er so friedlich und in sanfter Geduld durch ihre Stadt ging, erinnerte er sie an die wundersame Tugend und Heiligkeit des seligen Franz.« Offenbar hat der unbekannte Bearbeiter der Gubbio-Legende Franz' gewaltfreie Konfliktschlichtung als einen Ausdruck besonderer Gottesnähe empfunden.

Schlichten statt richten: Franziskus spricht mit dem Wolf. Wandkacheln in Assisi

mit Bruder Wolf (1181–1226) als Streitschlichter

che Gunst erwirke, musst du mir auch versprechen, dass du nie wieder einem Tier oder Menschen ein Leid zufügest.« Aufgefordert, die getroffene Vereinbarung zu bestätigen, legt der Wolf seine rechte Tatze in die Hand des Heiligen. Beide gehen in die Stadt, wo die Bürger und der Wolf als Vertragspartner wechselseitig ihre Zusagen bekräftigen. Der fortan friedliche Wolf wird von den Einwohnern Gubbios ernährt, bis er zwei Jahre später an Altersschwäche stirbt.

seitige Ausgrenzungen (mörderische Bestie gegen waffenstarrende Wolfsjäger). Stattdessen bringt Franz die Bedürfnisse der Konfliktpartner zur Sprache: Während der Wolf ausreichende Nahrung braucht, ist den Städtern an Sicherheit und unbedrohter Mobilität gelegen. Sobald die Kontrahenten die Bedürfnisse ihres Gegenübers erkennen und ernst nehmen, ist ein wichtiger Schritt von der Konfrontation zur Kommunikation getan. Die von Franz vorgeschlagene Lö-

»L'infinitamente piccolo«

Dem Leben und den Ideen des Franz von Assisi hat Angelo Branduardi eine CD gewidmet. »Was mich bei Franz von Assisi so sehr in den Bann zieht, sind sein freudiges Wesen und seine sprühende Lebendigkeit«, erläutert der italienische Sänger, Geiger und Musikpoet, der seit über 25 Jahren für seine Verbindung von mittelalterlichen Musikelementen und Popklängen bekannt ist. Unter dem Titel »L'infinitamente piccolo« (»Das unendlich Kleine«) ist Branduardis CD bei EMI erschienen. Ihre Vertonungen beziehen sich auf franziskanische Legenden und Quellentexte, darunter die Geschichte des Wolfs von Gubbio (»Il lupo di Gubbio«) und – als einziger Titel auch in deutscher Fassung – der Sonnengesang des Franziskus.



Richten statt schlichten: St. Georg tötet den Drachen

Zitate nach: Franz von Assisi, Legenden und Laude, hrsg. von Otto Karrer, Manesse Verlag, Zürich 1997 (5. Auflage)

Martin Luther (1483–1546): »Gott mehr gehorchen als den Menschen«

Nur unter ganz bestimmten Bedingungen konnte Kriegsdienst für Luther ein »gut christlich Werk« sein. Waren diese nicht gegeben, riet er sogar zur Desertion

Von Friedhelm Schneider

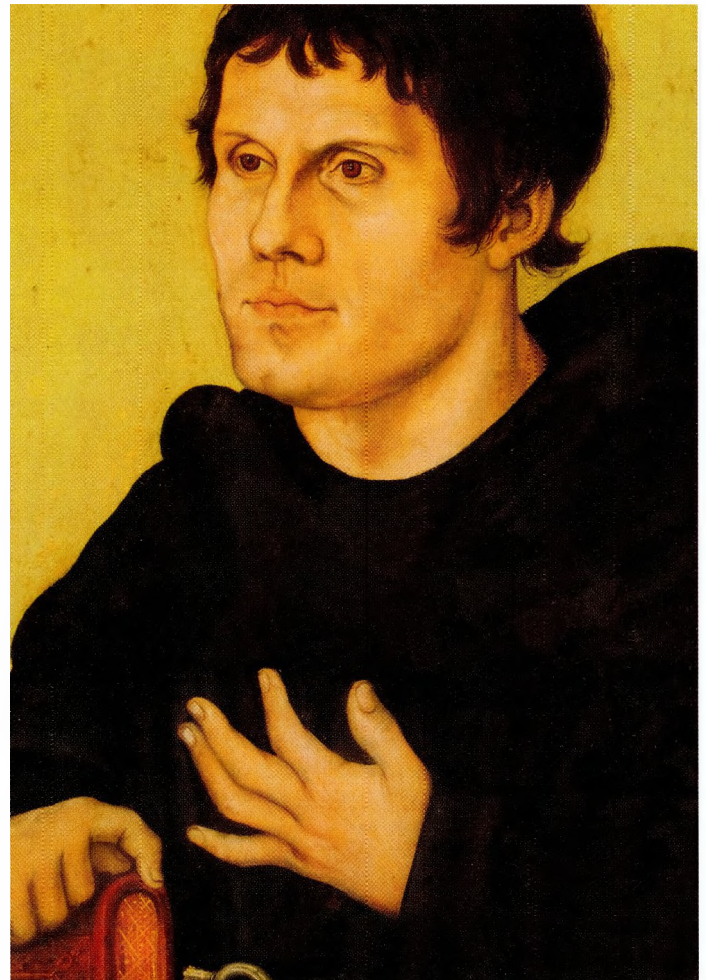
Verantwortung des Soldaten

Die Frage des Obersten Assa von Kram, »ob Kriegsleute auch in seligem Stande sein können«, hat Martin Luther grundsätzlich bejaht und dabei in seiner gleichnamigen Schrift (1526) auf Argumente der traditionellen Lehre vom gerechten Krieg zurückgegriffen. Unter bestimmten Bedingungen, etwa beim Vorliegen einer wirklichen Verteidigungssituation, kann der Kriegsdienst für Luther ein »gut christlich Werk« sein. Dennoch ist Luthers Antwort nicht geeignet, für eine unkritische Rechtfertigung des Militärdienstes in Anspruch genommen zu werden. Es lohnt sich, genauer hinzuschauen und auch das »Kleingedruckte« zu berücksichtigen.

Luther betont: Die Prüfung, ob ein Krieg zurecht geführt werden darf oder nicht, ist nicht auf den militärischen oder politischen Vorgesetzten abzuschieben, sondern sie liegt in der Verantwortung jedes einzelnen Soldaten selbst. Kommt dieser zu dem Ergebnis, dass es sich um einen ungerechten Krieg handelt, so muss er seinem Gewissen folgen und den Gehorsam verweigern:

»...Frage: Wie, wenn mein Herr unrecht hätte, Krieg zu führen?

Antwort: Wenn du sicher weißt, dass er unrecht hat, so sollst du Gott mehr fürchten und gehorchen als den Menschen, Apg. 5,29, und sollst nicht Krieg führen noch dienen; denn du kannst da kein gutes Gewissen vor Gott haben. Ja, sagst du, mein Herr zwingt mich, nimmt mir mein Leben, gibt mir kein Geld, Lohn und Sold nicht; dazu würde ich vor der Welt als ein Feigling verachtet und gescholten, ja als ein Treuloser, der seinen Herrn in Nöten verlässt usw. Antwort: Das musst du darauf ankommen und um Gottes willen geschehen lassen, was da geschieht ...«



Friedlicher Ausgleich

»Wer zwei Kühe hat, soll die eine darum geben, nur dass der Friede erhalten werde. Es ist besser, eine in gutem Frieden als zwei im Krieg zu besitzen.«

Gegen den »Hau-drauf-Frieden«

»Das hält die Welt für Frieden, wenn einer dem anderen Unrecht tut, dass man ihn auf den Kopf schlägt. Aber damit kommt man nimmermehr zum Frieden. Denn es hat kein König vermocht, dass er vor Feinden Frieden gehabt hätte. Das Römische Reich ist so mächtig gewesen, dass es alles niedergewalzt hat, was sich dawider auflehnte. Doch konnten sie es nicht dabei erhalten. Darum taugt dieser Weg nichts, dass man zum Frieden komme. Denn wenn man schon einen Feind niederlegt und betäubt, stehen danach wieder ihrer zehn und zwanzig auf so lange, bis es untergehen muss.«

Situationsbedingte Kriegsdienstverweigerung

Luther erweist sich also für den Fall, dass die Voraussetzungen eines »gerechten Krieges« nicht gegeben sind als Befürworter einer situationsbezogenen Kriegsdienstverweigerung. Unter diesen Umständen kann er sogar zur Fahnenflucht, zur Desertion aufrufen:

»Und ich rate auch treulich, dass, wer unter solchen unfriedlichen Fürsten Krieg führt, dass er aus dem Felde laufe, was er laufen kann, seine Seele errette und seinen rachsüchtigen, unsinnigen Fürsten allein und für sich selbst mit denen zusammen Krieg führen lasse, die mit ihm zum Teufel fahren wollen. Denn es ist niemand gezwungen, sondern vielmehr ist jedem verboten, Fürsten und Herren gehorsam zu sein oder den Eid zu halten zu seiner Seele Verdammnis. Das ist wider Gott und Recht.« (1542)

Erasmus von Rotterdam (1466–1536):

»Wenn ein Bruder seinen Bruder tötet«

Mit scharfer Logik und mit drastischen Worten kritisiert der große Humanist jede Verbindung von Kriegshandwerk und biblischer Botschaft

Von Friedhelm Schneider

Andere Akzente als Luther setzt Erasmus von Rotterdam, wo es um die Beurteilung des Soldatenberufs geht:

»Wie soll der Soldat bei Gottesdiensten das Vaterunser beten? Du unflätiger Mund erkühnst dich, ihn Vater zu nennen, während du deinen Bruder zu erwürgen trachtest? ‚Geheiligt werde dein Name‘ – während er doch nicht schlimmer entheiligt werden kann als durch diese gegenseitigen Raufereien. ‚Dein Reich komme‘ – so betest du, während du durch Blutvergießen nur dein eigenes Reich aufrichten möchtest. ‚Dein Wille geschehe auf Erden wie im Himmel‘ – aber er will Frieden und du rüstest zum Kriege. Das tägliche Brot erbittest du vom Vater unser aller – und verbrennst die Saaten deiner Brüder, weil du lieber durch ihre Zerstörung mitgeschädigt sein willst, als dass du ihnen einen Vorteil gönnst. Wie darfst Du die Bitte: ‚Vergib uns unsere Schulden, wie wir auch vergeben unseren Schuldner‘ in den Mund nehmen, da du zum Brudermord drängst? Du bittest, dass er dich nicht in Versuchung führe, während du dich selbst in Versuchung begibst und den Bruder mit hineinziehst.«

Alle Christen sind Glieder des selben Körpers

Erasmus, der große humanistische Gelehrte des Reformationszeitalters, wird nicht müde, unmissverständlich das Spannungsverhältnis zwischen Kriegshandwerk und biblischer Botschaft zu betonen. Von ihm verfasst, erscheint 1515 die erste europäische Antikriegsschrift, eine Erläuterung des antiken Sinnspruchs »Süß scheint der Krieg den Unerfahrenen«:

»... woher aber kommt es uns in den Sinn, dass ein Christ das blutige Schwert in einen Christen stößt? Brudermord nennt man es, wenn ein Bruder seinen



Bruder tötet. Aber ein Christ ist mit einem Christen verbundener als irgend ein leiblicher Bruder mit seinem Bruder... Wie absurd ist es, dass die fast ununterbrochen untereinander Krieg führen, die ein Haus haben, die Kirche, die sich rühmen, Glieder des selben Körpers durch ein gemeinsames Haupt, nämlich Christus, zu sein, die gemeinsam den Vater im Himmel haben ...«

»... seit Christus befahl, das Schwert zurückzustecken, ziemt es sich für Christen, nicht zu kämpfen, außer jenen schönsten Kampf mit den abscheulichsten Feinden der Kirche: mit dem Streben nach Geld, mit dem Jähzorn, dem Ehrgeiz, der Todesfurcht...«

Nicht nur die Moral, auch die Vernunft widerspricht dem Krieg

Wo immer Erasmus sich als Kriegsgegner engagiert, hat der christliche Glaube für ihn besondere Bedeutung. Gleichzeitig appelliert er stets aufs Neue

an die Vernunft seiner Leser und erläutert seine Beweisführung für den Frieden mit zahlreichen Beispielen aus Psychologie, Biologie und Politik. In seiner »Erziehung des christlichen Fürsten« verwirft Erasmus das Denkmodell eines »gerechten Krieges« als immer wieder missbrauchte Illusion und fährt fort:

»Der Herrscher kann sich nicht an einem Feind rächen, ohne vorher gegen seine Untertanen wie ein Feind vorgegangen zu sein. Das Volk muss ausgeplündert, die Soldaten müssen gepflegt werden, die Vergil nicht ohne Grund gottlos nennt. Bürger müssen aus den Gebieten evakuiert werden, wo sie früher ihren Besitz genossen. Bürger müssen eingeschlossen werden, um den Feind einzuschließen. Und oft geschieht es, dass wir an den unseren mehr Grausamkeiten begehen als an dem Feind. ... Und sehr oft zerstören wir eine Stadt unter größerer Anstrengung und mit größeren Kosten, als man eine neue hätte gründen können, und wir inszenieren einen Krieg mit so großem Aufwand, mit so großen Ausgaben, mit solcher Mühe und Sorgfalt, dass aus dem zehnten Teil dieser Anstrengungen der Friede hätte erhalten werden können.«

Aus heutiger Sicht wird an Erasmus von Rotterdam manchmal bemängelt, er habe die strukturellen, politisch-gesellschaftlichen Bedingungen des Friedens zu sehr außer acht gelassen und deshalb keine Wirkung erzielen können.

Erasmus' Gegner haben dies anders gesehen. Zeitlebens haben sie den bekannten Theologen als Nestbeschmutzer kritisiert und ihm vorgeworfen, dass er als Katholik den Ideen der Reformation den Weg bereite. Überall, wo unter Philipp II die spanische Großmacht ihren Einfluss geltend machen konnte, kamen Veröffentlichungen des Erasmus auf die Liste der verbotenen Bücher, oder sie wurden zensiert. Ein zeitgenössischer Stich zeigt spanische Soldaten, die ein Denkmal des großen Humanisten demolieren ...

Bis heute sind Erasmus' Schriften eine lebendige und glaubhafte Quelle christlich-pazifistischen Denkens geblieben.

Lob des zivilen Friedensdienstes

»Die höchste Ehre soll denen erwiesen werden, die einen Kriegsausbruch verhüten, die durch ihre Bemühungen und ihren Rat den Frieden wieder hergestellt haben.«

Prävention

Ein guter Fürst möge »nicht danach trachten, dass er eine möglichst große Armee und Kriegsrüstung gewinne, sondern dass er sie gar nicht nötig habe.«



Edward Hicks
»The Peaceable Kingdom«
 Der Amerikaner Edward Hicks (1780 -1849) hat sein Bild »Das Friedensreich« an die einhundert Mal gemalt. Wie ein Ikonenmaler hat er dieselbe Vorlage zu immer neuen naiven Darstellungen benützt. Von Beruf war Hicks Schilder-, Möbel- und Postwagenmaler, nebenbei Prediger der »Religiösen Gesellschaft der Freunde«, die unter ihrem Spottnamen »Quäker« (Zitterer) bekannt sind. Für sie sind alle Menschen mit dem »inneren Licht« (Joh. 1,9), dem Göttlichen verbunden. Wegen dieser Gleichheit aller Menschen ist Toleranz ihr hervorstechendes Merkmal. Sie haben für die Gleichberechtigung der Frauen, die Abschaffung des Sklavenhandels und gegen Rassendiskriminierung und Ausbeutung gekämpft. Es gehört zu ihrer Glaubensüberzeugung, den Kriegsdienst mit der Waffe, jegliche Form kriegerischer Handlungen, zu verweigern. »Das Friedensreich« ist die Darstellung eines prophetischen biblischen Textes. »Da wird der Wolf zu Gast sein bei dem Lamme und der Panther bei den Böcklein lagern. Kalb und Junglöwe weiden beieinander und ein kleiner Knabe leitet sie. Kuh und Bärin werden sich befreunden und ihre Jungen werden zusammen lagern. Der Löwe wird Stroh fressen wie das Rind, der Säugling wird spielen an dem Loch der Otter. Nach der Höhle der Natter streckt das kleine Kind die Hand aus. Nichts Böses und nichts verderbliches wird man tun auf meinem ganz heiligen Berge.« (Jes. 11, 6-9) Im Hintergrund sehen wir den Friedensschluss zwischen den Siedlern der Quäkerkolonie und den Indianern. Hicks schildert hier, wie William Penn im Geiste der Bergpredigt durch Friedensverträge mit den Indianern den Staat Pennsylvania gründete, einen Musterstaat mit liberalem Wahlrecht auf dem Prinzip der Gewissensfreiheit und Gewaltlosigkeit.

Quäker

Um die Mitte des 17. Jahrhunderts entstand in England als neue Glaubensgemeinschaft die »Gesellschaft der Freunde«; für ihre Mitglieder hat sich die Bezeichnung »Quäker« (= ekstatische »Zitterer«) durchgesetzt, die ursprünglich als Spottname geprägt wurde. 1661 hat eine Gruppe von Quäkern dem englischen König Karl II. ihr »historisches Friedenszeugnis« vorgetragen: »Alle äußeren Kriege und Kämpfe und alles Streiten mit äußeren Waffen, zu welchem Zweck und unter welchem Vorwand auch immer, lehnen wir gänzlich ab; dies ist unser Zeugnis an die ganze Welt. ... wir wissen gewiss und bezeugen der Welt: Der Geist Christi, der uns zur höchsten Wahrheit führt, wird uns niemals dazu treiben, gegen irgend jemand mit äußeren Waffen zu streiten und zu kriegen, weder für das Reich Christi noch für die Reiche dieser Welt.«

Als eine der »Historischen Friedenskirchen« verweigerten die Quäker von Beginn an Eid und Kriegsdienst, sie engagierten sich vielfältig für ein friedliches Zusammenleben zwischen Indianern und Weißen (1682 Gründung von Pennsylvania), für eine Reform des Strafvollzuges, für die Abschaffung der Sklaverei und den Aufbau der ersten Friedensgesellschaften im 19. Jahrhundert. Kriegsdienstverweigerung und Rüstungssteuerboykott sind bis heute besondere Anliegen der Quäker geblieben.

Bewusstseinsbildung für den Frieden

Die Anfänge einer organisierten Friedensbewegung gehen auf das frühe 19. Jahrhundert zurück, als zunächst in den USA, dann in England die ersten Friedensgesellschaften gegründet wurden.

Wegen dieser Gleichheit aller Menschen ist Toleranz ihr hervorstechendes Merkmal. Sie haben für die Gleichberechtigung der Frauen, die Abschaffung des Sklavenhandels und gegen Rassendiskriminierung und Ausbeutung gekämpft. Es gehört zu ihrer Glaubensüberzeugung, den Kriegsdienst mit der Waffe, jegliche Form kriegerischer Handlungen, zu verweigern. »Das Friedensreich« ist die Darstellung eines prophetischen biblischen Textes. »Da wird der Wolf zu Gast sein bei dem Lamme und der Panther bei den Böcklein lagern. Kalb und Junglöwe weiden beieinander und ein kleiner Knabe leitet sie. Kuh und Bärin werden sich befreunden und ihre Jungen werden zusammen lagern. Der Löwe wird Stroh fressen wie das Rind, der Säugling wird spielen an dem Loch der Otter. Nach der Höhle der Natter streckt das kleine Kind die Hand aus. Nichts Böses und nichts verderbliches wird man tun auf meinem ganz heiligen Berge.« (Jes. 11, 6-9) Im Hintergrund sehen wir den Friedensschluss zwischen den Siedlern der Quäkerkolonie und den Indianern. Hicks schildert hier, wie William Penn im Geiste der Bergpredigt durch Friedensverträge mit den Indianern den Staat Pennsylvania gründete, einen Musterstaat mit liberalem Wahlrecht auf dem Prinzip der Gewissensfreiheit und Gewaltlosigkeit.

Harald Wagner

Ihre Mitglieder bemühten sich in zahlreichen Veröffentlichungen und Aktionen um eine breite Bewusstseinsbildung für den Frieden; dabei haben auch christliche Motive eine wichtige Rolle gespielt: Die erste internationale pazifistische Zeitschrift erschien unter dem Titel »Christian Citizen« (»Der christliche Bürger«). In einer für damalige Zeiten beachtlichen Unterschriften-Aktion unterzeichneten zwischen 1846 und 1850 50.000 Engländer und Amerikaner das Gelöbnis der »Ligue of Universal Brotherhood« (»Liga für weltweite Brüderlichkeit«): »In dem Glauben, dass jeder Krieg unvereinbar mit dem christlichen Geist und verderblich für die besten Interessen der Menschheit ist, gelobe ich hiermit, niemals einer Armee ... beizutreten, noch freiwillig die Vorbereitung oder Durchführung irgendeines Krieges zu unterstützen oder gutzuheißen, von wem auch immer und für was auch immer er vorgeschlagen, erklärt oder geführt wird.«

Deutschland blieb lange Zeit ein weißer Fleck auf der pazifistischen Landkarte: Zwar bildeten sich seit 1850 – mehr als drei Jahrzehnte später als in den USA – die ersten deutschen Friedensvereine, doch setzten staatliche Verbote und öffentliches Desinteresse ihrem Einfluss enge Grenzen. Erst 1892 wurden mit der Deutschen Friedensgesellschaft die Weichen für eine dauerhafte Organisation des deutschen Pazifismus gestellt. Für nicht wenige ihrer Mitglieder verband sich der Weg zur Friedensbewegung mit dem Kirchenaustritt; sie verließen eine Kirche, die die Allianz von Thron und Altar verkörperte und auf ihren Kanzeln nur allzu oft den militärisch-nationalen Idealen des wilhelminischen Obrigkeitsstaates Raum gab.

Otto Umfrid

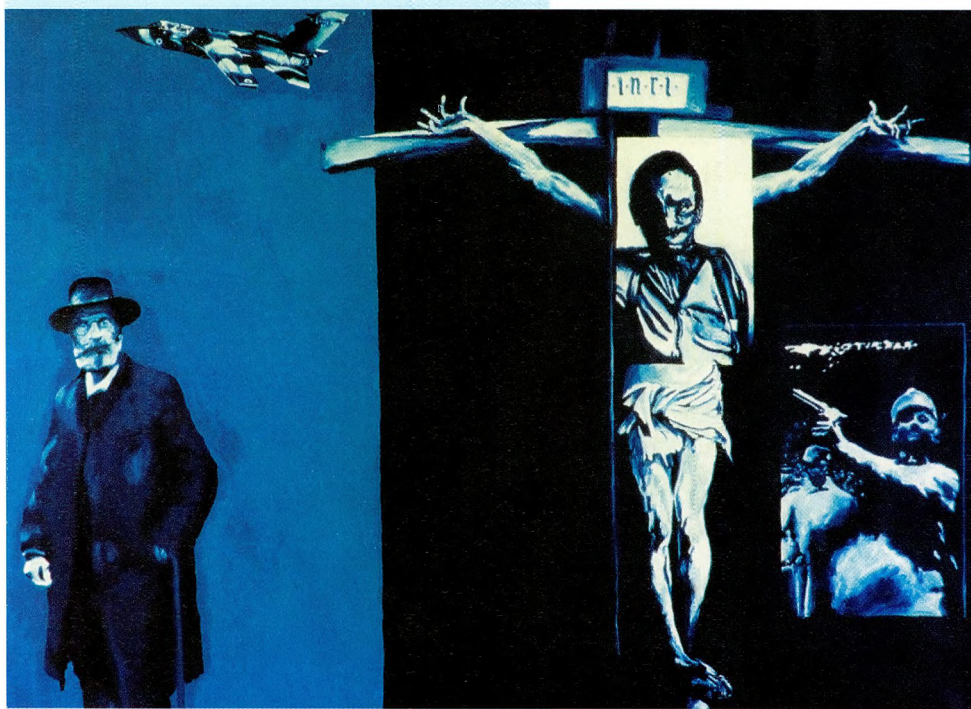
Pfarrer, die demgegenüber die kritische Funktion des christlichen Glaubens betonten und dem Hurratriotismus ihrer Umgebung die Friedensbotschaft Jesu entgegenstellten, hatten als Vertreter einer kleinen Minderheit einen schweren Stand. Zu ihnen gehörte Otto Umfrid (1857-1920), Stadtpfarrer von Stuttgart, seit 1900 Vizepräsident der Deutschen Friedensgesellschaft. Umfrids zahllose Schriften und Vortragsreisen, seine Versuche, im Raum der ev. Kirche Verständnis für die Anliegen der schwachen deutschen Friedensbewegung zu wecken, haben ihm zeitlebens heftige Kritik eingebracht: Seine Gegner beschimpften Umfrid als »Friedenshitzer«; wegen der »Gefahren seiner Friedentätigkeit« traf ihn 1897 ein Disziplinarverfahren der Kirchenleitung, während des Ersten Weltkriegs war er umfangreichen Zwangsmaßnahmen der Militärbehörden (Briefsperre, Veröffentlichungs- und Vortragsverbot) ausgesetzt. Dennoch ließ sich Umfrid nicht davon abbringen, »für das Ideal des Völkerfriedens« zu streiten und dabei Militarismus und Rüstung anzuprangern: »Allein die Meinung, dass nur unser schlagfertig Heer in 26 Jahren uns des goldenen Friedens edles Gut erhalten habe, ist zu weit verbreitet, als dass wir ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen dürften. Ist dem nun wirklich so, dass nur die Rüstung uns den Frieden garantierte? Statt einer Antwort mag ein Gleichnis gelten. Freund B kann es nicht leiden, dass Freund A mit der Zigarre am Gartenzaun vorübergeht. Um ihn daran zu hindern, setzt er einen Pulverturm in seinen Garten und füllt ihn mit dem Teufelszeug bis unters Dach. Freund A denkt sich: was du kannst, kann ich auch, und gründet eine Pulvermühle gegenüber und wälzt die Pulversäcke vor den Augen seines

Nachbarn hin und her. Natürlich hüten sich nun beide klugerweise, in der Nähe der Grenze zu rauchen; sie kennen die Gefahr, die durch die Unvorsichtigkeit heraufbeschworen würde. Wenn aber doch einmal ein Funke in ein Pulverfass geworfen wird?! ... So ist es mit den Rüstungen. Man nimmt sich ja in acht; das lässt sich nicht bestreiten; aber was den Brand verhindern soll, ist doch der beste Brennstoff für den Brand, und niemand glaubt im Ernst daran, dass dieser bei dem gegenwärtigen System vermieden werden könnte. Wie aber, wenn die Nachbarn einig würden, sich übers Rauchen und dergleichen harmlose Unterhaltungen gegenseitig zu vertragen? Dann könnten sie am Ende ihre Pulvertürme schleifen, und jeder könnte sich in Ruhe dem Vergnügen widmen, seinen Kohl zu bauen. ... Es mag sehr patriotisch scheinen, jährlich hunderte von Millionen in den Abgrund des Zerstörungswahns zu werfen, Schnellfeuergeschütze, Torpedos, Schiffskolosse in schwerer Menge anzuschaffen, um gegebenenfalls in der Lage zu sein, dem Wort der Diplomaten den gehörigen Nachdruck mit Kanonen geben zu können. Tatsächlich ist es viel patriotischer, die Millionen für die Bildung des bildungsdurstigen Volks, für die Linderung des Elends, für die Förderung der Gerechtigkeit zu verwenden und damit ein zufriedenes Volk zu schaffen, das sich selbst genügt«

Als Theologe wandte sich Umfrid unermüdlich gegen die »un glaubliche Verirrung« derer, die versuchten, den Krieg als »ein Glied in Gottes Weltordnung« zu rechtfertigen oder ein »sittliches Recht des Krieges« mit dem Christentum zu vereinbaren: »Unsere Kultur beruht doch tatsächlich auf christlich-humaner Grundlage. Christlich ist der Schutz der Schwachen, christlich die Ehrfurcht vor dem menschlichen Leben; christlich Mitleid und Barmherzigkeit, christlich auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit anderen Völkern. Aber wo bleibt im Krieg der Schutz der Schwachen, da doch die Vergewaltigung an der Tagesordnung ist? Wo bleibt die Ehrfurcht vor dem menschlichen Leben, wo die Menschen geopfert werden, als ob es Rechenpfennige wären? Wo bleibt Mitleid und Barmherzigkeit angesichts der Grausamkeiten, die in jedem Krieg geschehen? ... Welch ein Gewissenswiderspruch, der zwischen unserem Bekenntnis und dem Krieg besteht!«

Appell der Vierhundert

Im April 1913 brachte die kaiserliche Regierung im Reichstag eine Wehrvorlage ein, die eine umfangreiche Aufrüstung



Michael Helm: *Hommage an Otto Umfrid, 1991*

vorsah. Um gegen dieses Vorhaben zu protestieren, verfasste Otto Umfrid zusammen mit seinem Berliner Kollegen Walter Nithack-Stahn einen Aufruf an die geistlichen und theologischen Hochschullehrer der evangelischen deutschen Landeskirchen. Darin heißt es: »...wir sind überzeugt, dass der Krieg seine Opfer an Menschenblut keineswegs rechtfertigt, weil sein angeblicher Zweck, der Frieden und das Recht, durch seinen Ausgang nicht verbürgt wird. Wir fordern von den Völkern christlicher Kultur das sittliche Opfer, dass sie unter Zurückstellung kriegerischen Ehrgeizes und der Gelüste gewaltsamer Eroberung einen internationalen Rechtszustand herbeiführen, der das Gewaltmittel der Waffen ausschaltet. Mit diesen Forderungen, die den Urgedanken des Evangeliums entsprechen, sollten diejenigen voranstellen, die auf Katheder und Kanzel die Religion des Gekreuzigten verkünden...«

Im Laufe der folgenden Wochen haben fast 400 evangelische Theologen diesen als Appell der Vierhundert bekannt gewordenen Aufruf unterzeichnet (zum Vergleich: Allein der preußischen Landeskirche gehörten damals ca. 18.000 Pfarrer an). Das Ergebnis der Unterschriftenaktion konnte im Verhältnis zu früheren Versuchen als Erfolg gewertet werden; die erhoffte Mobilisierung der ev. Landeskirchen gegen den Krieg blieb jedoch aus.

Internationaler Versöhnungsbund

Ende 1914 kam es in Cambridge zur Gründung des Internationalen Versöhnungsbundes (»International Fellowship of Reconciliation«). 130 Angehörige verschiedener Konfessionen verpflichteten sich, »Christi Revolutionsprinzip der Liebe« zu übernehmen. Für sie galt: »Es ist uns als Christen verboten, Krieg zu haben. Die Loyalität zu unserem Vaterland, zur Menschheit, zur universellen Kirche und zu Christus, unserem Herrn und Meister, fordert von uns vielmehr, unser Leben dem Sieg der Liebe im persönlichen, sozialen, wirtschaftlichen und nationalen Leben zu weihen.«

Ausgelöst hatte diesen Zusammenschluss ein deutsch-britischer Abschied auf dem Kölner Hauptbahnhof am 3. August 1914. Angesichts der sie umgebenden Mobilmachung für den Krieg versprachen Friedrich Siegmund-Schultze (deutscher ev. Theologe) und Dr. Henry Hodgkin (britischer Quäker) einander, an ihrer Freundschaft festzuhalten: »Was auch geschehen mag, zwischen uns ändert sich nichts.« Begleitet von den Hurra-Rufen der in den Krieg ziehenden Soldaten, formulierten sie einen Friedensaufruf an ihre Kirchen. 1933 wurde der deutsche Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes aufgelöst. Die von ihm verfolgten Ziele (gewaltfreie Konfliktlösung, Aussöhnung mit den Nachbarvölkern, Förderung der ökumenischen Bewegung) waren mit dem Nationalsozialismus nicht vereinbar. Heute gehören dem Internationalen Versöhnungsbund in 28 Staaten etwa 100 000 Mitglieder an.

Friedrich Siegmund-Schultze

(1885-1969)

Ein Wegbereiter für soziale Arbeit, Ökumene und Friedensbewegung



Von Friedhelm Schneider

Als Friedrich Siegmund-Schultze 1909 seine theologische Ausbildung abschließt, deutet alles auf den Beginn einer bürgerlichen Bilderbuchkarriere hin: Die Personalakte des 23-jährigen Predigtamtskandidaten enthält lobende Bemerkungen über seine »außergewöhnliche allseitige Begabung und vielseitige Bildung«, man erwartet, dass er »wissenschaftlich und praktisch über den Durchschnitt hinausgehendes zu leisten imstande sein wird«, und so wird Siegmund-Schultze 1910 Pfarrer an der Potsdamer Friedenskirche, die als Kirche des Deutschen Kaisers und seiner Hofgesellschaft eine hervorgehobene Stellung einnimmt.

Sozialreform

Doch es kommt anders, als die kirchlichen Vorgesetzten erwarten: Nach knapp zwei »Flitterjahren« verlässt Siegmund-Schultze die »verwöhnte Stelle« in Potsdam mit ihren »einzigartigen äußeren Verhältnissen«. Der Aussteiger aus der »Hofluft« der »oberen Klasse« gründet 1911 in einem Berliner Elendsviertel die »Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost«, eine selbstverwaltete Wohngemeinschaft von Studenten und Arbeitern, der sich in den folgenden Jahren zahlreiche Beratungs- und Hilfseinrichtungen angliedern (Jugendgerichtshilfe, Abendvolkshochschule, Ferienkolonien – um nur einige Beispiele zu nennen). Bis 1933 liegt die Leitung der Sozialen Arbeitsgemeinschaft bei Siegmund-Schultze,

der inzwischen erster Direktor des Berliner Jugendamts geworden ist (1917/1918) und einen Lehrstuhl für Sozialpädagogik und Sozialethik erhalten hat (ab 1925).

Friedensarbeit und ökumenische Bewegung

Neben den Versäumnissen seiner Kirche in der sozialen Frage ist es ihr friedensethisches Versagen, das Siegmund-Schultze zu scharfer Kritik veranlasst. Über die kirchlichen Stellungnahmen zum Ersten Weltkrieg bemerkt er: »Unsere Kirchen gingen im Großen und Ganzen fast stets mit dem allweil Schärftsten, Unbrüderlichsten, Tollsten, was sich eine von Kriegsberichten... verdorbene Seele nur immer ersinnen konnte.« (1921)

»Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein« heißt es 1948 in der Erklärung der Amsterdamer Weltkirchenkonferenz. 38 Jahre vorher können wir bei Siegmund-Schultze lesen: »Selbst wenn wir ganz genau wissen, dass Kriege in absehbarer Zeit nicht aufhören werden, so kann doch das Christentum nicht von seiner Art ablassen, kann den organisierten Massenmord nicht heilig sprechen, sondern muss erklären, dass Kriegführen gegen den Willen Jesu ist. Jesu Wille ist: Du sollst deinen Nächsten lieben als dich selbst ... Die Undurchführbarkeit eines Ideals darf auch kein Schlafmittel sein, das uns den Kampf um das Ideal, den Versuch einer Annäherung erlässt.« (1910)

Ab 1909 engagierte Siegmund-Schultze sich im Kirchlichen Komitee zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland. 1914 organisiert er in Konstanz die erste Weltkirchenkonferenz für den Frieden, aus der der Weltbund für (internationale) Freundschaftsarbeit der Kirchen hervorgeht. Als Reaktion auf den Kriegsbeginn wirkt Siegmund-Schultze maßgebend mit an der Gründung des Internationalen Versöhnungsbundes, dessen deutschen Zweig er von 1919 bis 1932 leitet. Während des Ersten Weltkrieges setzt er sich für in deutschen Gefangenenlagern internierte Engländer ein und baut eine Kriegsgefangenenhilfe auf. Schon in den ersten Kriegsmonaten führt diese »Caritas inter armas« (Nächstenliebe zwischen den Fronten) zum Konflikt mit dem Militär: Der Pfarrer, der die feindlichen Ausländer einfach als

Mitmenschen behandelt, wird vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt. Es sind Siegmund-Schultzes Beziehungen aus seiner Potsdamer Zeit, die kurz darauf zur Aufhebung des Urteils führen.

Kriegsdienstverweigerung

Als Gegner des Nationalsozialismus wird Siegmund-Schultze 1933 zur Emigration gezwungen. 1947 kehrt er nach Deutschland zurück. Als Präsident der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände (1949) nimmt Siegmund-Schultze Einfluss auf die politische Diskussion um die Ausgestaltung des KDVerchts. 1957 wird er der erste Vorsitzende der neu konstituierten Zentralstelle für Recht und Schutz der KDVer aus Gewissensgründen.

Für den Theologen Siegmund-Schultze steht nach dem Zweiten Weltkrieg fest: »Ein Christ wachen Gewissens wird heute die Kriegsdienstverweigerung als die richtige persönliche Haltung vor Gott und den Menschen erkennen.« (1950) »Eine Kirche, die die Kriegsdienstverweigerung zur Ausnahme macht gegenüber der Wehrpflicht, stempelt die Haltung Jesu selbst und seiner Jünger als eine Ausnahmerecheinung oder Marotte von Extremisten.« (1956)

Siegmund-Schultze Friedenspreis

In Erinnerung an das friedensethische Wirken des engagierten Theologen Friedrich Siegmund-Schultze verleiht die Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer, EAK, seit 1994 einen Friedenspreis. Der »Friedrich Siegmund-Schultze-Förderpreis für gewaltfreies Handeln« ist mit 10 000 DM dotiert und will die Aufmerksamkeit auf Initiativen und Personen lenken, die Widerstand gegen Gewalt praktizieren und zum Friedenshandeln ermutigen.

Bisherige Preisträger sind:

1994: Antikriegszentrum Belgrad

1995: Peace Brigades International, Deutsche Sektion

1997: Zu gleichen Teilen ging der Preis an eine griechische und eine türkische Initiative von Kriegsdienstverweigerern

1998: Friedensgruppe »Yesh Gwul«, Israel

2001: Friedensgruppe »Connection e.V.«, Offenbach

Der »Fall Dehn«

Auch in der Weimarer Republik blieb dem persönlichen Engagement einzelner Protestanten überlassen, was Auftrag der ev. Kirche insgesamt gewesen wäre. Welch erbitterte Abwehr jeder Einspruch gegen Nationalismus und Militarismus hervorrief, zeigt der »Fall Dehn«: Der Berliner Pfarrer **Dr. Günther Dehn**



Die weiß-lila Kirchenfahne wurde als Ausdruck für die 1919 erfolgte Trennung der Kirche vom Staat eingeführt. Seit 1935 war die Hakenkreuzfahne alleinige Staatsflagge.

(1882-1970) hatte 1928 in Magdeburg einen Vortrag zum Thema »Kirche und Völkerversöhnung« gehalten und sich darin u.a. gegen jede kirchliche Idealisierung von Krieg und Heldentod gewandt: »Wer will es wagen, Jesus und die Maschinengewehre zusammenzubringen, den Weg der Gewalt und ihn, der in völliger Gewaltlosigkeit durch das Leben ging, der sich wie ein Schaf zur Schlachtbank führen ließ, der nicht schalt, da er gescholten wurde, der in einer Stunde der Notwehr, wo jeder Mensch von Fleisch und Blut sich gewehrt hätte, zu seinem Jünger sagte: »Stecke dein Schwert in die Scheide, denn wer das Schwert nimmt, soll durch das Schwert umkommen?«

Wir sollen uns sodann hüten, von uns aus auch nur das Geringste dazu zu tun, dem Krieg ein romantisches oder gar christliches Gesicht zu geben. Es ist allgemein üblich, dass von der Kirche der Tod fürs Vaterland unter den Gesichtspunkt des reinen Opfertodes gestellt wird, unter das Bibelwort »Niemand hat größere Liebe denn die, dass er sein Leben lasse für seine Freunde.« Wir wollen ganz gewiss diesem Tod seine Würde und auch seine Größe lassen, aber ebenso gewiss wollen wir auch die Wahrheit sagen. Es wird bei dieser Darstellung eben außer Acht gelassen, dass der, der getötet wurde, eben auch selbst hat töten wollen. Damit wird die Parallelisierung mit dem christlichen Opfertod zu einer Unmöglichkeit. Im Anschluss daran sollte man auch die Frage erwägen, ob es

richtig ist, dass die Kirche den Gefallenen Denkmälern in ihren eigenen Mauern errichtet. Sollte man das nicht vielmehr der bürgerlichen Gemeinde überlassen?«

Dehns Aussagen blieben über Jahre hinweg Anlass öffentlicher Erregung: Die Universität Heidelberg zog die schon ausgesprochene Berufung des Pfarrers zum Theologieprofessor zurück. Als Dehn 1931 der Ruf an die Universität Halle erreichte, kam es zum geschlossenen Widerstand der organisierten Studentenschaft, die durch den neuen Dozenten ihr Nationalgefühl beleidigt sah. Dehn selbst kommentierte den Konflikt mit den Worten: »Es ist ja einfach nicht wahr, dass diese fanatische, meinetwegen religiös gefärbte, tatsächlich aber von Gott gelöste Vaterlandsliebe dem Vaterland wirklich hilft. Im Gegenteil, sie wird das Vaterland ins Verderben führen.« 1933 wurde Günther Dehn zuerst beurlaubt, dann entlassen.

Kriegsdienstverweigerung im »Dritten Reich«

»Heute, im Rückblick, muss ich sagen, dass es die Schuld der Bekennenden Kirche, ihr entscheidendes Versagen war, dass wir im Jahre 1939 nicht gewagt haben, zur Kriegsdienstverweigerung aufzurufen.« Das zitierte Urteil des Berliner Altbischofs Kurt Scharf (1987) ist in dieser Deutlichkeit eine vereinzelt Stellungnahme geblieben. Auch unter den Christen, die sich dem Zugriff der Nationalsozialisten auf die Kirche widersetzt haben, sind pazifistische Gedanken nicht mehrheitsfähig gewesen. Obwohl mit unnachgiebiger Verfolgung durch das Nazi-Regime zu rechnen war und Aussicht auf kirchlichen Rückhalt kaum bestand, hat es dennoch während des Dritten Reichs einzelne Kriegsdienstverweigerer aus dem Bereich der großen Kirchen gegeben.

Hermann Stöhr

Zu ihnen gehörte **Dr. Hermann Stöhr** (1898-1949). Nach dem Ersten Weltkrieg, den er als Freiwilliger bei der Marine mitgemacht hatte, studierte er Staatswissenschaften, engagierte sich in der ökumenischen Bewegung und war mehrere Jahre lang hauptamtlicher Mitarbeiter beim Internationalen Versöhnungsbund und später bei der Inneren Mission. In immer neuen Eingaben hat Stöhr 1933 die evangelische Kirchenleitung in Berlin daran erinnert, dass sie »nicht Filiale der NSDAP, sondern Teil

der einen Kirche« sei, und u.a. dazu aufgefordert, »gegen den unchristlichen Antisemitismus« tätig zu werden und sich für die sogenannten »Schutzhäftlinge« der ersten Konzentrationslager einzusetzen.

Als Stöhr Anfang 1939 aufgefordert wurde, sich als Reserve-Offizier für Wehrübungen zur Verfügung zu stellen, teilte er dem zuständigen Wehrbezirkskommando umgehend mit:

Stettin, den 2. März 1939

An das Wehrbezirkskommando Stettin 1 (Marine)

Den Dienst mit der Waffe muss ich aus Gewissensgründen ablehnen. Mir wie meinem Volk sagt Christus:

»Wer das Schwert nimmt, soll durchs Schwert umkommen.« (Matt. 26, 53). So halte ich die Waffenrüstungen meines Volkes nicht für einen Schutz, sondern für eine Gefahr. Was meinem Volk gefährlich und verderblich ist, daran vermag ich mich nicht zu beteiligen.

Positives Christentum weist meines Erachtens den Völkern höhere Ziele, als sich in Kriegs-Rüstungen gegenseitig zu übertreffen und einen immer größeren Prozentsatz der nationalen Energien hierfür einzusetzen. Das KDF-Schiff »Wilhelm Gustloff« rettete auf seiner Probefahrt schiffbrüchige Engländer. Deutsche Flugzeuge bringen im Februar 1939 dem Erdbebengebiet in Chile Hilfe. Zu derartigen Taten nationaler Hilfsbereitschaft hat Gott unser hochbegabtes Volk berufen. Sie sollten nicht nur gelegentlich erfolgen und in Fällen ganz krasser Not, sondern unserem nationalen Willen sein Hauptgepräge geben – bis hin zur praktischen Betätigung von Feindesliebe. Angesichts solcher Gottesgebote zu helfen und zu dienen, erscheint mir der Dienst mit der Waffe überflüssig und schädlich.

Derartige Gebote verpflichten – bis hin zur Entschiedenheit, mit der der norwegische Bauernsohn Hans Nielsen Hauge bekannte: Ich habe Gottes Geist Gehorsam ge-



Hermann Stöhr etwa 1937/38

schworen. Daneben verliert eine zusätzliche Eidesleistung unbedingten Gehorsams gegenüber einer Obrigkeit für mich jeden Sinn. So verbietet sich mir auch der übliche Eid, entsprechend den Weisungen des Neuen Testaments (Matth. 5,34 und Jak. 5,12).

Im Einklang mit den gekennzeichneten Gewissensbindungen fühle ich mich meiner Obrigkeit gegenüber zu Gehorsam und Fürbitte verpflichtet. Meinen staatsbürgerlichen Pflichten suche ich mich nicht zu entziehen.

Sollte mir statt militärischer Übungen ein entsprechender Arbeitsdienst zuerkannt werden, dann bin ich hierzu bereit, auch wenn ich durch vermehrte und schwierigere Arbeit die Aufrichtigkeit meiner Gewissensbedenken gegen den Militärdienst erhärten sollte. Heil Hitler!

Hermann Stöhr

Der Fahnenflucht angeklagt und für schuldig befunden verweigerte Stöhr die militärische Eidesleistung auf den Führer; das Reichskriegsgericht verhängte daraufhin die Todesstrafe wegen Wehrkraftzersetzung. Das Unrechtsurteil wurde – ebenso legal, wie es zustande gekommen war – am 21. 6. 1940 in Berlin-Plötzensee vollstreckt.

Dietrich Bonhoeffer

So wie Hermann Stöhrs pazifistischer Standpunkt für die evangelische Kirche der Hitlerzeit die Ausnahme von der Regel bildete, stand auch **Dietrich Bonhoeffers** Haltung in tiefem Gegensatz zum Denken der nationalprotestantischen Mehrheit: »Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit.« In seiner Andacht »Kirche und Völkerwelt«, die er am 28. 8. 1934 auf einer ökumenischen Jugendkonferenz in Fanö (Dänemark) hielt, hatte Bonhoeffer vor der Verwechslung von Frieden und Sicherheit gewarnt und seine Vision eines ökumenischen Friedenskonzils entwickelt: »Friede auf Erden, das ist kein Problem, sondern ein mit der Erscheinung Christi selbst gegebenes Gebot. Zum Gebot gibt es ein doppeltes Verhalten: den unbe-

dingten, blinden Gehorsam der Tat oder die scheinheilige Frage der Schlange: sollte Gott gesagt haben? Diese Frage ist der Todfeind des Gehorsams, ist darum der Todfeind jeden echten Friedens. Sollte Gott nicht die menschliche Natur besser gekannt haben und wissen, dass Kriege in dieser Welt kommen müssen wie Naturgesetze? Sollte Gott nicht gemeint haben, wir sollten wohl von Frieden reden, aber so wörtlich sei das nicht in die Tat umzusetzen? Sollte Gott nicht doch gesagt haben, wir sollten wohl für den Frieden arbeiten, aber zur Sicherung sollten wir doch Tanks und Giftgase bereitstellen? Und dann das scheinbar Ernste: Sollte Gott gesagt haben, Du sollst Deinen Nächsten dem Feind preisgeben?

Nein, das alles hat Gott nicht gesagt, sondern gesagt hat er, dass Friede sein soll unter den Menschen, dass wir ihm vor allen weiteren Fragen gehorchen sollen, das hat er gemeint. Wer Gottes Gebot in Frage zieht, bevor er gehorcht, der hat ihn schon verleugnet. ... Wie wird Frieden? Wer ruft zum Frieden, dass die Welt es hört, zu hören gezwungen ist? Dass alle Völker darüber froh werden müssen? Der einzelne Christ kann das nicht – kann wohl, wo alle schweigen, die Stimme erheben und Zeugnis ablegen, aber die Mächte der Welt können wortlos über ihn hinwegschreiten. Die einzelne Kirche kann auch wohl zeugen und leider – ach, wenn sie es nur täte – aber auch sie wird erdrückt von der Gewalt des Hasses. Nur das eine große ökumenische Konzil der Heiligen Kirche Christi aus aller Welt kann es so sagen, dass die Welt zähneknirschend das Wort vom Frieden vernehmen muss und dass die Völker froh werden, weil diese Kirche Christi ihren Söhnen im Namen Christi die Waffen aus der Hand nimmt und ihnen den Krieg verbietet und den Frieden Christi ausruft über die rasende Welt.«

Dieselbe ökumenische Konferenz appellierte, unter Bonhoeffers Vorsitz, an die christlichen Kirchen, »dass sie diejenigen ihrer Mitglieder, die, im Glauben an das Evangelium, sich weigern, Waffen zu tragen, nicht verachte, sondern sie als ihre rechten Kinder betrachte und sie in

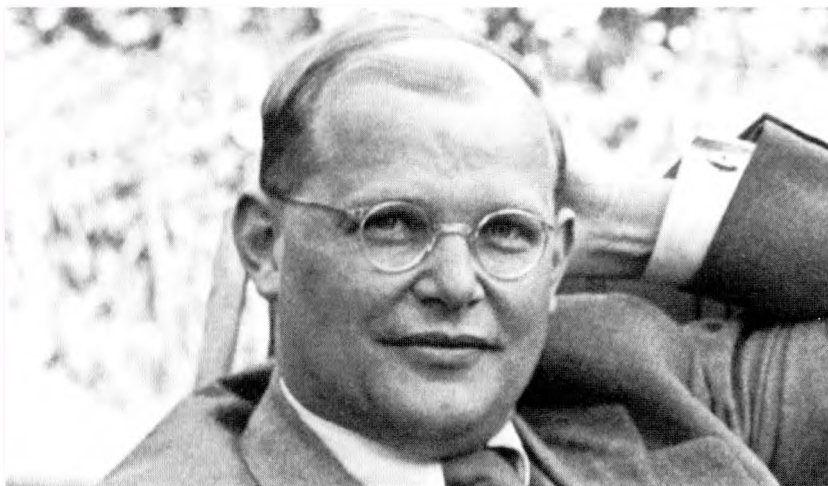
ihrer Bemühung, zu gehorchen, mit mütterlicher Liebe begleite.« In Deutschland blieb dieser Aufruf ohne jeden Erfolg.

Als Bonhoeffer mit seiner Einberufung zur Wehrmacht rechnen musste, entschloss er sich zur Emigration. In seinem Brief vom 25. 3. 1939 an Bischof George Beil von Chichester ist nachzulesen:

»Ich plane, Deutschland irgendwann zu verlassen. Der Hauptgrund dafür ist die allgemeine Wehrpflicht, zu der Männer meines Jahrgangs (1906) in diesem Jahr einberufen werden. Es scheint mir mit meinem Gewissen unvereinbar, an einem Krieg unter den gegebenen Umständen teilzunehmen. Andererseits hat die Bekennende Kirche als solche in Hinsicht keine bestimmte Haltung eingenommen und kann es wahrscheinlich auch nicht tun, so wie die Dinge nun einmal liegen. So würde ich meinen Brüdern einen ungeheuren Schaden zufügen, wenn ich in diesem Punkt Widerstand leistete, was von dem Regime als typisch für die Feindseligkeit unserer Kirche gegen den Staat angesehen werden würde. Vielleicht das Schlimmste von allem ist der militärische Eid, den ich schwören müsste. So bin ich ziemlich ratlos in dieser Angelegenheit, vielleicht sogar besonders deshalb, weil ich fühle, dass ich es wirklich nur aus christlichen Gründen schwierig finde, unter den gegenwärtigen Bedingungen Militärdienst zu leisten, und dennoch gibt es nur sehr wenige Freunde, die meine Haltung billigen würden. Obwohl ich sehr viel gelesen und darüber nachgedacht habe, bin ich noch zu keinem Entschluss darüber gekommen, was ich unter anderen Umständen tun würde. Aber so, wie die Dinge liegen, würde ich meiner christlichen Überzeugung Gewalt antun müssen, wenn ich »jetzt und hier« die Waffen ergreifen sollte.«

Es fällt auf, dass der Theologe Bonhoeffer seine Kriegsdienstverweigerung situationsbezogen begründet: Der Eid auf den Führer und die gegenwärtigen Bedingungen hindern ihn »jetzt und hier«, Militärdienst zu leisten. Der Politologe Stöhr führt demgegenüber eine absolute Entscheidung gegen den Waffendienst an; für ihn gilt generell: Gottes »Gebote verpflichten«. Beide Typen der Kriegsdienstverweigerung, der absolute (generelle oder prinzipielle) und der situationsbezogene (selektive) Gewaltverzicht, stehen in der Geschichte des christlichen Pazifismus seit den Tagen der Alten Kirche nebeneinander.

Bonhoeffer ist noch vor Kriegsbeginn aus den USA nach Deutschland zurückgekehrt, um der Bekennenden Kirche und den von ihm unterrichteten jungen Theologen zur Seite zu stehen. Wegen seiner Teilnahme am aktiven politischen Widerstand gegen Hitler wurde er am 9. 4. 1945 im KZ Flossenbürg hingerichtet.



Dietrich Bonhoeffer
Foto: Eberhard Bethge

Nachkriegszeit

Nach 1945 lag die Notwendigkeit einer kirchlichen Neubesinnung auf der Hand: Wo kirchliche Aussagen die Beteiligung an den Schrecken des Zweiten Weltkriegs ermöglicht statt verhindert und rechtfertigt statt angeklagt hatten, musste es zu einem Umdenken kommen. Ein zwar später, aber beachtlicher Lernprozess begann: Die Jahrhunderte lang akzeptierte Vorstellung eines unter der Losung »Gott mit uns« geführten »gerechten Krieges« wurde nicht mehr fraglos hingenommen; Kriegsdienstverweigerern wurde offiziell die Unterstützung der evangelischen Kirche zugesagt. Eine eindeutige Stellungnahme für den christlichen Pazifismus blieb allerdings aus.

Gegen die Wiederaufrüstung

Zu Beginn der Fünfziger Jahre war es vor allem Adenauers Angebot einer westdeutschen Wiederaufrüstung, das heftigen Protest, auch unter christlichen Kriegsgegnern, hervorrief. Wer sich in dieser Zeit des »Kalten Krieges« gegen die Wiederbewaffnung engagierte, setzte sich nicht selten öffentlichen Angriffen als »Sympathisant des (kommunistischen) Ostens« aus.

In einem Aufsatz über das Gebot »Du sollst nicht töten« schrieb der evangelische Theologe Hans Joachim Iwand 1950:

»Es gibt keine Gottlosen – oder es gibt nur Gottlose. Niemand hat ein Recht, zu töten, indem er vorgibt, er vernichte damit die Gottlosen und rette das Christentum! Jesus Christus steht mitten un-

ter uns als Zeichen der Langmut und Geduld Gottes. Es kann sein, dass wir über ihn hinweggehen, weil er gegen uns ist, gegen die Menschen, die neues Morden aneinander vorbereiten, ... aber wir sollten dann wenigstens wissen, was wir damit tun! Wir sollen dann nicht Gott anklagen, wenn die Erde wüst und leer wird, wenn die Abgründe der Finsternis sich öffnen ...«

Der katholische Schriftsteller Reinhold Schneider (1903-1958) formulierte 1951 in einem persönlichen Appell an den Bundestag: »Mein Gewissen gebietet mir, dagegen zu protestieren, dass die Waffen der Gegenwart erfunden, hergestellt, von Theologie und Staatslehre gerechtfertigt werden. Die Bereitschaft, diese Waffen anzuwenden, gleichgültig auf welche Umstände sie sich berufen mag, halte ich für eine schwere Sünde ... Ein Volk, das in Gefahr der Selbstvernichtung durch Bruderkrieg ist, dessen Land die Aussicht hat, zur Feuerstätte zu werden, auf der es mit den Völkern Europas verbrennt, kann die Waffe nicht ergreifen.«

Militärkritische Stimmen blieben nicht auf Deutschland beschränkt. Der französische protestantische Theologe Jean Lasserre, der in früheren Jahren freundschaftlich mit Dietrich Bonhoeffer verbunden war, hat 1953 einen leidenschaftlichen und zugleich prinzipiellen Einspruch gegen jede christliche Beteiligung am Militärdienst vorgelegt. In seinem Buch »Der Krieg und das Evangelium« heißt es: »Der Militärdienst besteht darin, dass man seinen Nächsten tötet und sich darauf vorbereitet, Gott aber hat uns in seinem Gesetz wie in seinem Evangelium untersagt zu töten. Und sein Gebot, erhellt und bestätigt durch das Evangelium, hat mehr Gewicht als alle die – teilweise vernünftigen – Argumente, die man gewöhnlich zugunsten des Militärdienstes anführt. Der

Christ darf ebenso wenig ein Komplize des staatlichen Mordens sein wie anderer staatlicher Verbrechen. ... Ob man will oder nicht – sich zum Militär einberufen lassen, heißt, dem Heidentum des Mars (= röm. Kriegsgott) anhängen, heißt also, Jesus Christus verleugnen. ... wir glauben jedoch, dass ein Christ nicht den geringsten Grund hat, sich der Teilnahme an der gewaltlosen, d.h. unblutigen, nicht-militärischen Verteidigung seiner Heimat zu versagen.«

Die Atomwaffendiskussion

Auf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik folgte eine heftige Auseinandersetzung um die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Als einer der kompromisslosesten Gegner von Wiederaufrüstung und Atomwaffen hat damals Martin Niemöller (1892-1984) Stellung bezogen.

Martin Niemöller

Niemöller hatte – wie seinerzeit Stöhr – den Ersten Weltkrieg bei der Marine mitgemacht (siehe auch Seite 36); nachdem ihn sein Weg »vom U-Boot zur Kanzel« geführt hatte, wurde er als Gründer des Pfarrernotbundes eine der Leitfiguren der Bekennenden Kirche und musste die Jahre 1937-1945 als »persönlicher Gefangener« Hitlers in KZ-Haft verbringen. Sein Antrag, als U-Boot-Kommandant auch im Zweiten Weltkrieg Verwendung zu finden, wurde vom NS-Regime abgelehnt. Anlass für Niemöllers Wandlung zum überzeugten Pazifisten war ein Gespräch, das der Zweiundsechzigjährige 1954 mit dem Atomphysiker Otto Hahn über die Folgen von Atom- und Wasserstoffbomben führte. 1958 bezeugte der damalige Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau: »Ich persönlich könnte mir keine Situation vorstellen, in der ich auf die Frage: »Herr, was willst du, dass ich tun soll?« von Gott die Antwort erhielte: »Wirf eine Atombombe!«

Eine breite Protestbewegung gegen Atomwaffen bildete sich Mitte der 80er Jahre auch in Deutschland, hier während des evangelischen Kirchentages in Hannover, 1983.



Albert Schweitzer

Bei der Entgegennahme des Friedensnobelpreises in Oslo hat Albert Schweitzer (1875-1965) einen Vortrag gehalten, in dem er seine Ethik der Ehrfurcht vor dem Leben auf »Das Problem des Friedens in der heutigen Welt« bezieht und zur Feststellung kommt: »Wir haben uns in den beiden letzten Kriegen grausiger Unmenschlichkeiten schuldig gemacht und würden es in einem kommenden noch weiter tun. Dies darf nicht sein.« Denn, so führt Schweitzer seinen Gedanken weiter, die Entwicklung der Atombombe stellt die Existenz der Menschheit in Frage und führt uns vor Augen, »dass wir als Übermenschen Unmenschen geworden sind. Von dem, was in der Gesinnung der Einzelnen und damit in der der Völker zur Ausbildung gelangt, hängt das Kommen oder das Ausbleiben des Friedens ab... Mögen die, welche die Geschicke der Völker in den Händen haben, ... das wunderbare Wort des Apostels Paulus beherzigen: »So viel an euch liegt, habt mit allen Menschen Frieden.« Es gilt nicht nur den Einzelnen, sondern auch den Völkern.«

Die Atomwaffenfrage hat Schweitzer seither nicht mehr losgelassen. Ihretwegen hat der Einundachtzigjährige nach eigenem Bekunden den »Entschluss ... mich nie in etwas einzumischen, was auch nur entfernt mit politischen Fragen verknüpft ist, über den Haufen geworfen.« 1957/58 wandte sich der als Tropenarzt, Orgelvirtuose, Humanist und Theologe bekannte Nobelpreisträger viermal über Radio Oslo an die Weltöffentlichkeit. Er forderte eindringlich die Beendigung aller (bis dahin oberirdischen) Kernwaffenversuche und den Verzicht auf Atomwaffen: »In einem Atomkrieg gibt es keinen Sieger, sondern nur Besiegte. In ihm erleidet jeder von den Bomben und Atomgeschossen seines Gegners, was die seinen diesem antun. Es entsteht dabei eine in Gang blei-



Martin Niemöller

Walter Staats

Heinrich Grüber

»Treue Freunde«

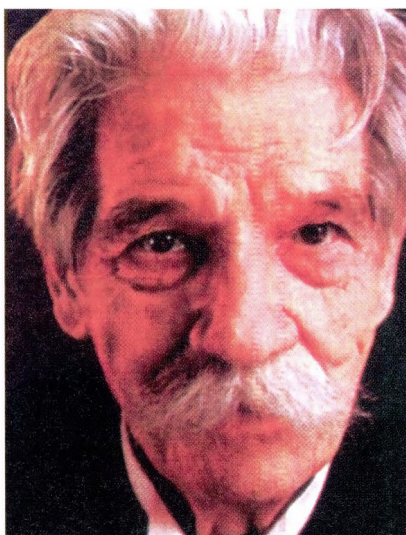
Die beinahe unheilvolle Begegnung zwischen Martin Niemöller und Albert Schweitzer

Von Günther Heipp

Im Kampf gegen Atomrüstung und Atomtests hatten sich die beiden bekannten Theologen Albert Schweitzer und Martin Niemöller nach 1945 gefunden – »an einem Strang ziehend«, wie sie selber sagten. Politische Gegner aus den Reihen der deutschen Christdemokraten versuchten in den 50er Jahren einen Keil zwischen die einflussreichen Friedensaktivisten zu treiben. Sie wühlten in den Biografien der beiden und fanden folgende Geschichte heraus:

Als im Jahre 1917 Albert Schweitzer und seine Gattin Helene als Gefangene Frankreichs auf einem Schiff in Dakar lagen, konnte die Weiterfahrt nicht erfolgen, weil bekannt geworden war, dass ein deutsches U-Boot vor der Hafeneinfahrt auf der Lauer lag. Der Kommandant jenes U-Bootes hieß, wie sich dann herausstellte, Martin Niemöller. »Da Sie mir einmal nach dem Leben getrachtet haben, bleiben wir umso mehr treue Freunde im gemeinsamen Kampf gegen Atomwaffen«, schrieb ihm Schweitzer, als er von der Geschichte erfuhr.

Am 14. Januar 1965, zum 90. Geburtstag, bekam Albert Schweitzer Besuch aus Deutschland: Das damalige Präsidiumsmitglied des Weltrates der Kirchen, Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, der am selben Tag Geburtstag hatte (seinen 73.), Kirchenrat Walter Staats aus Braunschweig, ein sehr alter Freund Schweitzers, und Propst D. Heinrich Grüber, Berlin, der im Auftrag der Evangelischen Kirche in Deutschland gratulierte. Foto: Gerard Schuffenecker



bende Vernichtung, der kein Waffenstillstand und kein Friedensschluss ein Ende setzen kann. Wo es sich um Atomwaffen handelt, kann kein Volk zu seinem Gegner sagen: »Nun sollen die Waffen entscheiden«, sondern nur »Nun wollen wir miteinander Selbstmord begehen, indem wir uns gegenseitig vernichten«.

Albert Schweitzer und Martin Niemöller begegneten einander im Kampf gegen den Atomtod. Wie sich im nachhinein herausstellte, hätte im Jahre 1917 der U-Boot-Kommandant Niemöller vor der Küste Afrikas fast das Schiff des nach Frankreich zurückbeorderten Tropenmediziners versenkt...

Friedhelm Schneider

Von Friedhelm Schneider

Neben Martin Luther King gehörten die Brüder Philip (*1921) und Daniel (*1923) Berrigan zu den prominenten Vertretern der amerikanischen Vietnamkriegs-Opposition. Über die USA hinaus sind die beiden Priester durch ihre »gewaltlosen Angriffe gegen die Kriegsmaschinerie« bekanntgeworden. Immer wieder beteiligten sie sich an spektakulären Protestaktionen gegen den Krieg und die Rüstungsindustrie, die ihn ermöglicht.

Gewaltlose Angriffe gegen die Kriegsmaschinerie

Als Mitglieder der Aktionsgruppe »Neun von Catonsville« drangen die Berrigans im Mai 1968 in die Wehrbehörde

rechtigkeit« mit Hilfe zahlreicher Freunde mehr als vier Monate versteckt. Während dieser Zeit wiederholte er in Vorträgen und Predigten seinen Appell, Christen sollten darauf hinwirken, »dass den Todesstiftern eine feste Mauer des Gewissens gegenübersteht.«

Im September 1980 betreten die Berrigan-Brüder mit ihrer Gruppe »Pflugschar-Acht« eine Niederlassung der Rüstungsfirma »General Electric«, in der Teile von Nuklear-Raketen hergestellt wurden. Mit Hämmern beschädigten sie zwei Sprengköpfe einer Mark-12-A-Rakete, über Zeichnungen und Pläne schütteten sie Blut, dann ließen sie sich vom Wachdienst festnehmen. Der Presse gegenüber erläuterten sie ihre symbolische Widerstandshandlung: Durch ihre Atomwaffen-Produktion »fördert General Electric die mögliche Zerstörung Millionen Unschuldiger. Diese Waffe wider-



Unruhestifter für den Frieden: Philip und Daniel Berrigan

der amerikanischen Kleinstadt ein. Dort räumten sie die Einberufungsakten aus den Schränken und verbrannten sie demonstrativ mit selbsthergestelltem Naphalm. Ihren zivilen Ungehorsam verstanden die Brüder als »Gebet mit dem Körper«; sie wollten gegen die moralische Taubheit einer Nation ankämpfen, die sich weigerte, die Verbrechen eines in ihrem Namen geführten Krieges zur Kenntnis zu nehmen.

Wegen der Catonsville-Aktion wurde Philip zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Daniel entzog sich seiner Strafe und hielt sich als »Flüchtling vor der Unge-

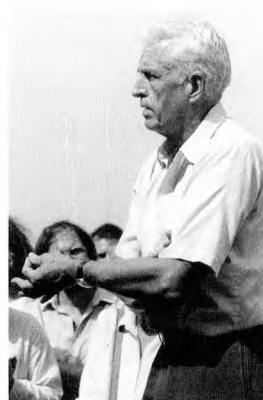
spricht ... der Genfer und Haager Konvention und der UNO-Charta ... Wenn wir heute die Schwerter in Pflugscharen umschmieden, so versuchen wir, den biblischen Aufruf konkret zu machen.« Das zuständige Gericht ließ sich von diesen Gedanken nicht beeindrucken und sprach wegen Einbruch, Unruhestiftung und aufrührerischem Verhalten Haftstrafen von drei bis zehn Jahren aus.

Gegen das Gift militärischer Geheimhaltung

Wie Daniel Berrigan später erklärte, wollte die Gruppe mit ihrer Aktion »die Dinge beim Namen nennen« und »das Gift der Geheimhaltung« sichtbar machen, das Militär und Rüstung durchzieht: »die Verleugnung der Verantwortung, die abstrakte Sprache, die Leben und Tod mit einer Art schmutziger Moral umgibt«. Blutspritzer auf den Konstruktionszeichnungen sorgten dafür, dass Schreibtischtäter mit den tödlichen Folgen ihrer Planungen konfrontiert wurden. Gleichzeitig wurde eine Politik angeprangert, die Unrecht legalisierte, indem sie trotz einer völkerrechtlich gebotenen nuklearen Abrüstung aus nationalen Interessen an der Atomwaffenpro-

duktion festhielt. Nach Daniel Berrigans Überzeugung ist das Reich Gottes der »Gegenpol der Bombe«, und die Kernwaffenfrage stellt die Kirche vor die Entscheidung, »Christus ernstzunehmen ... und den gewaltlosen, waffenlosen Gott als den wahren Gott der Kirche anzunehmen.«

Mit seiner Ablehnung bewaffneter Gewalt hat Daniel Berrigan die Vertreter einer militärischen Machtpolitik ebenso in Frage gestellt wie die Befürworter einer gewaltsamen Revolution. 1979 schrieb er an seinen Priesterkollegen Ernesto Cardenal, der sich der Guerilla-Bewegung gegen den nicaraguanischen Diktator Somoza angeschlossen hatte: »Der Tod eines ein-



Philip Berrigan bei der Blockade des US-Atomwaffenlegers Mutlangen, 1983. Fotos: Christa Schnepf, Graffiti

zigen Menschen ist ein zu hoher Preis für die Verteidigung eines Prinzips. Es ist wahr, in diesem blutigen Jahrhundert hat unsere Religion wenig anzubieten, wenig, das nicht vergiftet oder zerbrochen oder missbraucht ist. Aber eines haben wir: unsere Weigerung, Bomben oder Gewehre gegen die Leiber unserer Brüder und Schwestern zu richten, die wir beharrlich Brüder und Schwestern nennen, auch wenn uns ein kriegslüsterner Staat oder eine kriegsegnende Kirche in Feindschaft gegen sie treiben will.«

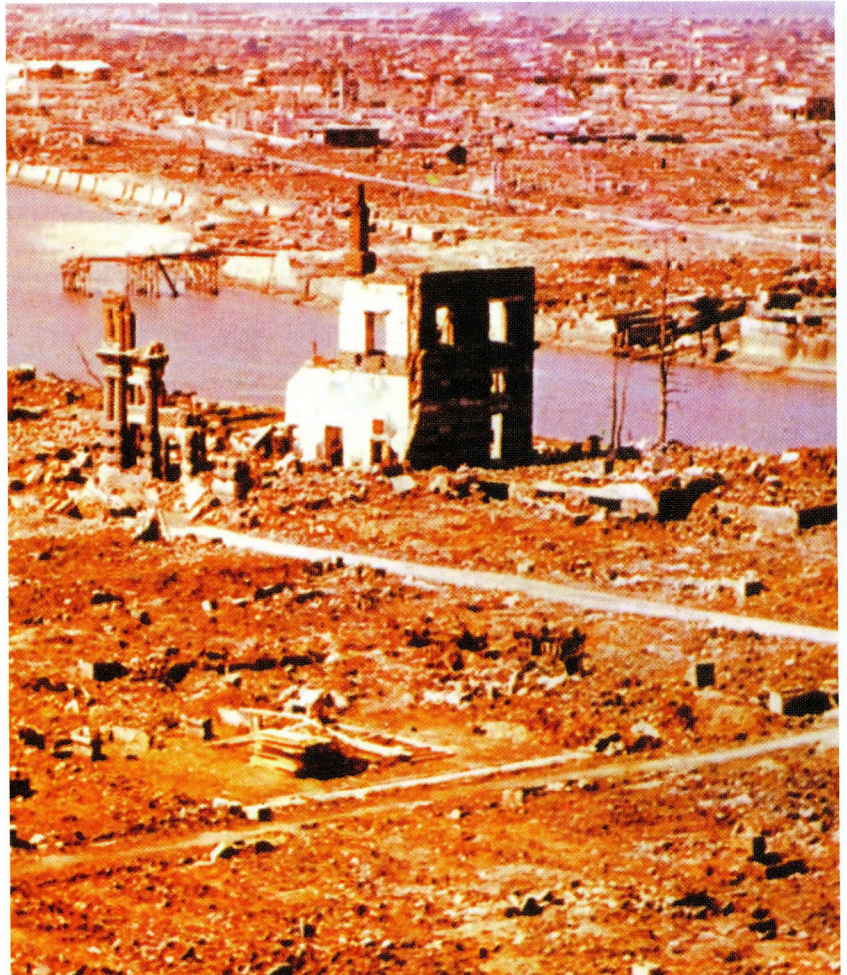
In einer Zeit allgemeiner Gewöhnung an die scheinbare Selbstverständlichkeit militärischer Gewalt ist es den Brüdern Berrigan gelungen, heilsame Unruhe für den Frieden zu stiften.



Daniel und Philip Berrigan

Das »Kriegsamt« als göttliche Ordnung?

Im Februar 2001 hat der Ökumenische Rat der Kirchen in Berlin die Dekade zur Überwindung von Gewalt (2001 – 2010) eröffnet. Das Zehnjahresprojekt lädt dazu ein, die Bearbeitung der vielfältigen Gewaltprobleme zu einem vordringlichen Anliegen der Weltchristenheit zu machen. Zu Recht betont die Botschaft zur Eröffnung der Dekade: »... als Christen zählen wir zu denen, die Gewalt ausgeübt und gerechtfertigt haben.« Wer als Christ glaubhaft für Frieden und Versöhnung eintreten will, dem wird es nicht erspart bleiben, historische und aktuelle Tendenzen kirchlicher Gewaltbereitschaft wahrzunehmen und sich selbstkritisch mit ihnen auseinander zu setzen. Im Folgenden stellen wir einige Beispiele zusammen, die die in der Kirchengeschichte vorherrschende Rechtfertigung von Krieg und Militär veranschaulichen. Die ab Seite 41 vorgestellten Zeugnisse der christlich-pazifistischen Minderheit müssen vor diesem Hintergrund gesehen werden.



Zusammengestellt von Friedhelm Schneider

Kirchenstrafe für KDV im Frieden

»Die ihre Waffen im Frieden hinwerfen, sind zu exkommunizieren.«
Synode von Arles (314)

Krieg für den Frieden

»Glaube nicht, es könne niemand Gott gefallen, der Kriegsdienst leistet ... Der Wille muss den Frieden im Auge haben, der Krieg darf nur die Folge einer Notwendigkeit sein; dann wird uns Gott von der Not befreien und uns im Frieden behalten.«
Kirchenvater Augustin (354-430)

Der Gewalt mit Gewalt entgegenzutreten

»Ich bin der Überzeugung, dass ein Soldat, der den Feind tötet, wie auch ein Richter und ein Henker, die einen Verbrecher richten, keine Sünde begehen: indem sie so handeln, befolgen sie das Gesetz ... Der Soldat, der den Feind tötet, ist schlechthin der Diener des Gesetzes. Es ist ihm daher ein Leichtes, seinen Dienst sachlich auszuüben, um dadurch seine Mitbürger zu schützen und der Gewalt mit Gewalt entgegenzutreten.«
Kirchenvater Augustin (354-430)

»Auf den Wink des Priesters und auf Befehl des Kaisers...«

»Beide Schwerter gehören der Kirche, das geistliche und das weltliche.

Hiroshima nach dem Abwurf der Atombombe

che soll für die Kirche, das geistliche von der Kirche gezogen werden; das eine von der Hand des Priesters, das andere von der Hand des Soldaten, aber doch auf den Wink des Priesters und auf Befehl des Kaisers.«

Bernhard von Clairvaux (1091-1153)

Kriegführen – ein »gut christlich Werk«

»...weil das Schwert von Gott eingesetzt ist, die Bösen zu strafen, die Frommen zu schützen und Frieden zu handhaben, Röm. 13, 1ff., 1. Petr. 2, 13ff., so ist's auch unwiderleglich genug bewiesen, dass Kriegführen und Töten und was Kriegzeiten und -recht mitbringen, von Gott eingesetzt ist...

Denn es ist gleich wie bei einem guten Arzt: wenn die Seuche so böse und

groß ist, dass er Hand, Füße, Ohr oder Augen abhauen oder verderben muss, auf dass er den Leib errette, scheint es, er sei ein greulicher, unbarmherziger Mensch, wenn man das Glied ansieht, das er abhaut. Wenn man aber den Leib ansieht, den er damit erretten will, so findet sich's in Wahrheit, dass er ein trefflicher, treuer Mensch ist und ein gut christlich (so viel es an ihm selbst ist) Werk tut.

So ist es auch, wenn ich dem Kriegesamt zusehe: wie es die Bösen strafft, die Unrecht haben tötet und solchen Jammer anrichtet, scheint es ein gar unchristlich Werk zu sein und ganz und gar gegen die christliche Liebe. Sehe ich aber an, wie es die Frommen schützt, Weib und Kind, Haus und Hof, Gut und Ehr und Friede damit erhält und bewahrt, so findet sich's, wie köstlich und göttlich das Werk ist, und ich merke, dass es auch ein Bein oder Hand abhaut, auf dass nicht der ganze Leib vergehe.«

Martin Luther (1526)

Gottes Heerschar mit uns

»Nun, deutsche Fahnen, flattert
Im Kampfessturm viktoriarwärts!
Nun, deutsche Schüsse, knattert
Und trifft den Feind ins falsche Herz!
Nun bete jeder deutsche Christ,
Dass Gottes Heerschar mit uns ist.

Pfarrer Dietrich Vorwerk (1914)

So geht der Christ in den Krieg...

»So geht der Christ in den Krieg. Er weiß: Gott will etwas ganz anderes als den Krieg! Man wird ihm anmerken, dass er das weiß. Nie wird der Christ sich über den Krieg freuen... Immer wird er den Tag begrüßen, an dem endlich Friede wird. Aber wenn es das Vaterland fordert, wird er in diese Welt des Grauens freudig und getrost hineingehen. Er wird seinen Mann stehen und keinen Dienst verweigern, der ihm befohlen wird. Er steht im Dienste seines Gottes, wenn er für das Vaterland kämpft! Und das Gewissen wird um so reiner sein, je völliger der Dienst mit der Waffe aufgeht im Gedanken des Opfers.«

Otto Dibelius (1930), ab 1949 EKD-Ratsvorsitzender

Der Krieg mit gutem Gewissen

»Viel leichter als die verantwortlichen Führer eines Volkes hat es in der Frage nach Recht oder Unrecht eines Krieges der Einzelne. Wenn das Vaterland zum Kriege ruft, hat er nur die eine schlichte Pflicht, dem Rufe zu folgen. Ob Recht oder Unrecht, müssen die Regierenden wissen. Der einzelne Untertan kann das zumeist gar nicht beurteilen oder gar entscheiden. Ihm bleibt mit Sicherheit nur die Pflicht des Gehorsams. Selbst wenn aber auch der Einzelne die Kriegsnötigkeit aus seinem Gesichtskreis nicht zu erkennen vermag, muss jeder Christ die unbestreitbare Pflicht des Gehorsams und der Liebe zu Volk und Vaterland uneingeschränkt voranstellen über die unübersichtliche, auch von ihm weder zu entscheidende, noch gar zu verantwortende Rechtsfrage: er muss mit Freudigkeit und Tatkraft seine vaterländische Pflicht tun!«

Otto Borchert (1938)

Kreuzzug gegen den bolschewistischen »Pestherd«

»Der Geistliche Vertrauensrat der Deutschen Evangelischen Kirche, erstmalig seit Beginn des Entscheidungskampfes im Osten versammelt, versichert Ihnen, mein Führer, in diesen hinreichend bewegten Stunden aufs neue die unwandelbare Treue und Einsatzbereitschaft der gesamten evangelischen Christenheit des Reiches. Sie haben, mein Führer, die bolschewistische Gefahr im eigenen Lande gebannt und rufen nun unser Volk und die Völker Europas zum entscheidenden Waffengange gegen den Todfeind aller Ordnung und aller abendländisch-christlichen Kultur auf. Das deutsche Volk und mit ihm alle seine christlichen Glieder danken Ihnen für diese Ihre Tat... Die Deutsche Evangelische Kirche... ist mit allen ihren Gebeten bei Ihnen und bei unseren unvergleichlichen Soldaten, die nun mit so gewaltigen Schlägen daran gehen, den Pestherd zu beseitigen, damit in ganz Europa unter Ihrer Führung eine neue Ordnung erstehe und aller inneren Zersetzung, aller Beschmutzung des Heiligsten, aller Schändung der Gewissensfreiheit ein Ende gemacht werde.«

Telegramm des geistlichen Vertrauensrates der Deutschen Evang. Kirche (sog. Reichskirche) an Adolf Hitler vom 30. Juni 1941

»Gebet« vor dem Atombombenabwurf

»Allmächtiger Vater, der Du die Gebete jener erhörst, die Dich lieben, wir bitten Dich, denen beizustehen, die sich in die Höhen Deines Himmels wagen und den Kampf bis zu unseren Feinden vortragen. Behüte und schütze sie, wir bitten Dich, wenn sie ihre befohlenen Einsätze fliegen. Mögen sie, so wie wir, von Deiner Kraft und von Deiner Macht wissen, und mögen sie mit Deiner Hilfe diesen Krieg zu einem schnellen Ende bringen. Wir bitten Dich, dass das Ende dieses Krieges nun bald kommt und dass wir wieder einmal Frieden auf Erden haben.

Mögen die Männer, die in dieser Nacht den Flug unternehmen, sicher in Deiner Hut sein, und mögen sie unverehrt zu uns zurückkehren. Wir werden im Vertrauen auf Dich weiter unseren Weg gehen; denn wir wissen, dass wir jetzt und für alle Ewigkeit unter Deinem Schutz stehen. Amen.«

»Gebet« des Lutherischen Militärgeistlichen vor dem Abflug der Atombomber nach Hiroshima am 6. August 1945

»Die Christenbanner wehen...«

»Du reicher Gott, in Gnaden
Schau her vom Himmelszelt;
Du selbst hast uns geladen
In dieses Waffenfeld.

Lass uns vor dir bestehen
Und gib uns heute Sieg;
Die Christenbanner wehen,
Dein ist, o Herr, der Krieg.«

Max von Schenkendorf (1813)

Mit Gott für König und Vaterland

»Allmächtiger, barmherziger Gott! Herr der Heerscharen. Wir bitten Dich in Demut um Deinen allmächtigen Beistand für unser deutsches Vaterland. Ziehe aus mit den deutschen Heeren und segne ihre Waffen zur Überwindung des Feindes. Führe uns zum Siege und gib uns Gnade, dass wir auch gegen unsere Feinde uns als Christen erweisen. Lass uns bald zu einem die Ehre und die Unabhängigkeit Deutschlands dauernd verbürgenden Frieden gelangen. Sei Du unseres deutschen Vaterlandes starker Schutz und Schirm ... Gott segne und schütze unsern König!«

Einschub in das Allgemeine Kirchengebet (1870)

Diese Boeing B-29, von der US-Army »Enola Gay« getauft, warf am 6.8.1945 die erste Atombombe in der Geschichte auf die Stadt Hiroshima ab



Das Kreuz mit dem Kreuz Jesus mit **Knobelbechern** und **Gasmasken?**

Von Friedhelm Schneider

1928 zeichnete Grosz (1893–1959) die verfremdete Darstellung einer Christusgestalt, der am Kreuz Gasmasken und Soldatenstiefel übergestülpt sind. Die Zeichnung dokumentiert Grosz' leidenschaftliche Stellungnahme gegen die Vertreter und Unterstützer eines militärischen Systems, das den Verkünder der Nächstenliebe mundtot zu machen und zugleich für seine Zwecke in Anspruch zu nehmen versucht. Die Bildunterschrift entstammt Jaroslav Haseks »Abenteuern des braven Soldaten Schwejk«. Der in Polizeigewahrsam genommene Schwejk antwortet dort einem Zellengenossen, der seine Unschuld beteuert: »Jesus Christus war auch unschuldig, und sie ham ihn auch gekreuzigt. Nirgendwo is jemals jemandem etwas an einem unschuldigen Menschen gelegen gewesen. Maul halten

Entlarvendes über das Verhältnis von Kirche und Staat oder auch Kirche und Militär im Berlin der 20er Jahre brachte eine langjährige Prozessserie ans Licht, in der sich der Maler George Grosz gegen den Vorwurf der Gotteslästerung wehren musste

und weiter dienen! – wie mans uns beim Militär gesagt hat. Das ist das Beste und Schönste.«

Noch im Jahr der Veröffentlichung gab Grosz' Christus mit Gasmasken – zusammen mit zwei anderen Zeichnungen – den Anlass für den größten Gotteslästerungsprozess, der bis dahin stattgefunden hat. Über den als Marxist bekannten Künstler wurde zwischen 1929 und 1931 sechsmal vor Berliner Gerichten verhandelt. In zwei Instanzen wurde Grosz freigesprochen, das abschließende Urteil des Reichsgerichtes lautete im November 1931: »Die Zeichnung Nr. 10 (Maulhalten und Weiterdienen) (...) und alle (...) Exemplare der Abbildung dieser

Zeichnung sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen sind unbrauchbar zu machen.«

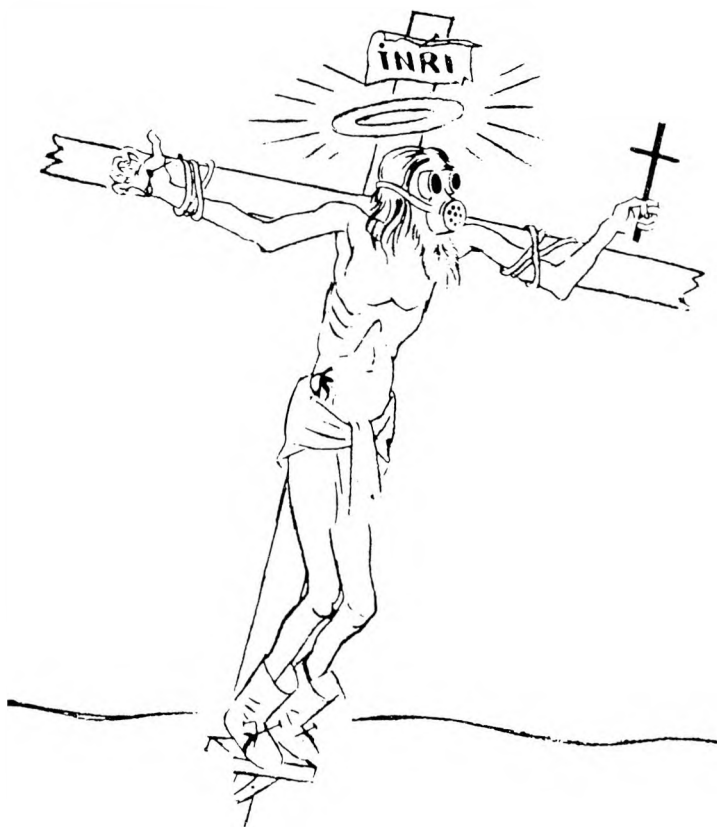
Zur Absicht seiner Zeichnung hat Grosz selbst bei seiner ersten Vernehmung vor Gericht gesagt: »Ich stelle mir vor, dass Christus jetzt kommen würde. (...) Ich sehe ihn hauptsächlich als einen Menschen, der die Liebe predigt. Ich (...) habe mir so vorgestellt, dass Christus zwischen den Schützengräben herumgeht und verkündet: Liebet euch untereinander. Ich dachte mir: In demselben Moment würde man ihn packen, ihm eine Gasmasken geben und Militärstiefel anziehen, also kurz, man würde ihn überhaupt nicht verstehen. (...) Dieser Christus ist natürlich ein verhungertes Mensch. Sein Gesicht sieht man nicht. Unten an diese zarten

Füße hat man ihm Militärstiefel angehängt. Man könnte sich vielleicht darüber wundern, dass er noch ein Kreuz hält. Das ist ein Kreuz der Liebe vielleicht oder der Nächstenliebe, der Verbrüderung.«

Das Landgericht Berlin sprach Grosz im April 1929 von der Anklage der Gotteslästerung frei. In der Begründung heißt es: »Der Künstler hat zeigen wollen: So wenig Gasmasken und Soldatenstiefel zum Christusbild passen, genauso wenig passt die Lehre der kriegshetzenden Vertreter der Kirche zur eigentlichen christlichen Lehre. Er will zeigen: Das habt Ihr, die Ihr den Krieg predigt, aus Christus gemacht: So sieht der Christus aus, in dessen Namen Ihr den Krieg unterstützt.«

Zum zweiten Landgerichtsprozess wurde unter anderen ein Gutachter des Evangelischen Oberkirchenrates herangezogen. Für ihn stand außer Zweifel: Grosz' Bilder sind geeignet, »eine Schädigung der Volksgemeinschaft heraufzuführen«. Das eigentliche Thema des Gerichtsverfahrens liegt in der »Ächtung der Autorität«: »Der Angriff auf den Staat verhüllt sich in einem Angriff auf die Kirche. Die Arbeit der Zerstörung der bestehenden Ordnung beginnt mit ihrem Zerstörungswerk bei der Kirche, d.h. bei derjenigen Ordnung, die der religiösen Wirklichkeit am nächsten liegt.« Gegen die Voten der beiden Amtskirchen und gegen die öffentliche Meinung hielt die Landesgerichtskammer auch in der Revisionsverhandlung (Dezember 1930) an ihrem Urteil fest und sprach Grosz erneut frei.

Nachdem letztinstanzlich die Vernichtung der Bilder verfügt war, ist Grosz' Zeichnung noch einmal Gegenstand eines behördlichen Schriftwechsels geworden: Im Oktober 1933 wurde das in der Prozessakte verbliebene Exemplar von Goebbels' Propagandaministerium als Anschauungsmaterial für »Kulturbolschewismus« angefordert. Grosz hatte inzwischen Deutschland verlassen und war in die USA emigriert.



George Grosz, Maulhalten und Weiterdienen, 1928
© VG Bild-Kunst, Bonn 2001

Kirche, Krieg und Frieden

Textauszüge zur Friedensdiskussion in EKD und Ökumene

Von Friedhelm Schneider

Die folgenden Textauszüge geben einen Überblick über den Verlauf, den die Friedensdiskussion in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) nach 1945 genommen hat. Die Bandbreite der dokumentierten Aussagen reicht von der eindeutigen Stellungnahme bis zum Kompromiss, der kirchliche Einheit trotz gegensätzlicher Auffassungen ermöglicht. Allen Texten ist gemeinsam: Sie wollen dazu anregen, kritisch oder zustimmend mitzudenken und selbst Position zu beziehen.

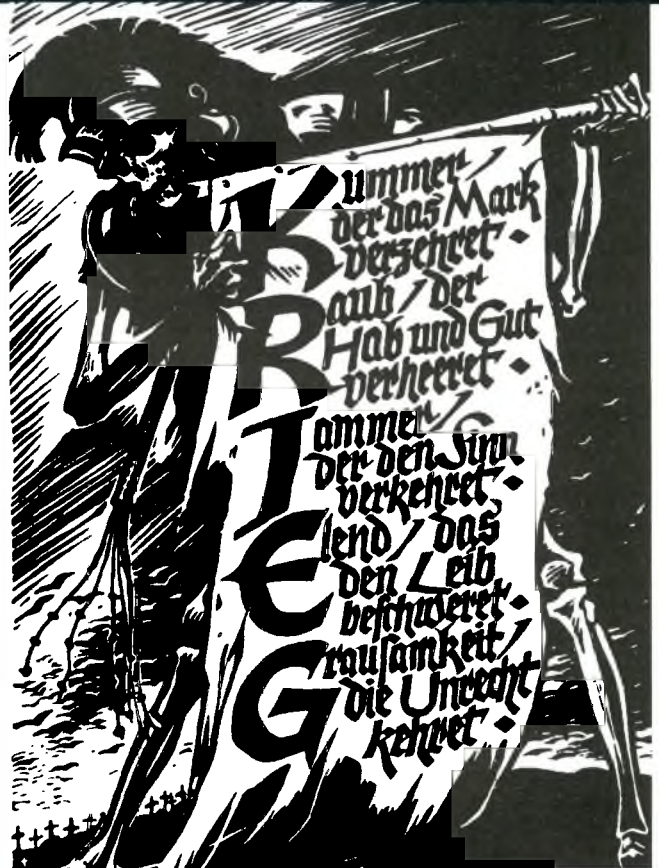
Auf dem Weg zu einer neuen Friedensethik bringen die Aussagen der Nachkriegsjahre die Abkehr vom »gerechten Krieg« zum Ausdruck (*Text 1 und 2; zur Lehre vom gerechten Krieg siehe Seite 14*). Die Zeiten, in denen es möglich war, Waffen zu segnen und die Parole »Mit Gott für Volk und Vaterland« auszugeben, sind ein für alle Mal vorbei. Die fünfziger Jahre zeigen die EKD in der Zerreißprobe: Die heftig geführten Auseinandersetzungen um Wiederaufrüstung, allgemeine Wehrpflicht, Militärseelsorge-Vertrag und atomare Bewaffnung der Bundeswehr brachten die Evangelische Kirche an den Rand der Spaltung.

Die inhaltlichen Grundlagen für einen friedensethischen Kompromiss-Kurs haben 1959 die Heidelberger Thesen (*Text 7*) geliefert. Sie versuchen, die Gegensätze zwischen pazifistischen und militärbejahenden Christen zu überbrücken, indem sie Waffenverzicht und Waffendienst im Atomzeitalter als »komplementäres (=einander ergänzendes) Handeln« bezeichnen (*Thesen 6-8*). »Zwei Handlungsweisen werden also anerkannt, die sich zu widersprechen scheinen. Auflösen lässt sich der Widerspruch nur, wenn man beides – Friedensdienst mit und ohne Waffen – nicht einfach unverbunden nebeneinander stellt, sondern eine Beziehung zwischen beiden Handlungsweisen herstellt. Dies ist nur dann möglich, wenn man erkennt, dass die Beteiligung an militärischer Friedenssicherung unter einem zeitlichen Vorbehalt steht: wer den Wehrdienst leistet, soll dies tun, damit Zeit gewonnen wird, um eine Friedensordnung zu erreichen, in welcher wirklich abgerüstet werden kann und am Ende die Institution des Kriegs selbst überwunden wird. Nach evangelischem Verständnis kann danach nur derjenige Soldat sein, der sein

Tun selbst in Frage stellt und mit der Absicht Militärdienst leistet, diesen durch Formen der politischen Friedenssicherung eines Tages überflüssig zu machen«. Der zitierte Kommentar des Theologen W. Lienemann macht deutlich: Die Heidelberger Thesen begnügen sich nicht damit, Kriegsdienstverweigerung und Militärdienst einfach nebeneinander auf eine Stufe zu stellen, sondern sie beinhalten eine Asymmetrie, ein Gefälle zugunsten des Waffenverzichts.

Die scheinbar endlose Fortschreibung der Heidelberger Thesen, (zuletzt 1989 in der EKD-Erklärung »Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung?«, *Text 10*) und die sich stillschweigend verlängernde Duldung der atomaren Rüstung haben immer wieder Anlass zu kritischen Anfragen gegeben. Den Schritt vom Kompromissdenken zur Eindeutigkeit hat im Zuge der Nachrüstungsdebatte als erster größerer Mitgliedsverband der EKD der Reformierte Bund vollzogen. Das zwei Millionen reformierter Christen repräsentierende Leitungsgremium des Reformierten Bundes hat 1982, veranlasst durch »problematische »Ausgewogenheit«, Zweideutigkeit und Unentschlossenheit« in der EKD, die Friedensfrage zur »Bekennnisfrage« erklärt und ein deutliches »Nein ohne jedes Ja« zur »Entwicklung, Bereitstellung und Anwendung von Massenvernichtungsmitteln« formuliert (*Text 11*). Ausgehend von dieser atompazifistischen Position, hat 1985 die Synode der Evangelisch-reformierten Kirche in Nordwestdeutschland ihren Gemeindegliedern zur Kriegsdienstverweigerung geraten (*Text 12*). Auch in der Vancouver-Erklärung des Ökumenischen Rates der Kirchen (1983) wird die Kriegsdienstverweigerung in den Zusammenhang der christlichen Ächtung von Atomwaffen gestellt (*Text 17*).

Die besondere Wertschätzung der Kriegsdienstverweigerung aus christlicher Sicht hat in den evangelischen Kirchen der DDR eine ausgeprägtere Tradition als in der Bundesrepublik: Das Handeln des Kriegsdienstverweigerers wird in kirchlichen DDR-Dokumenten ausdrücklich als »deutlicheres Zeugnis« (1965), als »Ausdruck des Glaubensgehorsams« (1987)



Text und
Linolschnitt
des Titelblatts
der Friedens-
rundschau,
September
1950

und »prophetischer Dienst« (1989) gewürdigt (*Texte 13-15*).

In den zurückliegenden Jahren haben sich Christen aus aller Welt zusammengefunden, um im gemeinsamen Dialog ihren Beitrag zu den Überlebensfragen der Menschheit zu entwickeln. Dieser »Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung« hatte neben einer Vielzahl anderer Fragestellungen auch die Themen Militärdienst, Kriegsdienstverweigerung, Gewaltverzicht zum Gegenstand. Bei den Ökumenischen Versammlungen auf bundesdeutscher, europäischer (*Basel 1989, Text 18*) und Weltebene (*Seoul 1990, Text 19*) sind die Christen, die »in der Verweigerung von Kriegsdiensten das heute eindeutige und gebotene Friedenszeugnis« sehen, eine Minderheit geblieben gegenüber denjenigen, die – etwa unter dem Druck menschenrechtsverletzender Regime – befreiende Gewalt nicht grundsätzlich ausschließen. Umso mehr ist die Forderung nach weltweiter Anerkennung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung von Bedeutung – besonders für die Kirchen in Staaten, die eine Kriegsdienstverweigerung (noch) nicht zulassen.

1
1948 Eisenach: Wort der
Kirchenversammlung der
EKD zum Frieden

Auf der Gewalt liegt kein Segen, Kriege führen nur tiefer in Bitterkeit, Hass, Elend und Verwahrlosung hinein. Die Welt braucht Liebe, nicht Gewalt. Sie braucht Frieden und nicht Krieg.

2
1948 Amsterdam: Empfehlung
der 1. Vollversammlung des Öku-
menischen Weltrates der Kirchen

Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. Die Rolle, die der Krieg im heutigen internationalen Leben spielt, ist Sünde wider Gott und eine Entwürdigung des Menschen.



BLEIGIESSEN. „Merkwürdig, immer werden's Soldaten!“

Karikatur zu den Remilitarisierungsplänen Konrad Adenauers

3
1950 Berlin-Weißensee: Wort der EKD-Synode

Wer um seines Gewissens willen den Kriegsdienst verweigert, soll der Fürsprache und der Fürbitte der Kirche gewiss sein.

4
1950 Essen: Erklärung des Rates der EKD

Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir das Wort nicht reden, weder was den Westen noch was den Osten anbelangt.

5
1952 Elbingerode: Kundgebung der EKD-Synode

Wir achten jede Gewissensentscheidung, die vor Gottes Angesicht im Blick auf den Gehorsam, den die Obrigkeit fordert, getroffen wird. Wir sind auch nicht in der Lage, einen für alle in gleicher Weise verbindlichen Gewissensrat zu geben. Den vielen aber unter euch, die sich in einer Lage sehen, in der sie nur mit verletztem Gewissen zur Waffe greifen könnten, sagen wir noch einmal, dass wir gewillt sind, nicht nur in der Fürbitte vor Gott, sondern auch vor den politischen Instanzen für die einzutreten, die aus Gründen des Gewissens den Kriegsdienst verweigern.

6
1958 Berlin-Spandau: Entschließung
der EKD-Synode zur Atomfrage

Die unter uns bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen sind tief. Sie reichen von der Überzeugung, dass schon die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist, bis zu der Überzeugung, dass Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden kann. Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mühen uns um die Überwindung dieser Gegensätze. Wir bitten Gott, er wolle uns durch sein Wort zu gemeinsamer Erkenntnis und Entscheidung führen.



Bundeswehr-
Werbung,
1957

Der junge Leutnant

ist Führer und Ausbilder seines Zuges. Er steht am Beginn einer vielseitigen, durch seine Neigungen und Leistungen bestimmten Laufbahn in Heer, Luftwaffe oder Marine als

OFFIZIER DER BUNDESWEHR

Zum 1. April 1958 werden Offizier-Anwärter eingestellt. Meldeschluß ist der 1. November 1957. Höchstalter 29, für liegendes Personal 26, für Offiziere auf Zeit 25 Jahre. Einstellungs-Voraussetzung ist das Abitur oder ein entsprechender Bildungsnachweis.



Ostermarsch Heilbronn 8. 4. 1985

Fotos: Graffiti

7

1959: Die Heidelberger Thesen (Ev. Studiengemeinschaft)

1. Der Weltfriede wird zur Lebensbedingung des technischen Zeitalters.
2. Der Christ muss von sich aus einen besonderen Beitrag zur Herstellung des Friedens verlangen.
3. Der Krieg muss in einer andauernden und fortschreitenden Anstrengung abgeschafft werden.
4. Die tätige Teilnahme an dieser Arbeit für den Frieden ist unsere einfachste und selbstverständlichste Pflicht.
5. Der Weg zum Weltfrieden führt durch eine Zone der Gefährdung des Rechts und der Freiheit, denn die klassische Rechtfertigung des Krieges versagt.
6. Wir müssen versuchen, die verschiedenen im Dilemma der Atomwaffen getroffenen Gewissensentscheidungen als komplementäres (= einander ergänzendes) Handeln zu verstehen.
7. Die Kirche muss den Waffenverzicht als eine christliche Handlungsweise anerkennen.
8. Die Kirche muss die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch (!) mögliche christliche Handlungsweise anerkennen.
9. Für den Soldaten einer atomar bewaffneten Armee gilt: Wer A gesagt hat, muss damit rechnen, B sagen zu müssen; aber wehe den Leichtfertigen!
10. Wenn die Kirche überhaupt zur großen Politik das Wort nimmt, sollte sie den atomar gerüsteten Staaten die Notwendigkeit einer Friedensordnung nahe bringen und den nicht atomar gerüsteten raten, diese Rüstung nicht anzustreben.
11. Nicht jeder muss dasselbe tun, aber jeder muss wissen, was er tut.



Christliche Mahnwache an einem Kasernenort

8

1967 wurde auf dem Kirchentag in Hannover die vereinfachte Formel vom »Friedensdienst mit und ohne Waffen« geprägt.

9

1969: EKD-Thesenreihe
»Der Friedensdienst der Christen«

Friede als Abwesenheit von Krieg auf Kosten sozialer Gerechtigkeit kann nicht der Friede sein, dem Christen dienen sollen. Indem die Strategie der Abschreckung an die tiefen seelischen Mechanismen der Angst und Feindseligkeit anknüpft, begibt sie sich auf den Weg des unkalkulierbaren Risikos irrationaler Aktionen und Reaktionen. Es ist dringend erforderlich, dass nichtmilitärische Formen des Friedensdienstes geschaffen werden, die eindeutig den Zielen internationaler Solidarität dienen.



Menschenkette Stuttgart – Neu-Ulm am 22. Oktober 1983 gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen

10

1989 EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung: »Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung?«



Widerstandstag der Christen und Religionsgemeinschaften in Stuttgart
Foto: Graffiti

Im Dilemma der gegenwärtigen historischen Situation zwischen dem Ziel der Gewaltfreiheit und der Schutzbedürftigkeit von Recht und Frieden gegen Gewalt ist die Kirche nicht in der Lage, einem der angebotenen Wege zur Erhaltung des Friedens und zum Schutz des Lebens des Nächsten den Vorzug zu geben und die von manchen gewünschte eindeutige Entscheidung für einen generellen Gewaltverzicht im Sinne der historischen Friedenskirchen zu fällen...

Welche Entscheidung der Christ auch fällt, ob für den Weg des Soldaten oder für den Weg des Kriegsdienstverweigerers, es darf nicht sein, dass der eine für sich eine höhere Qualität von Christsein in Anspruch nimmt oder gar dem anderen das Christsein abspricht, weil er eine andere Position vertritt. Vielmehr muss es darum gehen, das Gespräch zu suchen und miteinander um Verständigung zu ringen...

Die Kirche muss ferner die politisch Verantwortlichen in unserem Staat daran erinnern, den Wehrdienst und den Auftrag der Bundeswehr ausschließlich am Ziel der Friedenssicherung auszurichten und den Zivildienst so zu gestalten, dass der Friedenswille junger Menschen seinen Ausdruck finden kann...

11

1982 Erklärung des Moderamens des Reformierten Bundes: Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche

These III: Gott ist der Schöpfer und Erhalter der Welt. Trotz unserer Schuld hält und erneuert er in Treue den Bund mit uns Menschen und gibt nicht preis die Werke seiner Hände. Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Entwicklung, Bereitstellung und Anwendung von Massenvernichtungsmitteln, die den von Gott geliebten und zum Bundespartner erwählten Menschen ausrotten und die Schöpfung verwüsten können. Im Vertrauen auf den Gott des Bundes und der Treue wollen wir uns nicht länger von solchen »Waffen« umgeben, »schützen« und gefährden lassen.

12

Die Synode der Evangelisch-reformierten Kirche in Nordwestdeutschland hat im Oktober 1985 angesichts der besonderen Situation, die durch Massenvernichtungsmittel gegeben ist, folgendes beschlossen:

Mit unserem Glauben an Gott, den Schöpfer und Erhalter der Welt, ist nicht zu vereinbaren, Massenvernichtungsmittel, die die Schöpfung in ein Chaos verwandeln können, zu entwickeln, bereitzustellen, anzuwenden oder auch nur mit ihnen zu drohen. Darum sagen wir zu allen Massenvernichtungsmitteln in Ost und West ein Nein ohne jedes Ja. ...

Wir sind betroffen, dass trotz aller Warnungen und Mahnungen die Aufrüstung mit Massenvernichtungsmitteln ungehemmt weitergegangen ist und nun auch noch der Weltraum in strategische Konzepte einbezogen wird. Vielen ist immer fraglicher geworden, ob der Kriegsdienst innerhalb dieses Sicherheitssystems immer noch als Friedensdienst christlich zu rechtfertigen ist. Nach unserer Überzeugung können wir Gemeindegliedern nicht mehr raten, Kriegsdienst zu leisten. Unabhängig von dieser Überzeugung wissen wir uns weiterhin zu seelsorgerlicher Begleitung derer verpflichtet, die den Dienst mit der Waffe noch in Konsequenz ihrer Gewissensentscheidung leisten.

13

1965 Konferenz der Ev. Kirchenleitungen in der DDR: Handreichung für die Seelsorge an Wehrpflichtigen

Es wird nicht gesagt werden können, dass das Friedenszeugnis der Kirche in allen drei der heute in der DDR gefällten Entscheidungen junger Christen in gleicher Deutlichkeit Gestalt angenommen hat. Vielmehr geben die Verweigerer, die im Straflager für ihren Gehorsam mit persönlichem Freiheitsverlust leidend bezahlen, und auch die Bausoldaten, welche die Last nicht abreißender Gewissensfragen und Situationsentscheidungen übernehmen, ein deutlicheres Zeugnis des gegenwärtigen Friedensgebots unseres Herrn.

14

1987 Görlitz: Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR

Jeder Christ, der vor die Frage des Wehrdienstes gestellt ist, muss prüfen, ob seine Entscheidung mit dem Evangelium des Friedens zu vereinbaren ist. Wer heute als Christ das Wagnis eingeht, in einer Armee Dienst mit der Waffe zu tun, muss bedenken, ob und wie er damit der Verringerung und Verhinderung der Gewalt und dem Aufbau einer internationalen Ordnung des Friedens und der Gerechtigkeit dient. Die Kirche sieht in der Entscheidung von Christen, den Waffendienst oder den Wehrdienst überhaupt zu verweigern, einen Ausdruck des Glaubensgehorsams, der auf den Weg des Friedens führt.



29.9.1984, Fulda Foto: Graffiti

15
1989 Dresden:
Ökumenische Versammlung

Das Evangelium zeigt uns den Weg Jesu als Weg der Liebe, für den die Gewaltfreiheit ein entscheidendes Kennzeichen ist. Sein Weg führt ihn gerade auch deshalb ans Kreuz, weil er gegenüber seinen Gegnern darauf verzichtet, seine Botschaft mit einem göttlichen Machterweis durchzusetzen. Wer im Vertrauen auf diesen Weg in unserer Welt auf die Androhung und Anwendung von Gewalt verzichtet, bezeugt damit den unter uns schon gegenwärtigen Frieden Gottes in einer Welt, in der das Unrecht noch nicht überwunden ist. Er handelt im Vorgriff auf das verheißene Friedensreich Gottes. Diesen Weg erkennt die Kirche als eine Gestalt der Nachfolge Jesu, die in ihrer Deutlichkeit von keiner anderen Entscheidung übertroffen wird. Zugleich sieht sie die aus dem Liebesgebot sich ergebende Verpflichtung, um anderer willen gegen auftretendes Unrecht Widerstand zu leisten. ...

Wir erkennen, dass das Abschreckungssystem mit politischen Mitteln überwunden werden muss. Mit der Verweigerung des Waffen- und Wehrdienstes wollen Christen zeichenhaft diesem Ziel dienen und den Vorrang der Friedenssicherung mit nichtmilitärischen Mitteln unterstreichen. ...

Wehrpflichtige, die in der heutigen Situation Wehrdienst verweigern und ihre Entscheidung vom Evangelium her begründen, geben ein Zeugnis der Gewaltfreiheit. Sie handeln im Vorgriff auf eine zukünftige Weltfriedensordnung und leisten damit einen prophetischen Dienst.

16
1975 Nairobi: 5. Vollversammlung
des Ökumenischen Weltrates der Kirchen

Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben, und bedeutsame Initiativen ergreifen, um auf eine wirksame Abrüstung zu drängen.

17
1983 Vancouver: 6. Vollversammlung des ÖRK

Wir glauben, dass die Zeit gekommen ist, dass die Kirchen klar und eindeutig erklären, dass sowohl die Herstellung und Stationierung als auch der Einsatz von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellen und dass ein solches Vorgehen aus ethischer und theologischer Sicht verurteilt werden muss. Die Frage der Atomwaffen ist aufgrund ihrer Tragweite und der drohenden Gefahren, die sie für die Menschheit mit sich bringt, eine Frage christlichen Gehorsams und der Treue zum Evangelium.

Wir rufen die Kirchen dringend auf, ihre Regierungen – und zwar vor allem die Regierungen derjenigen Länder, die über Atomwaffen verfügen oder die die Fähigkeit dazu haben – nachdrücklich aufzufordern, ein völkerrechtliches Instrument auszuarbeiten und zu ratifizieren, mit dem sowohl der Besitz als auch der Einsatz von Atomwaffen als Verbrechen gegen die Menschheit geächtet wird.

Ebenso bitten wir die Kirchen, ihre Regierungen zu drängen, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen anzuerkennen und Gelegenheiten für gewaltfreie alternative Dienste zu schaffen.

Auf dieser Grundlage und im Geiste des Aufrufs der Fünften Vollversammlung an die Kirchen, »ihre Bereitschaft (zu) betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben«, sind wir der Überzeugung, dass Christen erklären sollten, dass sie es ablehnen, sich an einem Konflikt zu beteiligen, bei dem Massenvernichtungswaffen oder andere Waffen, die wahllos alles zerstören, eingesetzt werden.

18
1989 Basel: Europäische Ökumenische Versammlung

Diejenigen, die in den Streitkräften mit dem Ziel äien, Rechte und Freiheiten ihrer Völker zu schützen, sollten ihr Amt im Dienst des Weltfriedens ausüben. Gleichzeitig muss das Recht der Verweigerung des Militärdienstes als Teil der Religions-, Gewissens- und Gedankenfreiheit von allen Regierungen dadurch anerkannt werden, dass Möglichkeiten für einen angemessenen zivilen Ersatzdienst geschaffen werden. Kirchen und Gemeinden haben die Aufgabe, die zum Militärdienst Einberufenen in ihrer Gewissensentscheidung zu beraten und ihnen unter Respektierung der Entscheidung des Einzelnen seelsorgerliche Beratung anzubieten.

19
1990 Seoul: Weltversammlung
des Ökumenischen Rates der
Kirchen

Schlussdokument – Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung
 Wir geloben, uns einzusetzen und unsere Kirchen zu veranlassen, sich ebenfalls einzusetzen

1. Für eine Gemeinschaft von Kirchen, die ihrer Identität als Leib Christi dadurch bezeugt werden, dass sie Zeugnis ablegen von der befreienden Liebe Gottes,

1.1 indem sie das Gebot unseres Herrn erfüllen, unsere Feinde zu lieben;

1.3 indem sie die in vielen Kirchen vertretene herkömmliche Lehre des gerechten Krieges aufgeben und sich der Lehre des gerechten Friedens zuwenden;

1.4 indem sie davon ablassen, den repressiven bedrohlichen Einsatz militärischer Gewalt im Krieg oder in anderen Formen unterdrückerischer Sicherheitssysteme mit theologischen oder anderen Begründungen zu rechtfertigen;

1.7 indem sie den Frieden Jesu Christi bezeugen und bekennen, dass Treue zu Christus Vorrang vor der Treue zum Staat hat, und sich bereit erklären, ohne den Schutz von Waffen zu leben, wenn es zum Konflikt zwischen diesen beiden Loyalitäten kommt;

5. für eine Kultur aktiver und lebensfreundlicher Gewaltlosigkeit – nicht als Flucht vor Gewalt und Unterdrückung, sondern als Einsatz für Gerechtigkeit und Befreiung –
 5.2 durch die Unterstützung des Rechts auf Verweigerung von Kriegsdienst und Militärsteuern, und durch die Bereitstellung von Alternativen in Form von Friedendienst und »Friedenssteuern«.

»Neue friedensethische Differenzen«:

Die kirchliche Friedensdiskussion geht weiter

Das System der nuklearen Abschreckung hat bis zum Zerfall der Sowjetunion die politische und friedensethische Auseinandersetzung geprägt. Erst mit dem Ende des Ost-West-Konflikts verlor die Vorstellung vom atomaren »Gleichgewicht des Schreckens« ihre beherrschende Funktion: Nachdem jahrzehntlang die Gefahr eines Atomkriegs zwischen den Supermächten allgegenwärtig erschienen war, galt nun das Risiko einer umfassenden Vernichtung als erheblich gemindert. Dennoch haben sich viele der Friedenshoffnungen, die an die Überwindung der Blockkonfrontation geknüpft waren, nicht erfüllt: Gleichzeitig mit dem erstrebten Abbau der globalen Bedrohung ist eine Vielzahl regionaler Konflikte neu in den Blick getreten: Bürgerkriege, nationalistisch-ethnische Rivalitäten und – damit verbunden – massive Menschenrechtsverletzungen machen bis heute deutlich, dass das Nachdenken über »Schritte auf dem Weg des Friedens« unvermindert auf der politischen und kirchlichen Tagesordnung bleiben muss.

Die geänderte weltpolitische Lage hat auch in der Evangelischen Kirche die Einsicht wachsen lassen, dass angesichts »neuer Herausforderungen« die überkommenen friedensethischen Lernerfahrungen neu zu entfalten und weiterzuentwickeln sind: Nach der deutschen

Vereinigung (1990) haben die Entscheidungsgremien ostdeutscher Kirchen ihr friedensethisches Profil in die Diskussion der nunmehr gesamtdeutschen EKD eingebracht. Neben der kritischen Sicht einer in Strukturen des Verteidigungsministeriums eingebundenen Militärseelsorge thematisieren sie die besondere Wertschätzung der Kriegsdienstverweigerung und die erneute Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung. Ganz im Sinne dieser gewaltkritischen Friedenstradition kommt es auf der 2. Deutschen Ökumenischen Versammlung in Erfurt zu der Feststellung:

»Friedensdienste sind bisher am Rande der Kirchen tätig, obwohl sie im Zentrum des Auftrags der Kirche stehen. Sie gehören künftig in das Zentrum des christlichen Engagements.« (6/1996) Dem Bedürfnis nach gewaltmindernder Eindeutigkeit statt zivil-militärischer Ausgewogenheit entspricht auch eine Reihe neuerer Stellungnahmen: So formuliert die Hauptversammlung des Reformierten Bundes deutliche Vorbehalte gegen den Einsatz militärischer Mittel und die Ausweitung des Bundeswehr-Auftrags. (4/2000, Text 1) In ihrer »Orientierung für eine Friedensethik« (11/2000, Text 2) betont die Evangelische Jugend den Vorrang von Gewaltfreiheit und Kriegsdienstverweigerung und die Notwendigkeit kirchlicher Friedensarbeit auch nach dem möglichen Ende der Wehrpflicht.

EKD-offiziell wird seit 1994 die Schrift »Schritte auf dem Weg des Friedens« immer wieder als Konsensdokument evangelischer Friedensethik angeführt. Einerseits, so ihre Verfasser, »besteht ein dringender Bedarf an wirksamen nicht-militärischen Mitteln zur Bearbeitung und Lösung von Konflikten.« Andererseits kann die Anwendung militärischer Zwangsmittel als »ultima ratio« geboten sein, sofern sie den Schutz vor Unterdrückung oder Gewalt gewährleistet und wenn darüber hinaus eine Reihe unerlässlicher Bedingungen erfüllt sind. (s. Text 3, vgl.

auch Text 4) Ihrem Untertitel gemäß soll die EKD-Schrift »Orientierungspunkte für Friedensethik und Friedenspolitik« aufzeigen. Ob sie während des Kosovo-Krieges (1999) zur beabsichtigten Schärfung des friedensethischen Urteils beitragen konnte, scheint allerdings fraglich zu sein. Angesichts des Zielkonflikts zwischen Kriegs-Verhinderung und Menschenrechts-Durchsetzung sahen die meisten deutschen Landeskirchen sich zu einer unvermeidlichen Inkaufnahme des NATO-Einsatzes im Kosovo veranlasst. (vgl. Text 5) Obwohl die in den »Orientierungspunkten« genannten Voraussetzungen für das »letzte Mittel« militärischer Gewalt keineswegs erfüllt waren, wurde auch in kirchlichen Kreisen der NATO-Einsatz immer wieder als »letztes Mittel«, als »humanitäre Intervention« oder »Nothilfe« qualifiziert. Gegenüber den Definitionsvorgaben der herrschenden Militärpolitik traten kritische kirchliche Maßstäbe vielfach in den Hintergrund. So lassen die meisten Stellungnahmen deutscher Landeskirchen den entschiedenen Einspruch vermissen, der in zahlreichen ökumenischen Stimmen gegen die Bombardierung des Kosovo zum Ausdruck kommt. (Text 6/7) Als »gemeinsame Verpflichtung zum Dialog und zur Zusammenarbeit« verabschiedet im April 2001 die Konferenz Europäischer Kirchen und der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen ihre »Charta Oecumenica«. Über den unmittelbaren Protest gegen die Kosovo-Intervention hinaus wird darin allen Versuchen eine Absage erteilt, »Religion und Kirche für ethnische oder nationalistische Zwecke zu missbrauchen«. (Text 8)

In seinem Bericht vor der EKD-Synode (11/2000) benennt Präses Manfred Kock die friedensethischen Themen, die anderthalb Jahre nach dem Kosovo-Krieg einer weiteren Bearbeitung und Klärung bedürfen. Es sind dies:

- die Frage nach wirksamer Konfliktverbeugung, nach der künftigen sicherheitspolitischen Rolle Europas,
- die Frage der sogenannten »humanitären Interventionen« und der völkerrechtlichen Folgerungen aus den Erfahrungen des Kosovo-Krieges,

- die Frage nach der künftigen Aufgabe der Bundeswehr vor dem Hintergrund der neuen in der NATO insgesamt

**Aktion der Atomteststopp-Kampagne, 28.5.1992, Stuttgart-Vaihingen vor dem EUCOM, Foto: H. Ep-
penich**



geltenden politischen und militärischen Zielvorstellungen,

■ die Frage des konzeptionellen Beitrages der zivilen Friedensdienste zur Vermeidung militärischer Konfliktausprägung und nach dem Ende von Kriegen,

■ und die Frage nach der Bedeutung von Bildung und Erziehung für den inneren und äußeren Frieden.«

Bereits 1993 hat die EKD-Synode in ihrer Kundgebung zur Friedensverantwortung die »neuen friedensethischen Differenzen« registriert, die auftreten, wenn es um den »Grenzfall des Einsatzes militärischer Gewalt« geht. Genau diese Differenzen sind auch in der ökumenischen Friedensdiskussion nicht zu übersehen. Auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Canberra (2/1991) formulierte vor dem Hintergrund des Golfkrieges der deutsche Delegierte (und spätere ÖRK-Generalsekretär) Konrad Raiser den Antrag:

»Wir rufen die Kirchen auf, jede theologische oder moralische Rechtfertigung des Gebrauches von militärischer Macht aufzugeben, sei es im Krieg oder durch andere Formen von aggressiven Sicherheitssystemen, und öffentliche Anwälte eines gerechten Friedens zu werden.« Die Ablehnung des Antrags durch die Mehrheit der in Canberra versammelten Vertreter hat nach Raisers damaligem Eindruck deutlich gemacht, dass auf der ökumenischen Tagesordnung zu Frieden und Gerechtigkeit »die entscheidenden Schritte in den Kirchen noch nicht getan sind.«

Drei Jahre später sind die Dinge wieder in Bewegung geraten: Der Ökumenische Rat der Kirchen beschließt in Johannesburg (1/1994) ein »Programm zur Überwindung der Gewalt«, das »die weltweit verbreitete Kultur der Gewalt in Frage stellen und dazu beitragen soll, eine Kultur des gerechten Friedens zu schaffen.« Ende 1998 fasst die ÖRK-Vollver-

sammlung in Harare den Beschluss, für das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends (2001 – 2010) eine »Dekade zur Überwindung von Gewalt« auszurufen. (s. Text 9/10)

Angesichts vieler unterschiedlicher und kontroverser Akzentsetzungen bleibt als gemeinsamer Nenner der Friedensdiskussion in EKD und Ökumene festzuhalten: »In allen Konfliktlagen ist die vorrangige Option für die Gewaltfreiheit die Grundorientierung von Christinnen und Christen.« (Hans-Richard Reuter) Demnach ist in besonderer Weise rechenschaftspflichtig, wer den Weg der Gewaltfreiheit verlässt. An seine ethische Begründung sind besonders strenge Anforderungen zu stellen, denn: »Feindesliebe, Versöhnungsbereitschaft und Gewaltverzicht bezeichnen den eindeutigen Richtungssinn ökumenischer Friedensethik.« (Wolfgang Lienemann)

Friedhelm Schneider

Reformierter Bund

1

Die Bundeswehr befindet sich seit Beginn der 90er Jahre in einem Umstrukturierungsprozess von einer Verteidigungsarmee zu einer weltweit operierenden Interventionsstreitmacht. Ihr Auftrag ist nicht mehr die Verteidigung der Nation, sondern der nationalen Interessen, die als weltweit definiert werden. Dazu gehören – nach den verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 – »die Aufrechterhaltung des Welthandels« und der »ungehinderte Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt«. ...

Der Einsatz militärischer Mittel kann und darf heute kein Mittel der Regelung von Konflikten mehr sein. Bis zur Errichtung einer sanktionsfähigen internationalen Rechtsordnung ist die Beteiligung der Bundeswehr an NATO-Einsätzen strikt auf Einsätze zur Landesverteidigung eines angegriffenen Bündnispartners oder des eigenen Landes zu beschränken. Andersdienliche Rüstungspläne und Rüstungsbeschaffungen sind zu beenden. Die freiwerdenden Mittel sind zum Auf- und Ausbau effektiver Friedensfachdienste zur Verfügung zu stellen. Die Urteilsfähigkeit der Soldaten und ihre Bereitschaft zur Verweigerung rechtswidriger Befehle ist speziell durch die Innere Führung der Bundeswehr und durch die Militärseelsorge zu stärken.

Aus: »Zur Friedensverantwortung der Kirche – Stellungnahme der Hauptversammlung des Reformierten Bundes«, April 2000



Evangelische Jugend

2

Evangelische Jugend hat in weiten Bereichen stets die Kriegsdienstverweigerung und die Friedens- und Freiwilligendienste als das »deutlichere Zeichen« des Friedenswillens Gottes verstanden. Heute ist es notwendig, für die Abschaffung der Wehrpflicht und die Stärkung der Friedens- und Freiwilligendienste zu plädieren. ... Gleichzeitig ist es notwendig, den Vorrang von Gewaltfreiheit und Kriegsdienstverweigerung theologisch einsichtig zu machen und politisch zu begründen. In diesem Zusammenhang gilt es, junge Menschen in ihrer Entscheidungsfindung über Wehr- und Zivildienst verstärkt zu beraten. Sollte die Wehrpflicht abgeschafft werden, sollten die Beratungsstellen nicht aufgelöst, sondern als Vernetzungsstellen der Friedensarbeit in Kirche und Gesellschaft weiterentwickelt werden. Friedensziehung, Einüben von gewaltfreier Konfliktbearbeitung und die Reflexion friedensethischer Fragen können künftige Aufgabenfelder sein.

Aus: Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Jugend (aej), »Orientierungen für eine Friedensethik«, November 2000

3 Evangelische Kirche in Deutschland

Bevor eine humanitäre Intervention zur ultima ratio der Anwendung militärischer Gewalt greift oder das Maß der bereits eingesetzten militärischen Gewalt steigert, ist sorgfältig zu prüfen, ob diese Mittel aller Voraussicht nach tatsächlich leisten, was sie leisten sollen, nämlich über die Hilfe für die aktuellen Gewaltopfer hinaus den Schutz bzw. die Entwicklung einer funktionsfähigen Friedensordnung. Humanitäre Gesichtspunkte können eine Intervention mit militärischen Zwangsmitteln nur rechtfertigen, wenn

- die Entscheidung über ein solches Eingreifen, die nicht der Souveränität einzelner Staaten überlassen bleiben darf, im Rahmen und nach den Regeln der Vereinten Nationen getroffen wird,
- die Politik im Rahmen des Schutzes oder der Wiederherstellung einer rechtlich verfassten Friedensordnung über klar angebbare Ziele einer Intervention verfügt,
- die an den Zielen gemessenen Erfolgsaussichten nüchtern veranschlagt werden,
- von Anfang an bedacht wird, wie eine solche Intervention beendet werden kann.

Aus: Rat der EKD: Schritte auf dem Weg des Friedens. Orientierungspunkte für Friedensethik und Friedenspolitik, Januar 1994

4 Die deutschen Katholischen Bischöfe

Die Anwendung von Gegengewalt kommt überhaupt nur als ultima ratio in Betracht. Alle anderen Mittel, dem Recht eines angegriffenen Staates oder den fundamentalen Rechten von Menschen einen Weg zu bahnen, müssen ausgeschöpft sein. Denn auch wenn sie der Verteidigung elementarer Rechtsgüter dient, bringt Gewaltanwendung rasch ein nur schwer begrenzbares Ausmaß von Leid mit sich; sie bedeutet deswegen ein schwerwiegendes Übel, mag es sich auch um das geringere Übel handeln. Ein ethisches Kernproblem jedes bewaffneten Konflikts liegt zudem darin, dass er eine Eigendynamik freisetzen und deshalb nur allzu leicht in einem Übermaß an Gewalteinsatz enden kann.

Aus: Die deutschen Bischöfe, »Gerechter Friede«, September 2000



Ostern 2001: Sitzblockade vor der Kommandozone der US-Streitkräfte, Stuttgart
Foto: S. Philipp

5 Evangelische Kirche in Deutschland

Wir sind uns einig: Die internationale Staatengemeinschaft kann und darf Verbrechen gegen die grundlegenden Menschenrechte, wie sie in der Verantwortung von Milosevic seit vielen Jahren in Bosnien und jetzt im Kosovo geschehen, nicht tatenlos hinnehmen. Sie stehen im Gegensatz zu Gottes Gebot. Unter uns bestehen unterschiedliche Auffassungen darüber, ob das militärische Vorgehen der NATO zu rechtfertigen ist. In dem Dilemma, dass nach Gottes Willen weder Menschenrechtsverletzungen noch Krieg sein sollen, bleibt niemand ohne Schuld.

Aus: Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), »Erklärung zum Kosovo-Krieg«, Mai 1999

Graffiti an einer Hauswand im Elsaß.
Foto: zivil / F. Schneider



Orthodoxe Bischöfe Deutschlands

6

Ungerechtigkeit kann niemals mit anderer Ungerechtigkeit ausgetrieben werden, wie dies unser Erlöser dem Apostel Petrus gesagt hat: »Stecke das Schwert zurück, denn alle, die das Schwert ergriffen haben, werden durch das Schwert umkommen!« (Mt 26,52). Auch ein edles Ziel rechtfertigt nicht automatisch Gewaltanwendung! ...

Jeder Krieg, gleich, wer an seinem Ende als »Sieger« und wer als »Besiegter« gilt, ist eine moralische und existenzielle Niederlage der Menschheit. Dabei stehen die Mächtigen in besonderer Gefahr, in jene Versuchung zu fallen, vor der unser Herr und Heiland so eindringlich warnt: »Ihr wisst, dass die Herrscher der Völker gewalttätig herrschen über sie und die Großen ihre Macht missbrauchen gegen sie.« (Mt 20,25).

Alle Menschen, die bei den Vertreibungen zugrunde gehen, und ebenso jene, die den Bomben und Raketen zum Opfer fallen, sind geschaffen »nach dem Bild und Gleichnis« Gottes (Gen 1,26). Vergessen wir nie, »dass dem menschlichen Leben höchste Bedeutung zukommt, dass der Herr über das Leben jedes einzelnen Menschen nur sein Schöpfer ist – Gott, und dass wir deshalb nicht das Recht haben, uns dieses wertvollsten göttlichen Geschenks zu berauben«, wie es der für das Kosovo zuständige Bischof Artemije in seiner diesjährigen Osterbotschaft ausgedrückt hat.

Aus: »Waffenruhe zum Pfingstfest! – Aufruf der orthodoxen Bischöfe Deutschlands«, Mai 1999

Konferenz Europäischer Kirchen / Rat der Europäischen Bischofskonferenzen

8

Wir verpflichten uns, ... jedem Versuch zu widerstehen, Religion und Kirche für ethnische oder nationalistische Zwecke zu missbrauchen. ... Als Kirchen wollen wir gemeinsam den Prozess der Demokratisierung in Europa fördern. Wir engagieren uns für eine Friedensordnung auf der Grundlage gewaltfreier Konfliktlösungen. Wir verurteilen jede Form von Gewalt gegen Menschen, besonders gegen Frauen und Kinder.

... jeder Form von Nationalismus entgegenzutreten, die zur Unterdrückung anderer Völker und nationaler Minderheiten führt und uns für gewaltfreie Lösungen einzusetzen.

Aus: Konferenz Europäischer Kirchen/Rat der Europäischen Bischofskonferenzen, Charta Oecumenica. Leitlinien für die wachsende Zusammenarbeit unter den Kirchen in Europa, April 2001

»Vorrang der Gewaltfreiheit«-Demo am Kasernen in Kleinenstingen
Foto: zivil/W. Schulz



Konferenz Europäischer Kirchen

7

Die Bombenaktion der NATO setzte dem menschlichen Leiden in der Region kein Ende. Sie trug im Gegenteil zu der humanitären Katastrophe bei und hatte vernichtende Auswirkungen auf die Umwelt. Es trat lediglich eine andere Gruppe von Opfern an die Stelle der früheren. Die Ergebnisse der militärischen Intervention zeigen, dass diese Art Einsatz bei der Lösung von komplexen Konflikten wie diesem nicht geeignet ist. Wären mehr Ressourcen und mehr Energie als Teil einer langfristigen Strategie zur Konfliktverhütung eingesetzt worden, hätte die militärische Intervention vermieden werden können. Eine solche Strategie ist weniger kostspielig, rettet Menschenleben und trägt zum Aufbau einer Kultur des Friedens und der friedlichen Koexistenz bei.

Aus: Erklärung der Konferenz Europäischer Kirchen, November 1999

Ökumenischer Rat der Kirchen

9

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Kirchen aufgerufen sind, vor der Welt ein klares Zeugnis abzulegen von Frieden, Versöhnung und Gewaltlosigkeit, die auf Gerechtigkeit gründen. ... Wir müssen aufhören, reine Zuschauer der Gewalt zu sein oder sie lediglich zu beklagen. Wir müssen uns aktiv um ihre Überwindung sowohl innerhalb als auch außerhalb der Kirchenmauern bemühen. ... Es gibt Menschen, die uns durch ihr Beispiel zeigen, dass Präsenz in Situationen der Gewalt, auf den Straßen und in Kriegsgebieten, dass die aktive Auseinandersetzung mit Opfern und Gewalttätern der eigentliche Schlüssel zu jedem Prozess der Verwandlung und Veränderung ist. ... Wir wollen gemeinsam danach streben, Geist, Logik und Praxis der Gewalt zu überwinden. ... Menschen auf der ganzen Welt warten ungeduldig und sehnsüchtig darauf, dass Christen und Christinnen werden, was sie sind: Kinder Gottes, die die Botschaft von Liebe, Frieden in Gerechtigkeit und Versöhnung verkörpern.

Aus: Botschaft des Zentralaussschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen zur »Dekade zur Überwindung von Gewalt«, September 1999

Gesinnungs-TÜV und kein Ende?

Über gewisse Probleme mit der Gewissensprüfung

Von Günter Knebel und Werner Schulz

»Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden« lautet Artikel 4 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes von 1949. Seit die Wehrpflicht im Juli 1956 wieder eingeführt wurde, werden junge Männer zur Ableistung des Grundwehrdienstes gezwungen. Wer Vorbehalte gegen Wehrdienst hat, aus dem Kriegsdienst werden kann, ist verpflichtet, seine Gewissensbedenken gegen Militärdienst zu offenbaren, und das ausgerechnet gegenüber den für diesen Dienst zuständigen staatlichen Behörden. Auch wenn das staatliche Verfahren inzwischen recht liberal gehandhabt wird, so hat es sich im Prinzip seit seiner Einführung nicht gewandelt: Bis heute genügt nicht die Abgabe einer einfachen Erklärung, dass ein Bürger (Gewissens-)Vorbehalte gegenüber dem Militärdienst hat. Erst ein Antrag mit ausführlicher, persönlicher Begründung des Antragstellers, warum sein Gewissen ihm jede Waffenanwendung zwischen Staaten verbietet, kann zur Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer (KDVer) führen. Manchmal folgt zusätzlich noch eine mündliche Anhörung. Die schlichte staatliche Akzeptanz einer Erklärung, dass ein Bürger die ihm staatlich auferlegte Zumutung einer Zwangsverpflichtung zum Kriegsdienst aus Gewissensgründen verweigert, ist stets außerhalb jeder parlamentarischen Diskussion geblieben, obwohl z. B. die Gewissensentscheidungen der Abgeordneten (nach Art. 38 GG) keinerlei Anträge und sonstiger Nachweise geschweige denn eingehender Gewissenserforschung bedürfen. Zweierlei Maß?!

Gegen einen freiheitlichen Umgang mit Bürgerrechten gab es in Deutschland stets Bedenken, erst recht wenn eine Kollision mit militärischen Interessen befürchtet wird:

»Fieberkurve der Nation«

1949 wurde deshalb in der Debatte des Parlamentarischen Rates über das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung vor

einem »Massenverschleiß des Gewissens« (Theodor Heuss) gewarnt. Eine deutliche Mehrheit dieses Verfassungskonvents hielt das für unbegründet und wies diesen Einwand entschieden zurück. Denn der vorangegangene »Massenschlaf der Gewissens« (Fritz Eberhard) in der NS-Zeit war noch in deutlicher Erinnerung und eine »große pädagogische Wirkung« dieses neuen Freiheitsrechtes wurde ausdrücklich erhofft. Nach Jahrzehnten der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland und der neuen militärischen Rolle Deutschlands bei internationalen Militäreinsätzen seit Mitte der 90er Jahre scheint nun die Erinnerung an die Missbrauchsmöglichkeiten des Militärs zu verblassen. Wurde nach Kriegsende die militärkritische Funktion des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung als Hoffnung gesehen, so ist dieses Korrektiv heute mindestens unbequem geworden, einigen erscheint es überflüssig. Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre wurde vor einem »Missbrauch des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung« gewarnt, weil die jährliche Zahl der Kriegsdienstverweigerer rasant zu wachsen begann, obwohl sie von den absoluten Zahlen wie vom Anteil der Wehrpflichtigen her damals sehr gering war. Auch heute gilt nicht wenigen Menschen die hohe Zahl der KDVer als anstößig, in militärischen Publikationen gilt sie gar als »Fieberkurve der Nation.« Dieses Fieber wird aber weniger als Ausdruck eines kranken Wehrpflichtsystems diagnostiziert, vielmehr wird den vermeintlichen Verursachern, den KDVer-Antragstellern, die Rolle einer Art Krankheitserreger zugeschrieben: Wer sich auf Artikel 4 Absatz 3 beruft, gilt in militärgeprägten Kreisen seit eh und je als Vorteile suchender »Egoist«, als »Verweigerer aus gewissen Gründen«. In jüngster Zeit läuft er zunehmend Gefahr, als »Lügner für einen guten Zweck« beschimpft zu werden, wobei als guter Zweck die Ableistung des sozialen Dienstes und als Lüge die vorgebrachte Berufung auf das Gewissen gesehen wird.

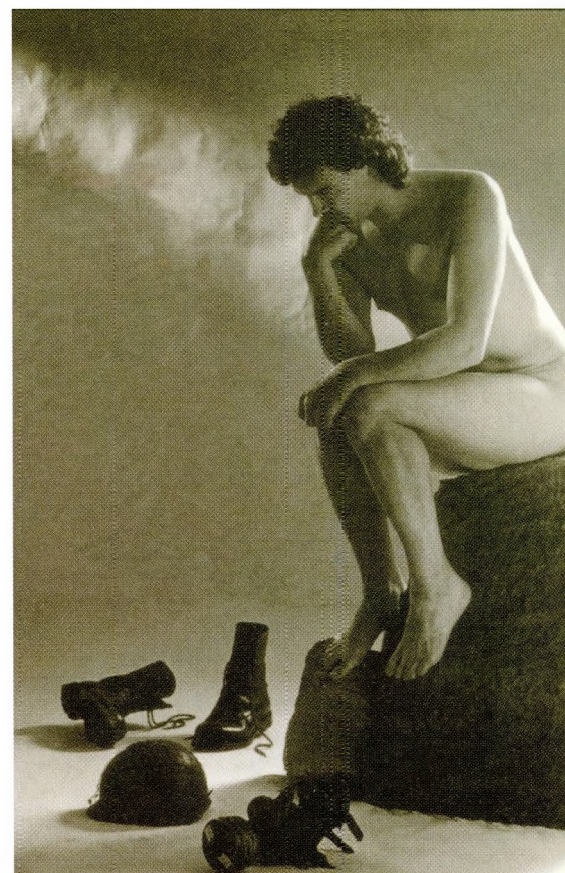


Foto:
Luc Siewu

Gewissen lässt sich nicht beweisen

Derartige Vorwürfe, die aus den Kriegsdienstverweigerern von heute eine Generation unehrlicher Simulanten und aus der beachtlichen Anzahl der KDVer-Anträge eine zeitgeistige Lügenparade machen wollen, sind nicht nur unfair, sie sind auch in der Sache nicht haltbar.

Zunächst muss man darauf verweisen, dass es unzulässig ist, Ursache und Wirkung zu verdrehen: Es ist der Staat, der an einem überkommenen Anerkennungsverfahren festhält, das den Wehrpflichtigen aufgezwungen wird. Diese durchlaufen das Verfahren genau nach den Vorschriften, eben weil es das Verfahren mit Vorschriften gibt, die für viele uneinsichtig sind. Daraus kann ihnen niemand ernstlich einen Vorwurf machen; dieser müsste ggf. an den Gesetzgeber gerichtet werden.

Genau so unfair ist es, amtlicherseits von den Verweigerern Gewissensoffenba-

rungen als Eintrittskarte in den alternativen Dienst zu verlangen, und dann, wenn die jungen Männer ihre durchaus ernsthaften, aber nicht immer an den hochgesteckten rechtlichen Standards orientierten Gründe vorlegen, ihnen diese nicht abzunehmen. So konstruiert man ausweglose Situationen. Wenn der Staat von seinen Bürgern etwa Steuern und Abgaben verlangt, dann kann er diese in der Größe genau festlegen und gegebenenfalls nachprüfen, was er bekommt. Wenn der Staat Bürgern die Darlegung von Gewissensgründen abfordert, dann ist diese Forderung nicht quantifizierbar, dann muss der Staat letztlich nehmen, was er erhält. Auch Gewissen nachprüfen kann er nicht. In einem freiheitlichen Staat darf er es schon deshalb nicht, weil Gewissen Privatsache der Bürger ist. Davon abgesehen, es gibt auch keine richtigen oder falschen Gewissensentscheidungen und Gewissen ist von außen nicht überprüfbar. Gewissen ist etwas anderes als Wissen, es lässt sich nicht abfragen und beweisen, weder im Multiple-Choice-Verfahren noch in langen Aufsätzen. Auch nicht vor Gericht. Gewissensgründe sind immer auch abhängig von der sich wandelnden historischen, politischen und sozialen Lebenswelt der Betroffenen. Auch die Sprache des Gewissens ändert sich von Zeit zu Zeit und sie betrifft längst mehr als die Frage des Militärdienstes. Beispiele für aktuelle Gewissensfragen und -entscheidungen kennen inzwischen viele aus dem Alltag:

Nicht nur junge Menschen denken über ihre Lebensbedingungen und Grundlagen kritisch nach, zunächst oft ohne direkte Bezugnahme auf das Gewissen: Z. B. welche Energie sie nutzen, wie sie sich ernähren, wo sie wohnen, wie sie sich kleiden oder fortbewegen, kurz: welche Folgen ihr (Konsum-)Verhalten für die Umwelt hat. Die in der Diskussion um Umweltschutz mit viel Mühe durchgesetzte »Umweltverträglichkeitsprüfung« ist inzwischen auch bei persönlichen (Kauf-)Entscheidungen »angekommen«. Insoweit ist es durchaus »in«, sich gewissenhaft Gedanken zu machen, die oft



Zeichnung:
Fuchsi

richtungsweisend für die Allgemeinheit sind. Der Problemdruck wächst täglich, Verbreiterung nach »unten« tut Not und wird zunehmend als politische Aufgabe gesehen. Ist nicht für wehrpflichtige junge Männer die Frage nach dem verantwortbaren Umgang mit der eigenen Lebenszeit immer eine Gewissensfrage? Wer will ihnen verübeln, dass sie auch die Frage nach der konkreten Form ihres Dienstes, ob in der Kaserne oder im sozialen Bereich, an Kriterien wie notwendig oder sinnlos, richtig und falsch bemessen? Eine Gewissensfrage lässt sich nicht immer allein auf ein schlichtes »gut oder böse?« reduzieren.

Freie Bürgerentscheidung

Gewissensbildung findet in jedem Menschen statt, aber das Spektrum der Werte und Normen, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden, verändert sich stets, eben-

so die Einflüsse, die die inneren Wertsetzungen prägen. Was wurde im 20. Jahrhundert nicht schon alles als »gut« bewertet? Wenn junge Erwachsene sich vorteilsorientiert verhalten und die ihnen von außen und ohne Not aufgedrängte Frage nach Ableistung eines Pflichtdienstes mit biographischen Nützlichkeitsabwägungen beantworten, so widerspiegeln sie nur, was ihnen lebensältere Erwachsene vorleben. Wer will zudem bestreiten, dass das Nachdenken über Vorteile und Nützlichkeit eine Berechtigung hat oder sogar gut sein kann? Wer seit Jahren Wehrpflichtige berät und ihre Gründe hört, warum sie einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer stellen, statt auf die lukrativen Angebote der Bundeswehr einzugehen, weiß, dass bei aller Nonchalance im Umgang mit dieser Frage regelmäßig ein »Das kann ich nicht!«-Vorbehalt gegenüber Militärischem verborgen ist: Vom Widerstand gegen Uniformierung und Kasernierung bis zur Ablehnung, auf Menschen zu schießen. Der Antrag besagt mehr, als eine bloße Willensentscheidung zugunsten des Zivildienstes, der länger dauert als der Grundwehrdienst. Befürchtete Gewissensnöte beim uniformen Erlernen und Einüben militärischer Gewaltanwendung lassen sich aber weniger leicht artikulieren als triviale Gründe wie Einsatz am Wohnort, Nähe zur Freundin oder das Bevorzugen eines zivilen Dienstes. Außerdem werden diese Gründe auch von anderen Menschen als eingängiger angesehen als »Gewissensgründe«, denen seit alters her das Odium des Querulantentums anhaftet. Das Verständnis von Gewissensfreiheit heute so zu verengen, dass nur demjenigen eine »echte« Gewissensentscheidung zugebilligt wird, der dafür Nachteile in Kauf nimmt, läuft einem freiheitlichen, aufklärerischen Gewissensverständnis zuwider. Im Gegenteil: Nur eine vorbehaltlose Akzeptanz der freien Bürgerentscheidung, auch wenn sie mit staatlichen oder militärischen Interessen nicht konform ist, weist in eine zivile Zukunft.



«Schämen Sie sich, Sie Drückeberger! Bei der Bundeswehr herumgammeln, während Ihre Arbeitskraft anderswo dringend gebraucht wird!»
Zeichnung: Jupp Wolter

Achtung vor dem Gewissen

»Das menschliche Gewissen ist für das Zusammenleben in der Gemeinschaft ein so hohes Gut, dass sowohl einem Missbrauch wie einer Verletzung zu wehren ist. Darum sind Staat und Gesellschaft verpflichtet, dem Gewissen des jungen Menschen mit Respekt zu begegnen.«

Aus: Erklärung des Rates der EKD zu Fragen der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und des Zivildienstes vom 21. 7. 1978

Dann gibt es nur eins: Sag **NEIN!**

Menschen, die dem Krieg die Mitarbeit verweigern, zeigen Zivilcourage am Arbeitsplatz

Ärzte, Richter, Handwerker...

Menschen aus allen Berufsgruppen werden von Wolfgang Borchert in seinem berühmten Gedicht aufgefordert, die Arbeit für den Krieg und für den Tod zu verweigern (siehe Kasten). Borcherts Verse machen Konfliktsituationen deutlich, die auch heute aktuell sind: Nicht nur als Wehrpflichtiger oder Soldat, auch als ziviler Arbeitnehmer kann man plötzlich vor sehr schwerwiegenden Gewissensproblemen stehen.

Von Werner Schulz

Zum Beispiel zwei Mediziner und eine Ärztin in der Pharma-Entwicklung. Bei der Neusser Firma Beecham-Wülfig arbeiteten sie Mitte der 1980er Jahre an einem Medikament, das als so genanntes »Anti-Emetikum« gegen Migräne, Seekrankheit und die Nebenwirkungen einer bestimmten Krebs-Therapie eingesetzt werden sollte. Nebenbei und eher zufällig fand man heraus, dass durch dieses Arzneimittel auch jene Symptome der Übelkeit und des Erbrechens gelindert werden könnten, die dann auftreten, wenn Menschen sehr hohen Strahlendosen ausgesetzt sind – etwa Soldaten in einem Atomkrieg. Die Firmenleitung witterte einen »riesigen Markt bei NATO-Soldaten« und gab der weiteren Entwicklung des Medikaments höchste Priorität. Aber drei Forscher, die an der Entwicklung des neuen Medikaments maßgeblich beteiligt waren, Dr. Brigitte Ludwig, Dr. Bernd Richter und Dr. Norbert Neumann, sagten Nein zur weiteren Arbeit an besagtem Medikament. Aus Gewissensgründen müssten sie die Bearbeitung der Substanz BRL ablehnen. Bernd Richter damals: »Da können wir nicht mitmachen. Wir können nicht an der Erforschung eines Medikaments teilhaben, dessen Anwendung den Sinn unseres ärztlichen Tuns pervertiert.« Die Reaktion der Firmenleitung: Kündigung wegen »Arbeitsverweigerung«. Die drei Ärzte reichten Klage beim Arbeitsgericht ein. Nach mehreren Instanzen und jahrelangem Rechtsstreit entschied das Bundesarbeitsgericht 1990 schließlich zu Gunsten der Kläger und wertete deren Gewissensentscheidung höher als die Interessen des Unternehmens, zumal dort andere Fachleute, ohne Gewissensbedenken, zur Verfügung standen.

Zeichnung:
Frank
Corvenka



Gegen Rüstungsexport

Ähnlich positiv entschieden in jüngerer Vergangenheit auch andere Arbeitsgerichte bei Streitfällen, in denen Arbeitsaufträge mit militärischem Hintergrund zu Gewissenskonflikten führten. Eine Sachbearbeiterin eines Kölner Stahlrohrherstellers z.B. weigerte sich, Aufträge für den Irak zu bearbeiten. Bei dem Exportauftrag handelte es sich um Stahlrohlinge, die auch zu militärischen Zwecken hätten genutzt werden können. Für ihre Arbeitsverweigerung war die Frau von der Geschäftsleitung abgemahnt worden, sie wiederum reichte Klage dagegen ein. Die Richter entschieden, dass die Abmahnung unrechtmäßig war. Es sei der Frau – unter anderem wegen ihrer jüdischen Abstammung – nicht zumutbar gewesen, die für die militärische Nutzung geeigneten Lieferungen abzuwickeln.

Die Liste der bekannt gewordenen »gewissenhaften Arbeitsverweigerer« ließe sich fortsetzen: Ärzte und Ärztinnen verweigern Abtreibungen aus Gewissensgründen, Ein Pfarrer eine Trauung in Uniform, Arbeitslose verweigern die Annahme von Stellen, die vom Arbeitsamt vermittelt wurden und mit Rüstung oder Militär zu tun haben, oder Sozialarbeiter die Teilnahme an zivil-militärischen NATO-Übungen.

Rechtliche Kriterien

Für die Frage, wann in der Rechtsprechung durch die Gerichte eine Arbeitsverweigerung als Gewissenstat anerkannt wird und wann nicht, ist jeweils der konkrete Einzelfall maßgeblich. Es gibt jedoch einige Kriterien, die grundsätzlich von Bedeutung sind.

1. Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden, dass ein Arbeitgeber keinem Angestellten Arbeiten zuweisen darf, die

diesen in einen Gewissenskonflikt bringen, der vermeidbar gewesen wäre. Insofern ist grundsätzlich anerkannt, dass Gewissensentscheidungen am Arbeitsplatz Bedeutung haben.

2. Die Frage jedoch, wann ein Konflikt vermeidbar gewesen wäre, ist vor Gericht sehr wichtig. Prinzipiell ist zu unterscheiden:

■ War der Konflikt vorhersehbar, dann ist eine Berufung auf das Gewissen im Nachhinein nicht möglich. Wer bei Heckler + Koch etwa einsteigt, der weiß schon bei der Bewerbung, dass man dort Gewehre baut.

■ Wo Konflikte unvorhersehbar auftauchen, ist der Arbeitgeber verpflichtet, dem Arbeitnehmer andere Aufgaben zuzuweisen. Gibt es solche Arbeiten nicht, dann entfallen für den Arbeitgeber Arbeits- und Lohnpflicht. Im Klartext: Für diesen – meist vorübergehenden – Zeitraum muss der Arbeitnehmer ohne Lohn beurlaubt werden. Der Arbeitsvertrag wird aber dadurch nicht verletzt, d.h. diese Situation ist kein Kündigungsgrund.

Um den Gewissensschutz der Arbeitnehmer in Deutschland zu verbessern, hat der Deutsche Gewerkschaftsbund die Forderung in sein Grundsatzprogramm aufgenommen, ein Recht auf Arbeitsverweigerung aus Gewissensgründen im Arbeitsrecht zu verankern.

Wolfgang Borchert (1921-1947)

Dann gibt es nur eins!

Du. Mann an der Maschine und Mann in der Werkstatt. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Wasserrohre und keine Kochtöpfe mehr machen – sondern Stahlhelme und Maschinengewehre, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Forscher im Laboratorium, wenn sie dir morgen befehlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Arzt am Krankenbett. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst die Männer kriegstauglich schreiben, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

Du. Pfarrer auf der Kanzel. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst den Mord segnen und den Krieg heilig sprechen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

(1947, Auszüge)

Deserteure der Wehrmacht fordern Rehabilitierung

Von Werner Schulz

»Der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben.« Nach dieser Maxime, ausgegeben von Adolf Hitler schon 1925 in »Mein Kampf«, verhängte die nationalsozialistische Militärjustiz insgesamt über 30 000 Todesurteile und mehrere zehntausend Zuchthausstrafen gegen Kriegsdienstverweigerer und Deserteure der Wehrmacht. Über 20 000 dieser Todesurteile wurden vollstreckt, andere wurden in perfider Strategie zur Vollstreckung aufgeschoben bis nach dem Ende des Krieges, denn die kriegswichtige Arbeitskraft der Todeskandidaten sollte bis aufs Äußerste ausgebeutet werden.

Nur noch wenige verurteilte Deserteure sind heute am Leben, man schätzt ihre Zahl auf ungefähr 200. Einer von ihnen ist Ludwig Baumann, Wehrmachtsdeserteur und Vorsitzender der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz. Für den heute 79-Jährigen ist der Umgang der deutschen Politik mit den wenigen noch überlebenden NS-Verfolgten ein nicht enden wollendes Drama. Bislang letzter Akt ist das »Gesetz zur Aufhebung der NS-Unrechtsurteile« vom 25. August 1998. Mit diesem Gesetz sind zwar Millionen von NS-Urteilen gesetzlich aufgehoben worden, aber ausdrücklich nicht die Verurteilungen der Wehrmachtsdeserteure. Dies, obwohl an ihnen die blutigste juristische Verfolgung in der deutschen Geschichte verübt wurde. Nach den Bestimmungen des Gesetzes von 1998 müssten sich die letzten noch lebenden Deserteure aus Hitlers Armee nach einem Leben der Diskriminierung und Erniedrigung jetzt auch noch einer staatsanwaltlichen Einzelfallprüfung unterziehen, um ihre Rehabilitation zu erreichen. »Das werden wir nicht hinnehmen, auch nicht vor der deutschen Geschichte«, so Ludwig Baumann.

Eid auf den Führer

Auch der Hamburger Literaturwissenschaftler Professor Jan Philipp Reemtsma, der die Bundesvereinigung der Opfer der Militärjustiz seit Jahren unterstützt, lehnt eine Einzelfallprüfung entschieden ab. Einzelfälle so seine Argumentation, dürfen nur dort geprüft werden, wo es grundsätzlich und im Ganzen gesehen juristisch Rechtssicherheit und Verfahrenssicherheit gegeben hat, was bei der NS-Militärjustiz ohne Zweifel nicht der Fall war. Reemtsma: »Wo im Blick aufs Ganze nur zufälligerweise Recht gesprochen

wurde, wurde nirgendwo Recht gesprochen.« Schließlich erinnert der Wissenschaftler daran, dass die Soldaten der Wehrmacht ihren Treue-Eid auf den Führer Adolf Hitler ablegten. »Führer« aber, so Reemtsma, war keine Institution der Verfassung, wie dies in Monarchien etwa der König ist, sondern »nichts weiter als ein rechtlich bedeutungsloser Ziernamen Hitlers«. Der Eid auf den Führer war somit rechtlich unerheblich. »Wer die Wehrmacht verließ – aus was für Gründen auch immer – legte ebenso wenig ein justiziables Verhalten an den Tag wie derjenige, der eine beliebige andere Gruppierung verlässt, die sich auf einen Anführer eingeschworen hat.«

Desertion heute

Auch heute noch wird Desertion in allen Staaten der Welt mit harten Strafen belegt, das gilt in Friedenszeiten und erst recht in Konflikt- und Kriegssituationen. Während des Kosovo-Krieges soll es sogar standrechtliche Erschießungen von Deserteuren der jugoslawischen Armee gegeben haben, mehr als 200 000 jugoslawische Wehrpflichtige flohen vor ihrer Einberufung ins Ausland. Die internationale Gemeinschaft aber bietet Deserteuren so gut wie keinen Schutz. Kein Staat will Deserteure im Land, weder eigene noch fremde. Eine Ausnahme machte Deutschland im Mai 2000, als das Bundesinnenministerium Kriegsgegnern aus dem ehemaligen Jugoslawien prinzipielle asylrechtliche Anerkennung versprach und ihnen eine zweijährige Aufenthaltsgenehmigung zugestand, weil diese in ihrem Heimatland »besonders harte Bestrafung« zu befürchten hatten. Vermutlich erklärt sich diese Milde in der deutschen Haltung gegenüber Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren auch durch die Tatsache, dass die NATO während des Kosovo-Krieges jugoslawische Soldaten ausdrücklich mittels Flugblättern zur Desertion aufrief. Grundsätzlich aber ist Desertion in Deutschland wie auch in anderen EU-Staaten nach wie vor kein Asylgrund, das haben zahlreiche Entscheidungen und Urteile immer wieder bestätigt. In einem Beschluss des Verwaltungsgerichts-

hofes Baden-Württemberg heißt es unmissverständlich: »Die allgemeine Wehrpflicht ist ein legitimer Ausfluss der jedem Staat kraft seiner Souveränität zustehenden Wehrhoheit. Dies gilt nicht nur für die Länder, die sich durch eine freiheitlich-demokratische Ordnung auszeichnen, sondern beansprucht Geltung auch für weltanschaulich totalitäre Staaten.«

Um wenigstens einzelnen Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern zu helfen, haben Friedensinitiativen in verschiedenen deutschen Städten Beschlüsse ihrer Stadtparlamente erwirkt, die es ermöglichen, in Einzelfällen gezielt Deserteure aufzunehmen.

Nähere Infos bei: Connection e.V., Gerberstraße, 63065 Offenbach, www.connection-eV.de

EKD-Synode: Deserteure verdienen Respekt

Wer sich weigert, sich an einem Verbrechen zu beteiligen, verdient Respekt. Schuldspüche aufrecht zu erhalten, die wegen solcher Verweigerung gefällt wurden, ist, seit der verbrecherische Charakter der nationalsozialistischen Diktatur und ihrer Kriegsführung feststeht, absurd. Sich der Beteiligung an einem Verbrechen zu entziehen, kann nicht strafwürdig sein.

Die Synode der EKD bittet den Deutschen Bundestag zu beschließen, dass die von der Wehrmachtsjustiz während des weiten Weltkrieges verhängten Urteile wegen Desertion, Gehorsamsverweigerung oder Wehrkraftersetzung Unrecht waren.

6. November 1996



Am 15. Mai 2001, dem Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer, wurde im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald ein Gedenkstein für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure der Wehrmacht enthüllt. Foto: zivil/W. Schulz

Gewaltfreies Handeln

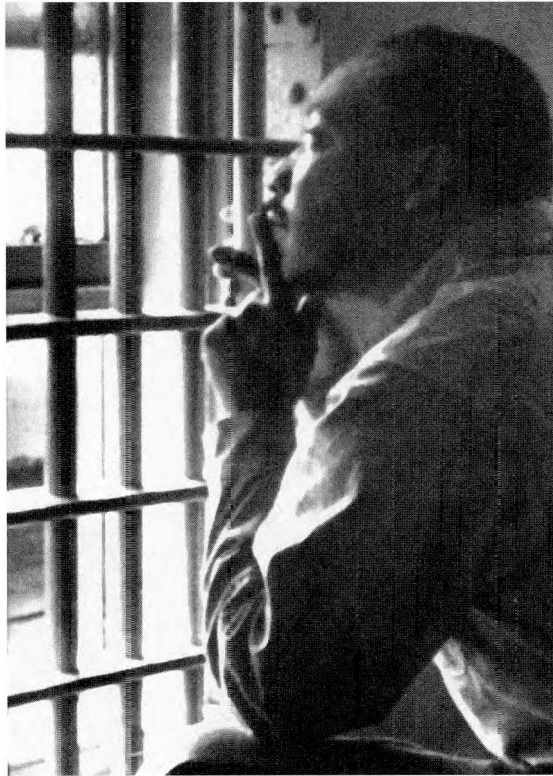
Informationen – Beispiele – Anregungen

Von Friedhelm Schneider

Als Gandhi einmal nach dem Weg zum Frieden gefragt wurde, gab er zur Antwort: »Es gibt keinen Weg zum Frieden. Der Friede ist der Weg.« Dass Frieden nur mit friedlichen Mitteln erreicht und erhalten werden kann, ist eine gemeinsame Überzeugung, die schon die Klassiker der Gewaltlosigkeit immer wieder betonen: »Wie die Mittel, so der Zweck«, sagt Gandhi und fährt fort, »...Eure Überzeugung, zwischen Mitteln und Zweck bestehe keine Beziehung, ist ein großer Irrtum. Aus diesem Irrtum heraus haben auch für fromm gehaltene Menschen grausame Verbrechen begangen. Eure Logik besagt, man könne eine Rose bekommen, wenn man ein Unkraut pflanzt.« Denselben Gedanken finden wir bei Martin Luther King: »...wir werden niemals Frieden in der Welt haben, bevor die Menschen überall anerkennen, dass Mittel und Zweck nicht voneinander zu trennen sind; denn die Mittel verkörpern das Ideal im Werden, das Ziel im Entstehen, und schließlich kann man gute Zwecke nicht durch böse Mittel erreichen, weil die Mittel den Samen und der Zweck den Baum darstellen. ... All das will heißen, dass Mittel und Zweck übereinstimmen müssen, wenn das Ziel in den Mitteln bereits vorhanden ist, und destruktive Mittel können keine konstruktiven Ziele herbeiführen.« Mit anderen Worten: Mit zerstörerischen Mitteln (Gewalt, Waffenanwendung, Vernichtungsbereitschaft) lassen sich keine aufbauenden Ziele (Frieden, Verständigung, Vertrauen) erreichen.

Gewaltlosigkeit als »Christentum in Aktion«

Die Achtung, die King für Gandhi empfunden hat, zeigt sich in seiner Aussage: »Gandhi war der erste Mensch in der Geschichte, der Jesu Liebesethik über eine bloße Beziehung zwischen Einzelpersonen hinaushob und sie zu einer gewaltigen und wirksamen sozialen Macht in großem Maßstab steigerte.« King hat rückblickend über seine ersten gewaltlosen Aktionen gesagt: »Der Geist und die Beweggründe kamen von Christus, während die Methode von Gandhi kam.« Gewaltlosigkeit war für King »Christentum in Aktion«.



Martin Luther King: Mehrfach wurde er wegen seines gewaltfreien Kampfes inhaftiert

Unter Gewaltlosigkeit verstehen wir im Folgenden den grundsätzlichen Verzicht auf verletzende und tötende Gewalt – oder, anders umschrieben, die Absage an Gewalt, deren Folgen nicht rückgängig gemacht werden können (irreversible Gewalt). Wer sich an gewaltlosem Widerstand beteiligt, kann sehr wohl Situationen herbeiführen, in denen er Druck auf seine Gegner ausübt und sie in ihrer Handlungsfreiheit einschränkt (Boycottaktion, Sitzblockade) – er wird jedoch keinesfalls verletzende Gewalt anwenden oder unumkehrbare Schäden in Kauf nehmen. Anders als das englische Wort »non-violence« geben die deutschen Begriffe »Gewaltlosigkeit« oder »Gewaltfreiheit« diesen Zusammenhang nur ungenau wieder.

Stufen der Gewaltfreien Aktion

Die verschiedenen Handlungsformen von Gewaltfreier Aktion oder Gewaltlosem Widerstand lassen sich in ein Stufenschema einordnen, das vom Protest über die legale Nichtzusammenarbeit bis zum Zivilen Ungehorsam reicht.

Wo möglich, sollte jede Gewaltfreie Aktion über ihren Verweigerungsaspekt

hinaus einen konstruktiven Aspekt deutlich machen, der das angestrebte Ziel sichtbar werden lässt. Wichtig ist weiterhin: Bevor eine höhere Aktionsstufe gewählt wird, müssen erst die Möglichkeiten der vorhergehenden Aktionsform ausgeschöpft sein. Ziviler Ungehorsam ist demnach nicht als Handlungseinstieg, sondern erst nach Anwendung aller legalen Protestmöglichkeiten zulässig.

Beispiele für Gewaltfreies Handeln

»Ölbaumblätter« und »Freundliche Zuschriften«: Werbeprospekte für den Frieden und Volksdiplomatie von unten

Das Projekt einer Massenwerbung für den Frieden hat Elihu Burritt (1810-1879), einer der früheren Vorkämpfer der amerikanischen Friedensbewegung, schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts verwirklicht: Zu friedenspolitischen Werbeträgern von bis dahin ungekannter Größenordnung entwickelten sich Burritts »Olive Leaves« (– ihr Titel erinnert an das Bild der Taube, die, einen Ölbaumzweig im Schnabel, in der Sintflutgeschichte das Ende der Vernichtung anzeigt, 1. Mose 8). Die »Ölbaumblätter« waren Friedensprospekte, die durch pazifistische Zitate und statistisches Material die Grausamkeit des Krieges anklagten und als friedensbewegte Zeitungsbeilage weite Verbreitung fanden.

Als sich 1846 zwischen England und den USA eine kriegerische Auseinandersetzung um das Oregon-Gebiet anbahnte, schickte Burritt seine »Olive Leaves« an 1.500 amerikanische Zeitschriften und organisierte ihre Verteilung vor Bahnhöfen und auf öffentlichen Plätzen; über englische Kontakte brachte er dieselben Texte auch in britischen Zeitungen unter. Um beiden Nationen die friedlichen Absichten der Gegenseite vor Augen zu führen, regte Burritt den Austausch von »Freundlichen Zuschriften« (»Friendly Adresses«) zwischen Städten und Bürgern beider Länder an; diese Friedensbotschaften aus den Reihen der Bevölkerung wurden wie-

Martin Luther King: Gewaltloser Widerstand

■ Zuerst muss betont werden, dass gewaltloser Widerstand keine Methode für Feiglinge ist. Es wird Widerstand geleistet. Wenn jemand diese Methode anwendet, weil er Angst hat oder nur weil ihm die Werkzeuge zur Gewaltausübung fehlen, so handelt er in Wirklichkeit gar nicht gewaltlos. Aus diesem Grunde hat Gandhi oft gesagt, man solle, wenn man nur die Wahl zwischen Feigheit und Gewalt hat, lieber kämpfen.

...
Der Ausdruck »passiver Widerstand« erweckt oft den falschen Eindruck, dass das eine Methode des Nichtstuns sei, bei der derjenige, der Widerstand leistet, ruhig und passiv das Böse hinnimmt. Aber nichts ist weiter von der Wahrheit entfernt. Denn der Anhänger des gewaltlosen Widerstandes ist nur insofern passiv, als er seinen Gegner nicht physisch angreift; sein Geist und seine Gefühle aber sind immer aktiv. Sie versuchen ständig den Gegner zu überzeugen, dass er im Unrecht ist. Die Methode ist körperlich passiv, aber geistig stark aktiv.

■ Ein anderer charakteristischer Zug des gewaltlosen Widerstandes ist der, dass er den Gegner nicht vernichten oder demütigen, sondern seine Freundschaft und sein Verständnis gewinnen will. Wer gewaltlosen Widerstand leistet, muss oft durch Boykotte oder dadurch, dass er seine Mitarbeit versagt, protestieren. Aber er weiß, dass diese Mittel, nicht Selbstzweck sind. Sie sollen beim Gegner nur ein Gefühl der Scham wecken. Der Zweck ist Wiedergutmachung und Aussöhnung.

■ Ein drittes Charakteristikum dieser Methode ist, dass ihr Angriff gegen die Mächte des Bösen gerichtet ist, nicht gegen Personen, die das Böse tun. Der Anhänger des gewaltlosen Widerstandes will das Böse vernichten, nicht die Menschen, die dem Bösen verfallen sind.

■ Ein vierter charakteristischer Zug des gewaltlosen Widerstandes ist die Bereitschaft, Demütigungen zu erdulden, ohne sich zu rächen, und Schläge hinzunehmen, ohne zurückzuschlagen. ... Der Anhänger des gewaltlosen Widerstandes ist bereit, wenn es sein muss, Gewalttätigkeit hinzunehmen; aber er wird sie anderen niemals zufügen.

■ Fünftens lässt sich der Anhänger des gewaltlosen Widerstandes weder äußerlich noch innerlich zur Gewalttätigkeit hinreißen. Er weigert sich nicht nur, seinen Gegner niederzuschießen, sondern auch, ihn zu hassen. Im Mittelpunkt der Lehre vom gewaltlosen Widerstand steht das Gebot der Liebe. ... Mit gleicher Münze vergelten, würde den Hass in der Welt nur vermehren. Jeder müsste Verstand und Moral genug haben, um die Kette des Hasses zu zerreißen. Das kann nur geschehen, wenn wir die Liebe zum Mittelpunkt unseres Lebens machen. ... Wenn mir geboten ist zu lieben, ist mir geboten die Ungerechtigkeit zu widerstehen und meinen Brüdern zu helfen.

■ Sechstens gründet sich der gewaltlose Widerstand auf die Überzeugung, dass das Universum auf der Seite der Gerechtigkeit steht. Infolgedessen hat der, der an Gewaltlosigkeit glaubt, einen tiefen Glauben an die Zukunft.

Aus: Martin Luther King, *Mein Weg zur Gewaltlosigkeit (Pilgrimage to Nonviolence, 1958)*

derum in der Presse veröffentlicht. Sie trugen, zusammen mit den »Olive Leaves«, zur politischen Entspannung und damit zur Kriegsverhinderung bei.

Als sich 1852 die politische Lage zwischen England und Frankreich verschärfte, schickten 50 britische Städte »Friendly Adresses« nach Frankreich, allein Manchesters Botschaft an Marseille war von 25.000 Bürgern unterschrieben. Unterstützt wurde Burritt bei seinen Aktivitäten von zahlreichen »Olive Leaf Circles«: Etwa 150 Frauengruppen finanzierten in England und in den USA durch Geldsammelungen sowie Näharbeiten die Herstellung und Verbreitung der Friedensbroschüren.

»Olive Leaves« und »Friendly Adresses« verdienen besondere Beachtung als gewaltfreie Aktionsform, die schon im letzten Jahrhundert den Protest gegen die Militarisierung der politischen Beziehungen mit Ansätzen einer Völkerverständigung »von unten« verbunden hat.

»Operation Brotkorb«: Boykottaufrufe von der Kanzel

Die »Operation Brotkorb« (»Operation Breadbasket«, 1966) gehörte zu den erfolgreichsten Projekten der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung im Kampf gegen die wirtschaftliche Benachteiligung der Schwarzen. Kennzeichnend für die damalige Situation war, dass in schwarzen Wohngebieten mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit die notwendigen Lebensmittel von weißen Geschäftsleuten verkauft wurden, die wiederum ausschließlich weiße Angestellte beschäftigten. Die erstmals auf die Brotindustrie von Atlanta bezogene »Operation Brotkorb« richtete sich gegen »die Verantwortungslosigkeit der Firmen..., die durch Negerkunden Profite erzielen und sie gleichzeitig von der Einstellung ausschließen.« Martin Luther King formulierte: »Das Lösungswort der »Operation Brotkorb« ist »Respekt; das bedeutet im

wesentlichen: »Wenn du meine Dollars respektierst, musst du mich als Person respektieren...«

Das Vorgehen der »Operation Breadbasket« verlief nach einem festen Schema: Die Mitarbeiter der Kampagne, oft schwarze Pfarrer, sammelten zunächst Informationen über Zahl, Stellung und Einkommen der beschäftigten Schwarzen. In einem zweiten Schritt wurden, ausgehend vom Anteil der Schwarzen an der Gesamtbevölkerung der Stadt, Empfehlungen über die Neueinstellung von Schwarzen in den untersuchten Firmen erarbeitet. Die folgenden Verhandlungen mit der jeweiligen Firma konnten – schon zu diesem Zeitpunkt – in den meisten Fällen erfolgreich abgeschlossen werden. Kam es nicht zu einer befriedigenden Lösung, so rief die »Operation Brotkorb« zum Warenboykott auf: Vor den Verkaufsstellen der betroffenen Unternehmen wurden Protestkundgebungen organisiert. Pfarrer gaben die Boykottaufrufe von der Kanzel aus weiter und machten den Kirchengemeinden ihre Macht als Verbraucher bewusst. Die Konsumentenstreiks wurden fortgesetzt, bis neue Verhandlungen zum Einlenken der Firmenleitungen führten.

Dasselbe Aktionsprogramm wurde bis in die 1970er Jahre hinein in vielen Regionen und Geschäftsbereichen erfolgreich durchgeführt. Eigene Breadbasket-Gottesdienste, in denen die wirtschaftliche Ausbeutung der Schwarzen thematisiert und neue Aktionsprojekte vorgestellt wurden, fanden so starken Zulauf, dass die Kirchen die Zahl der Besucher nicht mehr fassten. Pfarrer Jesse Jackson, der diese Gottesdienste zuletzt in einem 6000 Plätze fassenden Filmtheater hielt, betonte immer wieder die christlichen Motive der Breadbasket-Aktionen: »Wenn Du tiefe Liebe besitzt, wirst Du die Güter der Erde, die der Vater bereitgestellt hat, so verteilen, dass die Menschen Nahrung und Wohnung haben. Das ist der Jesus, mit dem ich mich identifiziere. Sein Programm zielt darauf, die Hungrigen zu sättigen, die Nackten zu kleiden und den Einsamen Gesellschaft zu leisten.«

Kirchenasyl statt Abschiebung: Flüchtlingshilfe im Untergrund

Nach 1980 ist in den USA die Zahl der Flüchtlinge aus Mittelamerika sprunghaft angestiegen: Aus Nicaragua flohen zahlreiche Menschen vor der Bedrohung durch bewaffnete Contra-Gruppen; aus Guatemala und El Salvador kamen scharnweise Bewohner »guerillaverdächtiger« Gebiete und (vermeintliche oder wirkliche) Oppositionelle, um sich der Vertreibung durch das Militär oder der Verfolgung durch Todesschwadronen zu entziehen. Nur für die wenigsten brachte die Einreise in die USA die erhoffte Si-

Patronenkreuze aus Liberia

Eine originelle Idee sind die Friedenssymbole aus Patronenhülsen, die in Liberia hergestellt werden: Die Messinghülsen von Patronen werden aufgesägt und zu kleinen, frei stehenden Kreuzen umgeschmiedet. Die Idee des Erfinders, des ehemaligen Rebellen der patriotischen Front, George Togba, machte inzwischen Schule. In einem vom Lutherischen Weltbund geförderten Projekt finden heute viele Familien durch die Herstellung der Kreuze ihr Auskommen.

Die 5 cm hohen Patronen-Kreuze können für 10 DM/5 € bestellt werden bei:

Lutherischer Weltbund,
Diemershaldenstraße 45, 70184 Stuttgart.
Foto: zivil/W.Schulz



Originelle Idee: Friedenssymbole aus Patronenhülsen

cherheit: Mittelamerikanische Flüchtlinge, die die US-Einwanderungsbehörde INS (»Immigration and Naturalization Service«) aufgriff, wurden zunächst in Internierungslager eingewiesen und von dort aus in den allermeisten Fällen zurück in ihr Herkunftsland abgeschoben, wo sie Elend, Folter oder Tod erwartete.

Mit dieser Situation waren zuerst die US-Bundesstaaten entlang der mexikanischen Grenze konfrontiert. Hier begannen bald die ersten gewaltfreien Aktionen: Mitglieder von Kirchengemeinden verpfändeten ihren Besitz und zahlten Kauttionen von mehreren Tausend Dollar, um den Flüchtlingen die Haftentlassung und den Zugang zu einem ordnungsgemäßen Asylverfahren zu ermöglichen. Trotz allen Engagements erwies sich der Versuch, auf legalem Wege die Abschiebung der Flüchtlinge zu verhindern, als Fehlschlag – es kam zu ersten Schritten zivilen Ungehorsams:

Im März 1982 öffnete eine presbyterianische Kirchengemeinde in Tucson (Arizona) ihre Türen demonstrativ für Flüchtlinge aus Zentralamerika und brachte am Eingang ihrer Kirche das Schild an: »Dies ist heiliger Boden – kein Zutritt für den INS!« Viele ähnlich denkende Gruppen und Gemeinden haben sich in der Folgezeit zum »Sanctuary Movement« (»Kirchenasyl-Bewegung«) zusammengeschlossen und mit ca. 100 000 Helfern die sogenannte »Underground Railroad« (»Untergrund-Eisenbahn«) organisiert – ein Netzwerk, das in ihrer Heimat bedrohte Flüchtlinge an der mexikanischen Grenze in Empfang nimmt und, quer durch die USA, vor polizeilicher Verfolgung in Sicherheit bringt. Gleichzeitig wurden aus Kirchengemeinden Beobachtergruppen (»Border Witnesses«) ins Grenzgebiet geschickt, um das Flücht-

lingselend in den Internierungslagern und das Vorgehen der Einwanderungsbehörde publik zu machen. Die Öffentlichkeitswirkung dieser Aktionen war enorm: Bis 1986 haben sich der Kirchenasyl-Bewegung 335 christliche und jüdische Gemeinden angeschlossen; über 20 Städte und zwei US-Bundesstaaten (New Mexico und Wisconsin) haben sich offiziell hinter das »Sanctuary Movement« gestellt und die Zusammenarbeit mit den Abschiebungsbeauftragten der Einwanderungsbehörde verweigert.

Für den Jesuitenpater Jon Sobrino ist die Kirchenasyl-Bewegung eine Form der »Reparationsleistung durch US-Bürger für die Sünden der Regierung«, die repressive Gruppen und Regime in Mittelamerika unterstützt. »Sanctuary« ist zu verstehen als »politische Liebe«. So war man sich auf dem ersten großen Kongress der Bewegung (Washington, 1986) einig in der Feststellung: »Sanctuary kann es sich nicht leisten, sich in die als ‚religiös‘ bezeichnete Kammer zurückzuziehen, während der Rest des Hauses in Flammen steht.«

Weltkarte der Gewaltfreiheit

Die Welt ist veränderbar – auch ohne Gewalt. Den Beweis für diese These möchte auf anschauliche Weise eine Initiative aus Freiburg vorstellen, die eine »Weltkarte der Gewaltfreiheit« entwickelt hat. Auf einer mehrere Meter umspannenden Weltkarte sind gewaltfreie Ereignisse markiert, Aktionen, bei denen nicht zerstörerische Brandsätze, sondern zündende Ideen den Antrieb gaben. Bei der Eröffnung der Dekade zur Überwindung von Gewalt in Berlin wurde die Weltkarte als Mitmachaktion vorgestellt: Gewaltfreie Bewegungen und Erfolge werden aufgeschrieben und an die Karte geheftet. Alle, die solche Ereignisse kennen, können sich beteiligen. Die Initiatorin, die Journalistin Birgit Berg, hat zu der Karte ein Schul-Modellprojekt entwickelt und gibt zwei Broschüren zur Geschichte der Gewaltfreiheit heraus.

Kontakt: Wortwerkstatt Poesie und Politik,
Weierhofstraße 1, 79104 Freiburg





Von Julia Menold

Szene aus dem Kosovo-Nordirland-Dialog-Programm: SeminararteilnehmerInnen heften ihre Wünsche für die Zukunft an einen Baum
Foto: Anna Neumann

Sie arbeiten im Kosovo, in Mazedonien oder Israel. Sie bauen Frauennetzwerke auf, kümmern sich um Alte, organisieren Diskussionen über Vorurteile und Workshops zur Geschichtswahrnehmung, sprechen mit ehemaligen Soldaten über deren Erlebnisse oder betreuen Flüchtlinge. Das Arbeitsfeld von Friedensfachkräften ist weit und mögliche Einsatzgebiete gibt es im In- wie auch im Ausland. Das Ziel bleibt aber immer dasselbe: Friedensfachkräfte versuchen vor, während und nach gewaltsamen Konflikten zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln.

Denn: Gewalt ist nicht mit Gegengewalt zu lösen. Der Zivile Friedensdienst (ZFD) versteht sich als eine gewaltfreie Alternative zu militärischer Reaktion auf gewaltsame Konflikte. Im ZFD arbeiten Friedensorganisationen und Entwicklungsdienste zusammen, um Gewalt zu vermeiden und Krisen zu bewältigen. Dabei sollen die Friedensfachkräfte auf Anforderung von Partnerorganisationen in den Krisenregionen helfen, Feindschaften zu überwinden sowie demokratische und rechtsstaatliche Strukturen aufzubauen.

Doch Außenstehende können nicht einfach Frieden »machen«. Vielmehr setzt eine friedliche Entwicklung Verständigung zwischen den Betroffenen voraus. Die Friedensfachkräfte sollen deshalb in enger Zusammenarbeit mit lokalen Gruppen und Initiativen

- Friedenspotentiale stärken,
- bei Konflikten vermitteln
- und einen Beitrag zu Versöhnung und Wiederaufbau leisten.

Ausbildung und Training

Friedensfachkräfte sind lebens- und berufserfahrene Frauen und Männer, die in der Regel eine gründliche Ausbildung in ziviler Konfliktbearbeitung durchlaufen haben. Sie sollten nicht nur Berufspraxis und Auslands- oder Projekterfahrung mitbringen, sondern auch Toleranz, Offenheit und Lernbereitschaft. Außerdem müssen sie bei Arbeitsbeginn mindestens 25 Jahre alt sein.

Der zivile Friedensdienst

In vielen Regionen der Welt arbeiten Menschen als professionelle Konfliktarbeiter nach den Prinzipien der Gewaltfreiheit

Professionalität der Fachkräfte sichert der »Qualifizierungskurs in ziviler Konfliktbearbeitung/Ziviler Friedensdienst«. Knapp hundert Teilnehmer und Teilnehmerinnen haben seit der Begründung des Kurses im Jahr 1997 das Zertifikat erworben. An die derzeit viermonatige Ausbildung schließt sich in der Regel eine mindestens zweijährige Projektarbeit in Konfliktregionen an. Heute arbeiten die Absolventen in Südosteuropa, Afrika, Asien und Lateinamerika. Organisiert wird der Qualifizierungskurs von der Arbeitsgemeinschaft Qualifizierung für zivile Konfliktbearbeitung/Zivilen Friedensdienst (AG.Q). Diese Arbeitsgemeinschaft wird getragen von der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (Bonn) und dem forumZFD.

Beispiel Kosovo

Seit Februar 2000 arbeitet ein Team von Friedensfachkräften des forumZFD in Prizren im Südkosovo. Sein Ziel ist es, eine friedliche und demokratische Entwicklung im Kosovo zu fördern. Ein Schwerpunkt des Projekts liegt in der Trauma-Arbeit. So unterstützt eine Friedensfachkraft eine Gruppe von ÄrztInnen, Krankenschwestern und PädagogInnen. Diese einheimische Organisation hilft traumatisierten Menschen, ihre Kriegserlebnisse aufzuarbeiten. Außerdem berät die Fachkraft mehrere albanische, serbische und bosniakische Frauengruppen. Durch ihre Vermittlung sollen diese Frauen miteinander in Kontakt kommen und in Zukunft auch zusammenarbeiten.

Ein anderes Mitglied des inzwischen vierköpfigen Kosovo-Teams hat sich der Toleranzförderung zwischen den verschiedenen Ethnien verschrieben. Mit einem Jugendbegegnungszentrum in Dragash in der Nähe von Prizren soll der Dialog zwischen jugendlichen Albanern und Goran, eine andere Minderheit im Kosovo, gefördert werden. Außerdem arbeitet die Friedensfachkraft im Kosovo-Nordirland-Dialog-Programm mit. Dieses Projekt gibt Jugendlichen verschiedener Ethnien und Religionen die Möglichkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen und sich über ihre Erfahrungen mit Konflikten auszutauschen.

Friedensarbeit »von unten«

Das Beispiel aus dem Kosovo zeigt: Zivile Konfliktbearbeitung erfolgt vor allem auf der unteren und mittleren Gesellschaftsebene. Friedensfachkräfte wenden sich al-

so direkt an die Bevölkerung, an lokale Gruppen und kleine Initiativen. Außerdem arbeiten sie mit Menschen zusammen, die durch ihre Stellung wiederum andere erreichen können (wie z.B. SchulleiterInnen, JournalistInnen, ethnische oder religiöse Führungspersonlichkeiten). Die Aufgaben von Friedensfachkräften sind:

- Beobachtung umstrittener Ereignisse wie z.B. Wahlen oder Gerichtsprozesse (Monitoring)
- lokale Präsenz als internationale Beobachter, um Verletzungen von Menschenrechten zu verhindern und gefährdete Personen zu schützen (Begleitung)
- Unterstützung und Beratung freiwilliger Kräfte in Konfliktgebieten
- Herstellung von Kontakten der lokalen Gruppen untereinander wie zu internationalen Organisationen (Vernetzung)
- Vermittlung von Gespräch und Zusammenarbeit zwischen Konfliktparteien (Mediation)
- Ausbildung von Einheimischen in gewaltfreier Konfliktbearbeitung (Multiplikatoren)
- Trauma-Arbeit
- Begleitung rückkehrender Flüchtlinge

Im übrigen kann Ziviler Friedensdienst in verschiedenen Phasen geschehen: vorbeugend vor einem sich anbahnenden Konflikt, während der Austragungsphase und besonders am Ende eines gewaltsamen Konflikts.

Partner des ZFD in Konfliktgebieten sind Organisationen, zivilgesellschaftliche Gruppen und Einzelpersonen, die vor Ort zur Wahrung von Frieden und Menschenrechten beitragen. In der Bundesrepublik Deutschland erfolgt eine Kooperation mit Organisationen der Friedens- und der Entwicklungszusammenarbeit, mit Ausbildungseinrichtungen und der Friedensforschung. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und das Auswärtige Amt (AA) finanzieren seit 1999 einen Großteil der Projekte des ZFD. Im Jahr 2001 stehen dem Zivilen Friedensdienst 19 Millionen DM aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung. Zum Vergleich: der 30-tägige Bundeswehreininsatz vom September 2001 in Mazedonien kostet mindestens 120 Millionen DM.

Nähere Informationen bei:
Forum Ziviler Friedensdienst e.V.
Wesselstraße 12, 53113 Bonn
Telefon (02 28) 9 81 45 - 15
Fax (02 28) 9 81 45 - 17
eMail forumZFD@t-online.de
www.forumZFD.de

Zivildienst – die moderne Schule der Nation

Die Armee als Schule der Nation? Noch nie war diese Vorstellung so falsch wie heute. Nicht nur die meisten Frauen, auch mehr und mehr junge Männer wollen von militärischen Lernzielen rein gar nichts wissen. Der Ersatzdienst läuft dem Militärdienst den Rang ab, quantitativ und qualitativ, das jedenfalls behauptet der Tübinger Pädagoge Heinz Bartjes in seiner Untersuchung. Der Zivildienst, so Bartjes, ist inzwischen nicht nur die andere, er ist ganz eindeutig die modernere Schule der Nation.

Text und Fotos von Werner Schulz

Mit 340 »Erstklässlern« ging es 1961 los. Inzwischen ist sie ein wahrer Massenbetrieb, die alternative Schule für junge deutsche Männer, genannt: Zivildienst. Rund 120.000 Jünglinge werden im Schnitt pro Jahr hindurchgeschleust, zwei Drittel davon in den Haupt- und Lieblingsfächern »Betreuung und Pflege«. Das heißt: praktischer Unterricht bei Alten, Kranken, Behinderten. Auf dem Lehrplan stehen Fächer wie Waschen, Betten, Putzen, Füt-

Raus aus der Theorie rein in die Praxis des Lebens: Für viele ist der Zivildienst eine konkrete Lebensschule

tern, Salben..., aber auch so schwierige Lernziele wie Aufmuntern, Liebhaben, Trösten. Eine Menge Stoff für nicht einmal ein Jahr Schulzeit. Aber alle sagen: Sie lernen fleißig, die Zivis von heute.

»Für weite Teile der Öffentlichkeit ist der Zivildienst inzwischen der gesellschaftlich wertvollere Dienst«, so der Tübinger Pädagoge Heinz Bartjes, der das Thema Zivildienst seit vielen Jahren verfolgt, und u.a. als Zivildienstreferent beim Diakonischen Werk in Karlsruhe arbeitete. Die Bedeutung des Zivildienstes für den Lebenslauf der jungen Männer, seine »sozialisatorischen Wirkungen«, hat Bartjes in einer wissenschaftlichen Arbeit unter die Lupe genommen, die Ergebnisse wurden in einem Buch veröffentlicht.

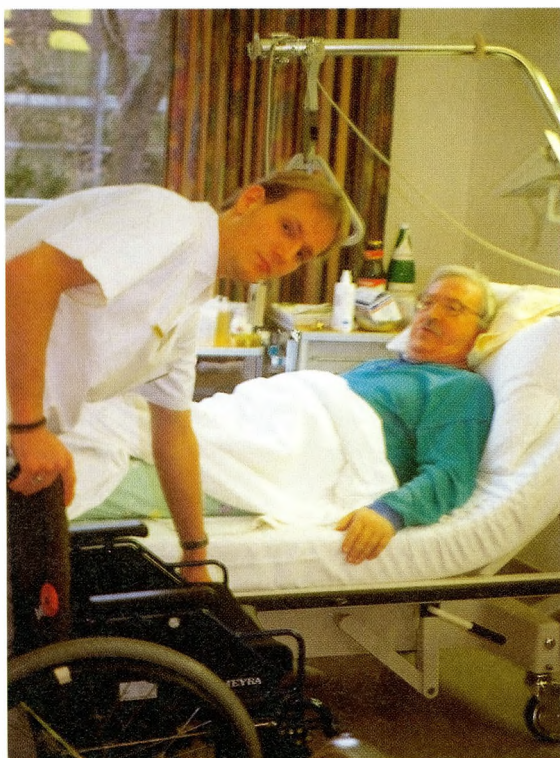
»Dass man die Probleme am eigenen Körper spürt«

Es sind ganz unterschiedliche Bereiche, in denen Bartjes durch sogenannte »Intensivinterviews« Lernerfolge bei den Zivis festgestellt hat: Vielen Zivis dient die Lebensphase zwischen dem Jugend- und Erwachsenenalter erst mal als willkommene Chance, von Zuhause wegzukommen, sich abzulösen, ohne allzu großen Stress der Mutter klar zu machen, dass der Junge allmählich flügge wird: »Ich denke eigentlich, ich hab' mich auch absichtlich ganz weit weg (beworben), damit ich extrem weit weg von daheim bin, dass ich

endlich mal los komm' von meiner Mutter...« Im Anschluss an 13 Jahre Schule wird der Zivildienst von vielen Zivis als ganz konkrete Lebensschule erlebt: Raus aus der Theorie, rein in die Praxis des richtigen Lebens: »Im Krankenhaus ist es echt so, dass man die Probleme am eigenen Körper spürt: wenn man dann mit Themen wie Sterben und Tod konfrontiert wird und nicht nur auf einer theoretischen Ebene, sondern wirklich, hier: zack, da ist jemand gestorben und jetzt müsst ihr ihn noch versorgen.« Nicht nur neue Probleme tauchen auf, auch neue Fähigkeiten und Kompetenzen an sich selbst werden von Zivis während des Dienstes entdeckt: Menschenkenntnis erlangen, auf andere eingehen, Mitgefühl ausdrücken, Verantwortung tragen, gebraucht werden... all das zu erproben, dafür bietet der Zivildienst unendliche Möglichkeiten: »Aber der Patient, wenn du den jetzt zum Beispiel waschen musst, dann muss ich den geschickt und gründlich waschen, weil: Der verlässt sich auf mich und wenn ich das nicht jedes Mal geschickt mach', dann sieht es für den schlecht aus, wenn er es selber nicht machen kann.«

»Hart drum kämpfen, damit man der bleibt, der man ist.«

Oft ist der Einstieg in den Zivildienst der Eintritt in eine absolut fremde Welt, in



der es auch darum geht, sich zu behaupten, gegen mancherlei Schockerlebnisse, aber auch gegen andere Kolleginnen und Kollegen: »Sich selbst zu verteidigen, also nicht im Sinne von eine Schlägerei anfangen, sondern einfach sich nicht aufsaugen lassen von den vielen verschiedenen Leuten, hauptsächlich Pflegepersonal, das versucht dann, einen hinweg zu rupfen, da muss man wirklich hart drum kämpfen, dass man der bleibt, der man ist, dass man seine Prinzipien... dass man das verteidigt.« Aber im Zivildienst, so berichten die ZDL in der Mehrzahl, gibt es, anders als bei der Bundeswehr, so etwas wie eine »Diskussionskultur«. Es wird nicht einfach befohlen und gehorcht, die Zivis werden mit ihren Ansichten in der Regel ernst genommen und die jeweils richtige Lösung wird gemeinsam ausgehandelt.

Erweiterung sozialer Kompetenzen: Mitfühlen, Geduld, Zuhören
Fotos: zivil/W.Schulz



»Es wird bewundert, dass wir so was machen.«

Mit den fremden, traditionell »weiblichen« Tätigkeiten kommen die ZDL offensichtlich gut zurecht, zumal sie häufig dafür gelobt werden, dass sie als Mann so etwas machen. Der Zivildienst eröffnet den jungen Männern nicht nur völlig neue Arbeitsfelder, sondern auch, wie die Interviews zeigen, einen neuen Zugang zu eigenen Gefühlen, vor allem dort, wo es um den emotionalen und körperlichen Kontakt zu alten und Behinderten Menschen geht: »Die eine Depressive, die kam dann einfach irgendwann mal auf mich zu, hat geheult, und dann war die auf einmal an mir drangehangen und zuerst dachte ich, was soll das denn, und dann hab' ich das mal mit mir passieren

lassen – es war ungewohnt peinlich. Aber als sie merkte, das ist eigentlich ganz okay, da war das für mich auch sehr schön, weil ich dadurch auch was neues entdeckt hab' von mir.« »Fast alle ZDL«, so Heinz Bartjes, »beschreiben eine Erweiterung ihrer sozialen Kompetenzen: Mitfühlen, Geduld, Zuhörvermögen, Körperkontakt herstellen können, zärtlich sein usw., das sind Formulierungen, die immer wieder auftauchen.«

Zivildienst – und dann?

Eine direkte und praktische Konsequenz aus dem während der Zivildienstzeit Gelernten ist für viele ZDL, dass sie sich jetzt durchaus vorstellen können, in der eigenen Familie die Kindererziehung mit zu übernehmen oder die eigenen Eltern zu pflegen. Schließlich haben sie am eigenen Leibe erlebt, dass sich die Distanz oder

Umfrage der Zeitschrift »Kapital« diese Ansicht. Insgesamt, so Bartjes, fördere der Zivildienst ganz eindeutig ein »moderneres Männlichkeitskonzept«.

Zivildienst-Konversion

Mit der politischen Diskussion um die Zukunft der allgemeinen Wehrpflicht verbinden sich zwangsläufig auch Fragen nach dem Weiterbestand bzw. der Umgestaltung des Zivildienstes. Inzwischen haben Politik und Wohlfahrtsverbände bereits erste Schritte in Richtung einer »Zivildienst-Konversion« unternommen. Nach der Verkürzung der Dienstzeit auf 11 Monate und der beschlossenen weiteren Verkürzung auf 10 Monate ab 2002 setzen die verbände und Einrichtungen vermehrt auf das Engagement von Freiwilligen und versuchen gleichzeitig, neue Stellen für bezahlte Hauptamtliche zu schaffen. Auch die Bundesregierung will den »sanften Ausstieg« aus dem Zivildienst mittelfristig mit Freiwilligen und Ehrenamtlichen schaffen. Dazu sollen die Dienstzeiten für Freiwillige flexibler gestaltet und neue Zielgruppen sowie weitere Einsatzfelder erschlossen werden.

Kriegsdienstverweigerer, die sich für einen – um zwei Monate längeren – freiwilligen Dienst zur Völkerverständigung im Ausland verpflichten, werden weiterhin vom Zivildienst freigestellt. Ab 2002 soll diese Freistellung auch erreichen, wer ein Freiwilliges Soziales oder Ökologisches Jahr oder ein – noch im Aufbau befindliches – Freiwilliges Kulturelles Jahr absolviert hat. Diese Dienste dauern länger als der Zivildienst, aber nach Plänen der Bundesregierung sollen die Absolventinnen und Absolventen der »Freiwilligen Schule der Nation« dafür ein für Ausbildung und Studium verwertbares Zertifikat mit auf den weiteren Berufsweg bekommen.

Näheres zum Zivildienst und seinen freiwilligen Alternativen in unserem Sonderheft »zivil-extra, Rechtstipps für Kriegsdienstverweigerer und Zivis«, zu bestellen bei der zivil-Redaktion (s. Seite 61).

Wo Zivis arbeiten

Tätigkeitsgruppen	ZDL
Pflegehilfe und Betreuung	71 210
Hausmeister	17 946
Versorgung	6 919
Mobile Soziale Hilfsdienste	6 348
Krankentransport und Rettungswesen	5 524
Umweltschutz	4 396
Garten und Landwirtschaft	2 860
Individuelle Schwerstbehindertenbetreuung (ISB)	2 612
Kraftfahrtdienste	1 898
ISB von Kindern in integrierten Kinder- und Jugendeinrichtungen	1 035
Verwaltung	966
Spitzensportler	81
Gesamt	121.795

Stand 15. 04. 2001/Grafik: zivil

Abneigung gegenüber sozialer Arbeit überwinden lässt, dass Mann die nötigen Fertigkeiten erlernen kann und dass obendrein niemandem ein Zacken aus der – männlichen – Krone bricht, wenn er als junger Kerl diese »weibliche Arbeit« tut. Dass der Zivildienst die bessere Vorbereitung auf die moderne Arbeitswelt sei, davon ist Heinz Bartjes überzeugt. Soziale Qualifikationen, sogenannte »social skills«, Kompetenzen in Sachen Gefühlsarbeit, »Emotionsmanagement«... die ganzen Dinge, die die großen Industrieunternehmen ihren Mitarbeitern mühsam vermitteln, das, so Bartjes, »lernen Zivis gewissermaßen en passant in ihrem Dienst«. Diskussionskultur, Kreativität, selbständiges Arbeiten, Verantwortungsbewusstsein, das alles fördere der Zivildienst eindeutig besser als der Bund, auch Personalleiter namhafter Industrieunternehmen vertraten in einer

Adressen

Landeskirchliche Beratungsstellen für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende

Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche:

Kirchlicher Dienst für
KDV und ZDL
Pastor Andreas Nohr (KDV)
Pastor Hans-Joachim Stuck
(ZDL)
Bei der Christuskirche 4
20259 Hamburg
Telefon (040) 25 88 81
eMail [kdv-zdl@](mailto:kdv-zdl@kriegsdienstverweigern.de)
kriegsdienstverweigern.de
www.kriegsdienstverweigern.de

Pommersche Evangelische Kirche:

Diakon Hans-Jürgen Hartmann
(KDV)
Hauptstraße 16
18573 Ramin
Telefon/Fax (03 83 06) 71 70

Diakonisches Werk,
Zivildienstbeauftragter Haasler
(ZDL)
Fleischerstraße 1
17489 Greifswald
Telefon (038 34) 87 61-104

Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs:

Pfarrer Matthias Borchert
(KDV+ZDL)
2. Ringstraße 203
17033 Neubrandenburg
Telefon/Fax (03 95) 582 34 75

Wolfgang v. Rechenberg
Amt f. d. Arbeit mit Kindern
u. Jugendlichen
Bischofstraße 4
19055 Schwerin
Telefon (03 85) 59 03 81 08
Fax (03 85) 557 41 95

Sozialdiakon Christfried Heinke
2. Ringstraße 203
17033 Neubrandenburg
Telefon (0395) 566 60 71
Fax (03 95) 566 60 70
eMail crysKKgys@t-online.de
oder cryssli@gmx.net

Evangelisch-Lutherische Kirche in Oldenburg:

Pastor i. R. Edgar Kabbe
Rauhehorst 162
26127 Oldenburg
Telefon (04 41) 68 20 72

Evangelisch-Reformierte Kirche in Nordwestdeutschland:

Pastor Diedrich Bode (KDV)
Kirchstraße 17
26810 Westoverledingen-
Großwolde
Telefon (049 55) 82 26

Bremische Evangelische Kirche:

Pastorin Ruth Fenko
(KDV + ZDL)
c/o Landesjugendpfarramt
Hollerallee 75
28209 Bremen
Telefon (04 21) 34 61-550
Fax (04 21) 34 61-552
www.ejhb.de

Lippische Landeskirche:

Pfarrer Axel Kaiser (KDV+ZDL)
Leopoldstraße 10
32756 Detmold
Telefon (052 31) 30 20 02
Di u. Do von 16.00 - 17.30 Uhr
www.lippische-landeskirche.de
(besondere Dienste)

Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg:

Mary Prinzler (ZDL)
c/o Amt für evang. Kinder-
und Jugendarbeit in Berlin und
Brandenburg,
Neue Grünstraße 19 – 22
10179 Berlin
Telefon (030) 30 86 97-142
Fax (030) 279 56 49

Dipl. Sozialarbeiter
Gottfried Eitel, (KDV)
Beratung für KDV, Kirchenkreis
Berlin-Wedding,
Amt für Jugendarbeit
Nazarethkirchstraße 50
(Neubau)
13347 Berlin
Telefon/Fax (030) 456 69 37

Evangelisch-Lutherische Landeskirche Hannovers:

Pastor Joachim Zierau
(KDV+ZDL),
Archivstraße 3
30169 Hannover
Telefon (05 11) 12 41-468,
-469, -560
Fax (0511) 12 41-499
eMail [Joachim-Bruno.Zierau@](mailto:Joachim-Bruno.Zierau@evlka.de)
evlka.de
www.afg-hannover.de

Evangelisch-Lutherische Landeskirche Schaumburg-Lippe:

Pastor Gerhard Ricker
(KDV+ZDL)
Pfarrweg 1
31698 Lindhorst
Telefon (057 25) 65 63

Evangelisch-Lutherische Kirche in Braunschweig:

Pfarrer Detlef Schumacher
Beratungsstelle für KDV + ZDL
Am Fallersleber Tore 9
38100 Braunschweig
Telefon (05 31) 425 39

Pfarrer Hans-Dieter Scheipner
(ZDL), Pfarrwinkel 6
38704 Liebenburg/Groß Döhren
Telefon (053 46) 13 35

Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen:

Arbeitsstelle »Eine Welt«
Ref. Friedensarbeit und
Konziliarer Prozeß
Pfarrer Johannes Lewek
(KDV+ZDL)
Leibnitzstraße 4
39104 Magdeburg
Telefon (03 91) 53 46-491, -492
Fax (03 91) 53 46-490
www.arbeitsstelleeineWelt.de
eMail Lewek@ekkps.de

Evangelische Landeskirche Anhalts:

Pfarrer D. Bungeroth (KDV)
Ziebigker Straße 29
06846 Dessau
Telefon (03 40) 61 48 95

Diakonische Werk Anhalts
(ZDL)
Landespfarrer Dr. Andreas
Lischke
Johannisstraße 12
06844 Dessau
Telefon (03 40) 25 54-612
Fax (03 40) 25 54-620
www.diakonie-anhalt.de

Evangelische Kirche von Westfalen:

Diakonisches Werk Westfalen
Referat KDV/ZDL-Seelsorge
Wolfgang Overkamp
Friesenring 32 - 34
48147 Münster
Telefon (02 51) 27 09-191
Fax (02 51) 27 09-105
eMail [overkamp@](mailto:overkamp@dw-westfalen.de)
dw-westfalen.de

Institut für Kirche und
Gesellschaft
Referat Frieden/Friedensdienste
Uwe Trittmann
Berliner Platz 12
58638 Iserlohn
Telefon (023 71) 35 21 83
Fax (023 71) 35 21 30
eMail [u.trittmann@](mailto:u.trittmann@kircheundgesellschaft.de)
kircheundgesellschaft.de

Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck:

Pfarrer Walter Große
(KDV + ZDL)
Arbeitsstelle für KDV und ZDL
Lessingstraße 13
34119 Kassel
Telefon (05 61) 109 65 82
Fax (05 61) 10 78 87
eMail [kdv_zdl.Ekkw@](mailto:kdv_zdl.Ekkw@t-online.de)
t-online.de
www.ekkw.de/kdv_zdl

Evangelische Kirche im Rheinland:

Arbeitsstelle für KDV,
Zivildienst, Freiwilliger
Friedensdienst,
Thomas Franke (KDV + ZDL)
Postfach 10 22 53
40013 Düsseldorf
Telefon (02 11) 36 10-221
Fax (02 11) 36 10-224
eMail [zdl-kdv.rheinland@](mailto:zdl-kdv.rheinland@t-online.de)
t-online.de

Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen:

Friedensarbeit
Gemeindepädagoge
Detlef Harland
(KDV+ZDL)
Gottesackergasse 4
99706 Sondershausen
Telefon/Fax (036 32) 78 23 87
eMail friedensarbeit@ejth.de

Evangelische Kirche der schlesischen Oberlausitz:

Pfarrer Diedrich Immer (KDV)
Blumenstraße 58
02826 Görlitz
Telefon (035 81) 40 12 75

Zivildienstreferent
Andreas Finke (ZDL)
Diakonisches Werk Görlitz
Klosterstraße 2
02826 Görlitz
Telefon (035 81) 48 48-18
Fax (035 81) 48 48-20

Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen:

Pfarrer Christoph Wohlgemuth
(KDV+ZDL)
c/o Landesjugendpfarramt
Caspar-David-Friedrich-Straße 5
01219 Dresden
Telefon (03 51) 473 90-0
Fax (03 51) 473 90-30
eMail wohlgemuth@evjusa.de
www.evjusa.de
(zielgruppenorientierte Arbeit)

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau:

Pfarrer Hans Michael Germer
(KDV+ZDL)
Pfarramt für KDV und ZDL
Riedstraße 2
64295 Darmstadt
Telefon (061 51) 36 70-02, -01
Fax (061 51) 36 70 03
eMail kdvzdl.ekhn@t-online.de

Evangelische Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche):

Pfarrer Friedhelm Schneider
(KDV+ZDL)
Große Himmelsgasse 3
67346 Speyer
Telefon (062 32) 671 50
Fax (062 32) 67 15 67
eMail riedendienst@abo.ron.de

Evangelische Kirche in Baden:

Diakon Martin Höfflin
Diakon Jürgen Stude
Amt für Jugendarbeit,
Arbeitsstelle Frieden
Blumenstraße 1-7
76133 Karlsruhe
Telefon (07 21) 91 75-468, -470
Fax (07 21) 91 75-479
eMail frieden.afj@ekiba.de
www.friederle.de

Evangelische Kirche in Württemberg:

Pfarrer Ulrich Schmitthener
Diakon Hans Dieter Weber
Pfarramt für KDV und ZDL
Haeberlinstraße 1-3
70563 Stuttgart
Telefon (07 11) 97 81-114
Fax (07 11) 97 81-105
www.frieden-schaffen.de

Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern:

Landeskirchliche Beauftragte
für KDV/ZDL
Pfarrer Velten Wagner
Diakon Günter Tischer
Gudrunstraße 33
90459 Nürnberg
Telefon (09 11) 43 04-238
Fax (09 11) 43 04-303
eMail gkb@ejb.de

Evangelische Freikirchen

Sozialer Friedensdienst e.V.
im Bund Evangelisch
Freikirchlicher Gemeinden
Johann-Gerhard-Oncken-Straße 7
14627 Elstal
Telefon (03 32 34) 74-120
Fax (03 32 34) 74-121

Bund Freier Evangelischer Gemeinden
Goltenkamp 4
58452 Witten
Telefon (023 02) 937 24
Fax (023 02) 937 99

Weitere Infos:

Zentralstelle für Recht und Schutz
der Kriegsdienstverweigerer
aus Gewissensgründen e.V.
Zentralstelle KDV
Dammweg 20
28211 Bremen
Telefon (04 21) 34 00 25
Fax (04 21) 347 96 30
eMail Zentralstelle.KDV@
t-online.de
www.zentralstelle-kdv.de

Pax-Christi-Bewegung
Deutsches Sekretariat
Postfach 13 45
61103 Bad Vilbel
Telefon (061 01) 20 73
Fax (061 01) 6 51 65
eMail sekretariat@paxchristi.de
www.paxchristi.de

Connection e.V.
(Netzwerk für Unterstützung von
Deserteuren, KDV im Krieg)
Gerberstraße 5
63065 Offenbach
Telefon (069) 82 37 55 34
Fax (069) 82 37 55 35
eMail office@connection-ev.de
www.connection-ev.de

Steuern zu Pflugscharen
c/o Martin Arnold
Neisse Straße 4
45136 Essen
Telefon (02 01) 25 52 82
eMail martin.arnold@privat.post.de
www.guetekraft.net

Freiwillige Friedensdienste:

Aktionsgemeinschaft Dienst für
den Frieden (AGDF)
Blücherstr. 14
53115 Bonn
Telefon (02 28) 249 99-0
Fax (02 28) 249 99-20
eMail agdf@friedensdienst.de
www.friedensdienst.de

Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste (ASF)
Auguststr. 80
10117 Berlin
Telefon (030) 28 39 51 84
Fax (030) 28 39 51 35
eMail asf@asf-ev.de
www.asf-ev.de

EIRENE Internationale Geschäftsstelle
Postfach 1322
56503 Neuwied
Telefon (026 31) 837 90
Fax (026 31) 311 60
eMail eirene-int@eirene.org
www.eirene.org

Impressum

zivil-extra NEIN ZUM KRIEG,
Sonderausgabe von *zivil*,
Zeitschrift der Evangelischen
Zivildienstseelsorge,
September 2001
Herausgeber:
Evangelische Arbeitsgemein-
schaft zur Betreuung der
Kriegsdienstverweigerer
(EAK), Carl-Schurz-Straße 17,
28209 Bremen
Redaktion:
Pfarrer Friedhelm Schneider,
Werner Schulz (verantw.)
Redaktionsanschrift:
Redaktion *zivil*,
Werner Schulz,
Rosenbergstraße 45,
70176 Stuttgart,
Telefon (0711) 636 82 14,
Fax (0711) 636 90 09,
redaktion.zivil@t-online.de,
www.zivil.de
Gestaltung und Satz:
Windhueter GmbH Grafische
Dienstleistungen,
Heinkelstraße 27,
73614 Schorndorf
Druck: Windhueter Druck
ISBN 3-924644-33-0

*Adressen örtlicher Berater
und Beistände sowie
Auskünfte zu Kriegsdienst-
verweigerung und Zivildienst
teilt auf Anfrage mit:*

Evangelische Arbeitsgemeinschaft
zur Betreuung der
Kriegsdienstverweigerer (EAK),
Bundesgeschäftsstelle
Carl-Schurz-Straße 17
28209 Bremen
Telefon (04 21) 34 40 37
Fax (04 21) 349 19 61
eMail eak-brd@t-online.de
www.eak-online.de

Ölbaumzweig statt Siegerkranz

Der Ölbaum gehört zu den ältesten Friedenssymbolen der Kulturgeschichte

Text und Fotos von Friedhelm Schneider

Unter dem Titel »Olive Leaves« wurden im Amerika des 19. Jahrhunderts die ersten Reklameprospekte für den Frieden in Umlauf gebracht. Die Idee einer pazifistischen Massenwerbung hat dort der christliche Friedensaktivist Elihu Burritt entwickelt. Unterstützt durch zahlreiche SponsorInnen-Kreise (»Olive Leaf Circles«), brachte Burritt seine »Ölbaumblätter« als Beilage, Inserat oder Artikelserie in hunderten amerikanischen und europäischen Zeitungen unter. Man schätzt, dass Burritts »Olive Leaves« als Werbeträger für Kriegskritik und Völkerverständigung durchschnittlich zwei Millionen Menschen erreichten. Als 1846 der Streit um das Oregon-Gebiet zu einem

angloamerikanischen Krieg zu eskalieren drohte, trugen »Olive Leaf«-Appelle auf Seiten beider Konfliktpartner zur Entspannung der politischen Lage bei.

Nicht erst seit seine Blätter gewaltkritischen Flugschriften ihren Namen gaben, ist der Ölbaum als Friedenssymbol weit verbreitet. Im Mittelmeerraum wurde er schon früh mit der Idee dauerhaft friedlicher Zustände in Verbindung gebracht. Man wusste: Als ein Baum, der nur langsam wächst, braucht der Olivenbaum lange Perioden der ungestörten Entwicklung, um zu gedeihen. Wo Olivenhaine das Bild einer Kulturlandschaft bestimmten, ließ dies auf die Abwesenheit von Krieg oder Zerstörung schließen und deutete auf stabile soziale Bedingungen hin.

Über seine Früchte gab der Ölbaum Anteil an Wohlstand und Wohlbefinden: Frische oder eingelegte Oliven gehörten im Mittelmeergebiet zu den Grundnahrungsmitteln. Außer als Lebensmittel fand das Öl vielseitig Verwendung als Brennstoff, als kosmetische Salbe oder Medizin. Antike Münzen zeigen die griechische Friedensgöttin Eirene gelegentlich mit einem Olivenzweig geschmückt. Der Ölzweig erscheint hier als Symbol des sozialen Segens: Zur griechischen Sicht des Friedens gehört die Teilhabe an der Vielfalt der Güter, die Förderung des allgemeinen Wohlstands.

Deutlich anders liegen die Dinge in der römischen Tradition: Frieden wird hier in erster Linie als Sieg-Frieden verstanden. Die Pax Romana ist nicht zu trennen vom Diktat des Überlegenen, der dem Verlierer seine Bedingungen aufzwingt. So verwundert es nicht, dass in vielen römischen Friedensdarstellungen der Lorbeerkranz als Auszeichnung des Siegers den Ölzweig verdrängt.

Die biblische Ölbaum-Symbolik weist in eine ähnliche Richtung wie die griechische Überlieferung. Auch hier begegnen wir dem Ölbaum als Sinnbild für



Der Ölbaum: Sinnbild für Wohlstand, Teilhabe und Frieden

Reichtum, Fülle und Segen, an denen alle Menschen Anteil haben sollen. Der Olivenbaum und seine Früchte stehen für Teilhabe, gegen Ausgrenzung: So regelt das israelitische Gesetz ausdrücklich, dass die Ölbäume nur einmal geschüttelt werden sollen, damit Fremde, Witwen und Waisen bei einem zweiten Erntegang auf ihre Kosten kommen (5 Mose 24,20). Die wohl bekannteste Erwähnung eines Olivenbaums findet sich in der biblischen Urgeschichte (1 Mose 8,11). Als die Sintflut vorüber ist, lässt Noah eine Taube fliegen, um den Wasserstand auf der Erde zu erkunden. Der Vogel kehrt mit einem Ölbaumblatt zurück und signalisiert den Bewohnern der Arche: Das Leben in seiner Vielfalt hat eine neue Chance. In der Sintfluterzählung trifft die Taube, die sich als Friedenssymbol der Neuzeit durchsetzen wird, auf den Olivenbaum, der in der Antike Frieden durch geteilten Wohlstand versinnbildlicht. Der Lorbeer kriegerischer Ehren findet in diesem Bild keinen Platz. Für die Zukunft des Lebens wird viel davon abhängen, ob Menschen sich vom Lorbeerkranz oder vom Ölbaumblatt inspirieren lassen.

Grüne Olivenhaine: Zeichen langer Perioden ohne Krieg und Zerstörung



Christus zerbricht das Gewehr

Der Holzschnitt »Christus zerbricht das Gewehr« von Otto Pankok entstand 1950, in der so genannten Nachkriegszeit. Unter dem Eindruck der Folgen des Zweiten Weltkrieges und der schon wieder beginnenden Verhärtung im »Kalten Krieg« zwischen Ost und West hat Pankok ein Anti-Kriegs-Bild geschaffen, dessen Eindringlichkeit gerade in seiner Schlichtheit liegt. Fünfzig Jahre später, um die Jahrtausendwende, ist klar, dass der »Epochenbruch« von 1989/90 in Europa und weltweit kein »goldenes Zeitalter« des Friedens heraufgeführt, sondern eine Phase neuer blutiger Kriege und Bürgerkriege eröffnet hat. Der Golfkrieg von 1991, die aufeinander folgenden Kriege im ehemaligen Jugoslawien bis zu Kosovo 1999, der Völkermord in Ruanda und die blutigen Kämpfe im Sudan, in Sierra Leone oder im Kongo belegen, wie aktuell die Botschaft des Bildes von Pankok immer noch ist. Dieser Christus ist zu einer Ikone biblisch begründeter Gewaltfreiheit geworden, die sich mahnend über den Kriegen und gewalttätigen Konflikten der Gegenwart erhebt. Sie erinnert Menschen daran, den tödlichen Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt zu durchbrechen.

Zunächst mutet die Botschaft des Bildes eher befremdlich an. Ein sanftmütiger Jesustyp setzt den Mechanismus des Tötens außer Kraft. Aber genau das erweist sich beim genaueren Hinsehen und tieferen Erfassen des Bildes als eine ungemein starke Aussage: Die ungewöhnliche Verbindung des frommen Motivs mit einer ebenso politischen wie politisch folgenreichen Aktion. Ikonografisch weist uns der Strahlenkranz, der von der Jesus-Gestalt nach allen Seiten ausgeht, eindeutig auf den Auferstandenen als dem Sieger über Sünde und Tod. Doch während dieser Auferstandene in der klassischen christlichen Kunst stets als jemand erscheint, der seine Jünger mit den Worten »Frieden sei mit Euch!« begrüßt und ihnen dann seine Wundmale zeigt, auf dass sie glauben, wählt der Christus von Pankok eine andere Demonstration seiner österlichen Anwesenheit: Er tut etwas Ungewöhnliches, Umstürzlerisches, etwas ganz Neues. Er zerbricht das Gewehr als Symbol der Gewalt, die Menschen einander antun.

Bestand diese Botschaft der offenen Wunden Jesu im Erweis der Identität von Gekreuzigtem und Auferstandenen, so liegt die Botschaft dieses Christus darin,



dass er eine radikal neue österliche Praxis vorführt und für alle, die ihm folgen wollen, gleichsam einübt. Aus der von den Tätern zugefügten Gewalt wird die Absage des Opfers an eben diese Gewalt. Pankok versteht den Frieden des Auferstandenen nicht nur als Geschenk, das zugesprochen wird. Er interpretiert dieses Geschenk als Beginn einer neuen Wirklichkeit, die es erlaubt, ja zumutet, gewaltfrei zu leben und zu handeln.

Eine große innere Ruhe geht von dem Bild dieses Christus aus, eine tiefe Zuversicht, dass die Aktion des Gewehr-Zerbrechens Zukunft und Perspektive haben wird. Als so Handelnder geht dieser Christus den Jüngern »voraus nach Galiläa«, und dort werden sie ihn finden (vgl. Mar-

kus 16,7). Wir gewinnen vor diesem Bild ein neues Verständnis für die alten Osterworte, dass Christus als Auferstandener die Bande des Todes zerbrach. Die mit diesem Motiv verbundene Glaubensfrage lautet, ob wir der Zumutung der Gewaltfreiheit trauen und bereit sind, ihrer Verheißung zu folgen – auch in einer Welt, die voll von Gewalt ist und die uns weismachen will, das sei normal.

Die ruhige, sanftmütige und gerade darin ungemein widerständige Gestalt des Christus, der das Gewehr zerbricht, kann ein Zeichen der Hoffnung sein gegen diese neue, gefährliche Gewöhnung an Gewalt.

»Der Engel der Mediation«



The Mystical Marriage of Saint Catherine, Italien 1380
Tempera on panel, 134,8 cm x 107,1 cm, Museum of fine art, Boston

Bücher über Engel überschwemmen den Büchermarkt. Aber dieser Friedensengel ist darin nicht zu finden. Bilder von Engeln in Rüstungen sind häufiger. Ein besonders militanter Engeltyp ist der Erzengel Michael. Aus seinen Waffen und Rüstungen könnte man ein militärhistorisches Museum bestücken. Unser sanfter Engel gehört dagegen eher in eine Friedensgalerie. Es ist ein vergessener und verdrängter Engelstypus, ein Engel der »gewaltfreien Intervention«. Wir können diesen Engel aus der Mitte des 14. Jahrhunderts, den »Engel der Mediation« nennen, den »Engel der gewaltfreien Konfliktschlichtung«, den »Engel des zivilen Friedensdienstes«.

Das Original unseres Engels findet sich in der so genannten Predella, dem Bildsockel des Gemäldes »The Mystical Marriage of Saint Catherine« und hängt im »Museum of fine art« in Boston. Es stammt vermutlich vom Meister des Palazzo Venezia in Siena, genau weiß man es nicht.

Unsere Darstellung zeigt einen Engel mit weit ausgebreiteten Flügeln. Flügel gelten als die Aura der Engel, die Strahlenfelder göttlicher Friedensenergien. Sie wirken wie ein geistlicher Raum des Schutzes, der Versöhnung, des Friedens, der sich hier um zwei Ritter breitet.

Der Engel führt mit sanften Händen zwei verfeindete Ritter zusammen. Sie sind durch ihre hellen und dunklen Um-

hänge als Konfliktparteien unterschieden. Die Farben betonen ihre Verschiedenheit und Polarität. In ihrer Kleidung sind aber auch Farben, die beim jeweils anderen auch vorkommen. Es kommt darauf an, die eigenen Anteile im Feind zu erkennen. »Liebe deinen Nächsten. Er ist wie du.« (M. Buber)

Die Konfliktparteien haben ihre Kriegswaffen, Schwerter und Schilder, weggeworfen, man sieht sie verstreut am Boden liegen. Die Versöhnungskraft des Engels führt die Kontrahenten zusammen, sie umarmen sich, sie geben sich den Friedenskuss. Die geistigen Kräfte der Versöhnung von Gott her werden körperlich erfahrbar in der Umarmung und im Kuss.

Die theologische Tradition kennt die sogenannten »Dienstengel«. Es sind Engel des Friedens. Sie lenken die Ströme des Lebens und der göttlichen Liebe in der Schöpfung. Sie sorgen für die Erde. Die Engel des Friedens bewahren die Schöpfung vor dem Chaos. In der jüdischen Schabbat-Feier werden die Engel des Friedens begrüßt: »Friede mit euch, Engel des Friedens. Eure Einkehr sei zum Frieden. Segnet mich mit Frieden.« Und in einem neuen Engellied zum Engelfest »Michaelis« heißt es: »Die Engel streiten Tag und Nacht, um Satans böse List und Macht beizeiten abzuwehren.« Es sind Engel des vorbeugenden Eingreifens, bevor das Bö-

se seine ganze Destruktivität austobt. Unser Bild spielt auf ein Friedensritual an. Es wurde nachweislich seit dem 12. Jahrhundert in Südfrankreich und Italien praktiziert, am sogenannten »dies amoris« oder dem »Tag der Eintracht«. Ein Bischof, ein Fürst oder ein prominenter Bürger vermittelte in einem kriegerischen Konflikt zwischen den Kontrahenten. Die Schlichtung des Konfliktes wurde öffentlich durch einen Friedenskuss besiegelt.

Unser Bild zeigt vermutlich den Friedensschluss zweier verfeindeter Familiencans aus Siena. Der Engel symbolisiert also die göttliche Kraft der Konfliktschlichtung. Der Engel der gewaltfreien Konfliktschlichtung findet sich noch in weiteren Bildern aus Italien. Durch diese Darstellung in der Predella sollte die Heilige Margarethe nicht nur als die Schutzheilige der gebärenden Mütter, sondern auch der Friedensstifter gedeutet werden. Gebären und Frieden stiften, beides sind Grundlagen für den Fortbestand des Lebens. Die Engel des Friedens besingt auch die Dichterin Rose Ausländer: »Der Engel in dir, freut sich über dein Licht, weint über deine Finsternis. Aus seinen Flügeln rauschen Liebesworte, Gedichte, Liebkosungen. Er bewacht deinen Weg. Lenk deinen Schritt einwärts.«

Harald Wagner